

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung des Reichslandes, Österreich, Ungarn, Danzig, das Gesamt-Gebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Dreite Straße 5/6.

Die achtspaltige Kompartimentszeile ober deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Geschäfts-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neuer Sturm im Reichstage

Dreimaliger Ordnungsruf an Kemmele — Unterbrechung der Sitzung — Beschlussunfähigkeit

Der Reichstag begann gestern die Besprechung der Interpellation über den Fall Gareis. Während der Rede des Rechtssozialisten Gruber war nur wenig von der Erregung zu spüren, die in der Sitzung vom Freitag zu dem bedauerlichen Zusammenstoß zwischen links und rechts geführt hatte. Gruber ließ es durchaus nicht an einer scharfen Kritik der vergifteten Atmosphäre, die die deutsch-nationale Agitation in Bayern geschaffen hat, fehlen, und forderte zur Sicherung der Wiederherstellung geordneter Zustände den möglichst raschen Abbau des Belagerungszustandes für Bayern, aber auch für Preußen. Von besonderem Interesse waren seine Bemerkungen über Dr. Heim, der in Bayern in der Tonart des "Miesbacher Anzeigers" vom "Berliner Sausfall" rede, Rassen- und Konfessionshege treibe, während er im Reichstage den Biedermann mime.

Bei den Ausführungen des nächsten Redners, des Abg. Schwarzer, eines bayerischen Arbeitersekretärs, wurden die Verhandlungen lebendiger. Er rief sofort die Erinnerung an die Erregung des vergangenen Tages wach, als er gleichsam als die Grundtendenz seiner Auffassung eine ziemlich unverblühte Zustimmung zu dem Verhalten Mittelmanns ausgesprochen. Und nun steigerte er diesen Eindruck fortgesetzt, indem er von dem Mord an Gareis als von einer durchaus nicht bedeutungsvollen "Einzelthat" sprach, die Zustände in Bayern nach jeder Richtung hin für völlig einwandfrei erklärte, behauptete, daß zum Generalkrieg überhaupt keine Veranlassung vorgelegen habe und schließlich die ganze "Hege" gegen Bayern als den aus Geschäftsinteresse geleiteten Kampf gegen den bayerischen Fremdenverkehr erklärte. Hier begannen die ersten Unterbrechungen, da Genosse Ledebour mit vollem Recht es als eine Erbärmlichkeit bezeichnete, die Erregung über den Mord an einem politischen Führer mit solchen niedrigen materiellen Motiven auch nur in Verbindung zu bringen.

Man gewann den Eindruck, daß der Redner selbst von seinen eigenen Freunden sehr wenig Unterstützung erfuhr, daß die von ihm beliebte Tonart nicht einmal ihren Beifall fand. Kein Wort des Bedauerns über die Morbidität, kein Wort des Verständnis für die daraus entstandene Erregung der Freunde von Gareis, kein Wort der Einsicht, daß solche Taten politisch verhängnisvoll wirken müssen, kam von seinen Lippen. Dagegen zahlreiche Worte des Lobes und der Anerkennung für die Herrlichkeit der bayerischen Zustände und die Forderung, alles, was in Bayern zu geschehen habe, den Bayern selber zu überlassen.

Die echte Rede eines Kleinlichen, engherzigen und hornierten Scharfmachers, der, obwohl ehemals Arbeiter, nichts von Solidarität weiß, für menschliche Regungen, für das Denken anderer völlig ohne Verständnis ist, ja nicht einmal weiß, daß Bayern ein Teil des deutschen Reiches ist und daß auch für Bayern die Reichsgesetze und die Verfassung Geltung haben. Wenn die bayerische Volkspartei, als sie diesen Mann zum Redner bestimmte, die Absicht gehabt hat, die Wogen der Erregung aufzupeitschen, so hat sie dieses Ziel trefflich erreicht.

Zu einem Zwischenfall, der mit der Unterbrechung der Sitzung endete, kam es, als der Redner sich platonisch zwar als Gegner des Ausnahmezustandes bekannte, ihn aber für notwendig erklärte, solange dort so "verheerende Reden" gehalten werden, wie es die Abg. Thomas und Kemmele getan hätten. Das gab Kemmele Veranlassung zu dem Zwischenruf "Eiender Verleumder", den er mehrmals wiederholte, trotzdem ihn der Präsident Löbe zur Ordnung rief und ihn nach dreimaligem Ordnungsruf aufforderte, den Saal zu verlassen. Kemmele aber erklärte, er bleibe sitzen, weshalb Löbe die Sitzung bis auf weiteres für unterbrochen erklärte.

So begreiflich auch diesmal die Erregung war, die die Rede Schwarzers auslöste, so geringfügig war doch der Anlaß, der die Unterbrechung der Sitzung herbeiführte. Es ist doch wirklich kein Grund, sich darüber aufzuregen, daß ein Kleinbürgerlicher Scharfmacher von "verheerenden Reden" spricht. Das ist doch etwas so Abgefickertes, daß man wirklich erstaunt sein muß, daß es auf Kommunisten, die doch eine ganz andere Tonart gewöhnt sind, einen so starken Eindruck macht, daß sie sich zu solchen Wutausbrüchen verleiten lassen, wie das bei Kemmele der Fall war.

Im übrigen aber ist es doch auch völlig unmöglich, in einem Parlament in Formen zu verhandeln, die jede sachliche Arbeit ungeheuer erschweren, und die bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen schließlich mit Gewalttaten enden müssen. Der Ausgang in diesem Fall zeigt ja auch, daß ebenso klein wie der Anlaß, der Rückzug der Kommunisten für sie kläglich war. Denn trotzdem Kemmele sich bei der Aufforderung zum Abbruch gewiegert hatte, den Saal zu verlassen, so war er doch beim Beginn der nächsten Sitzung nicht anwesend. Die Kom-

munisten hatten inzwischen doch eingesehen, daß sie mit ihrer revolutionären Attitüde sehr leicht auf den Sand gesetzt werden können, und daß es besser sei, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen.

Hoffentlich hält diese Einsicht bei ihnen vor. Denn daran möchten auch wir keinen Zweifel lassen, daß ebenso wie wir den Terror der Kommunisten in den Arbeiterversammlungen bekämpft haben, wir ihm ebenso Widerstand leisten würden, wenn die Kommunisten den Versuch machen, sich nach den Moskauer Anweisungen im Parlament nur als Radaumacher zu betätigen.

Etwas Verartiges scheinen allerdings die unverantwortlichen Gesellen in der "Roten Fahne" zu beabsichtigen, wenn sie in der gestrigen Abendausgabe erneut die erfolglose Behauptung aufstellen, daß Kemmele Mittelmann eine "schallende Ohrfeige" gegeben habe. Hätte er das getan, so würde man das in der großen Erregung völlig verständlich gefunden haben. Da er es aber nicht getan hat und daß es die "Rote Fahne" dann ihren Lesern vorlügt, und daß die kommunistische Fraktion sie bei diesem Treiben gewähren läßt, das muß doch die schärfste Verurteilung aller derer sein, die die Meinungsverschiedenheiten mit geistigen Waffen und nicht durch Handgreiflichkeiten austragen wollen.

Das Bürgertum ist natürlich bereits eifrig daran, die Vorgänge der letzten Tage für seine Zwecke auszunutzen. Das Stinnesblatt fordert ausdrücklich eine Revision der Geschäftsordnung des Reichstages, "etwa durch zeitweise Ausschließung gewalttätiger Mitglieder". Zu einer solchen Verschärfung der Geschäftsordnung aber liegt keine Veranlassung vor, insbesondere jetzt nicht, nachdem die kommunistische Fraktion im Fall Kemmele durch ihr teilweises Nachgeben zu verstehen gegeben hat, daß sie diese Verschärfung der Geschäftsordnung nicht provozieren will.

Sitzungsbericht

Der Gesandtschaftsbericht betreffend Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig sowie eine Ergänzung zum deutsch-polnischen Amnestie-Vertrag werden dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Es folgt die Weiterberatung der

Interpellation wegen der Mordung des Genossen Gareis

Abg. Gruber (Soz.): Ein Blick in die Presse der rechtsstehenden Parteien zeigt, daß die Berliner deutsch-nationalen Blätter in erfolgreicher Konkurrenz getreten sind mit dem Sauerbrunnen im "Miesbacher Anzeiger". Der Reichsanzeiger hat gestern scharfe Worte gegen das unverantwortliche Treiben der Rechtsparteien gesprochen. Wir unterschreiben das Wort für Wort. Seinen Optimismus hinsichtlich der Entwaffnung in Bayern können wir nicht teilen. Wir haben alle Ursache, die Mitteilungen der bayerischen Regierung mit Mißtrauen aufzunehmen. Jedenfalls ist es notwendig, daß uns der Reichsanzeiger die Zahlen der abgefickerten Waffen mitteilt. Die Einwohnerwehren und Ortschaftformationen müssen mit größter Beschleunigung aufgelöst werden. Die bayerische Regierung ist verpflichtet, an den Maßnahmen zur Erfüllung des Ultimatums mitzuwirken. Eisherich aber erklärt, er werde sich niemals dazu hergeben, in der Entwaffnungsfrage irgend etwas zu tun.

Lieber das Ruhrgebiet preisgeben, als die Einwohnerwehr entlassen

Schreit man. Die Regierung hat tut nichts. Daß in Bayern eine solche feindselige Stimmung gegen die Reichsregierung herrscht, braucht nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß ein so prominenter Führer, wie Herr Dr. Heim, in allen Orten, überall, wo er redet, immer nur vom Berliner Sausfall spricht und immer wieder betont, Bayern müsse an der Reichsverfassung noch zugrunde gehen. Herr Dr. Heim, Geschäftsmann durch und durch, wagt es nicht, über Juden, nicht aber in Rücksicht auf die jüdischen Rechtsanwältinnen und jüdischen Bankiers. In Bayern herrschen Eisherich und Kanaler. Die bayerische Regierung macht Andeutungen, es werde eine Ueberzahlung geben. Gewerling sei der gewesen, der zuletzt bei dem Mord dabei war. Von einem politischen Mord sei keine Rede. Der Täter sei in der Nähe von Gareis zu suchen. Weshalb das?

Die bayerische Regierung ist ein Produkt des Kapp-Putschs

der bayerische Justizminister ein Mann nach dem Herzen Helfferichs. Er hat die Malz-Schieber begünstigt, die nur wenig von ihren Millionen-Gewinn abgeben sollten; wir haben das verurteilt. Der Polizeipräsident Boehner ist Kappist. Er beabsichtigte logar, Redakteure zu verhaften, die den Kappisten unangenehme Nachrichten brachten. Kahr ist nur noch Ministerpräsident von Eisherichs Gnaden. Wie lange gedenken die sogenannten Demokraten in Bayern dieses System noch zu führen. Eines ihrer Mitglieder sitzt in der Regierung. (Hört! Hört!) Wollen die Demokraten noch weiterhin die Mitverantwortung tragen für die Nordmilitärhaft in Bayern? Es muß auf das Allerentschiedenste verurteilt werden, daß man die Methoden des Krieges in der Politik anwendet, Politik mit der rohesten Gewalttätigkeit

betreibt. In dem Abg. Gareis wollte man den Vorkämpfer des Reichsgedankens, den Vorkämpfer der Republik beseitigen.

Der Täter wird niemals entdeckt werden.

(Zuruf Ledebour: Aber Kahr und Boehner müssen weg!) Warum sind sie überhaupt noch da? Weil sie die Konsequenzen selbst nicht ziehen und die bayerische Volkspartei aus Angst vor Eisherich vor den notwendigen Konsequenzen zurückbleibt. Der Reichsanzeiger hat gestern auf die Schwierigkeiten hingewiesen, unter denen die Regierungsgeschäfte in Bayern leiden. Aber die Reichsregierung ist ja khuld an diesen Schwierigkeiten. Sie hat sie selbst geschaffen. Sie hat Herrn Helfferich, der da sagte, man könne auch ohne Sozialdemokraten regieren, einen Gefallen erwiesen wollen. Jetzt sieht man, daß es doch nicht ohne geht. Ehe die bayerische Volkspartei sich nicht losläßt von den Herren Kahr, Boehner, Roth, Eisherich, Kandler usw., wird es mit den Zuständen in Bayern nicht besser werden. Das ist um so bedeutungsvoller, als Bayern in der Tat das Schicksal des Reiches in der Hand hat. Das Ultimatum kann nicht erfüllt werden, wenn große Teile des Volkes der Regierung mit Mißtrauen gegenübersehen.

Ohne oder gegen die Arbeiterschaft kann nicht regiert werden.

Die bayerische Volkspartei muß sich nicht nur von Eisherich und Kanaler, sondern auch von den Deutschnationalen losjagen. Wenn wir das Ultimatum erfüllen und die Republik erhalten wollen, müssen alle Kräfte zusammenwirken. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schwarzer (Bsp.): Es wird in Bayern Verwunderung erregen, daß zur gleichen Zeit, wo der Abg. Unterleitner von Verwilderung in Bayern spricht, hier im Reichstage die Verwilderung deutlich zum Ausdruck kommt. (Lebhafte Zurufe: Mittelmann! Mittelmann!) Was Unterleitner ausführt, trifft gar nicht zu. (Ledebour: Fragen Sie mal die bayerischen Arbeiter, wie die darüber denken! Ihre Erbarmlichkeit ist ja empörend!) — Löbe erteilt Ledebour einen Ordnungsruf. Der Mord wird von unserer Partei, wie von jedem anständigen Menschen, aufs schärfste verurteilt. Die Motive sind noch nicht aufgeklärt. (Zuruf: Sie werden auch nicht aufgeklärt werden!) Alles, was Unterleitner und Gruber als Motive des Nordes glauben hinstellen zu dürfen, sind nur Kombinationen. Das ganze Verhalten der sozialistischen Parteien ist mir unbegreiflich. Es hat in Bayern keine Stelle gegeben, die nicht den Angehörigen und der Partei volle Genugtuung gegeben hat. Die Regierung hat 30 000 Mark Belohnung ausgemworfen. (Zuruf: Nachdem der Mörder in Sicherheit gebracht!) Wenn Sie so genau von allem unterrichtet sind, können Sie die 30 000 Mark leicht verdienen. (Zuruf: Wenn wir den Mörder auf den Tisch des Hauses legen, lassen Sie ihn noch laufen!) Wer ist denn geflohen? (Zuruf: Karloh! Vogel! Duhende!) Wie konnten die Arbeiter zum Generalkrieg greifen? Der Arbeiterführer Hye hat einmal gesagt: Generalkrieg ist General-Anstalt! (Zuruf: Sie sind auch so ein Stück Anstalt!) Ein Generalkrieg soll nur im äußersten Falle angewandt werden. (Zuruf: So ein Mord ist ja wohl nur eine Kleinigkeit!) Der große Teil der Arbeiter hat gar nicht mitgestreift. Selten ist ein Generalkrieg so leichtfertig und unverantwortlich angezettelt worden. (Stürmischer Widerspruch links. — Zuruf v. Kurt Geyer: Das ist eine Schamlosigkeit ohnegleichen. — Abg. Kuhn (U.-S.): Sie verteidigen jedes Verbrechen! — Präsident Löbe ruft die beiden zur Ordnung.) Mehr als 30 000 christliche Arbeiter leisteten. Ebenso die gesamten Post- und Eisenbahnangestellten. Der Streik ist zusammengebrochen. (Zuruf: Es war ja nur ein Demonstrationstreik auf drei Tage!) Wenn Sie den Mut haben, sich zu entrüsten über den einzigen Mord (Zuruf: Einziger Mord?), so ist das sehr bezeichnend. Und dann: Sie haben am lautesten nach der Pressefreiheit geschrien. Jetzt sind Sie es, die das Verbot verlangen. (Abg. Moses: Ihre Rede muß in den "Miesbacher Anzeiger") Wenn Sie jede Prügelei der Regierung in die Schuhe schieben wollen, wie die gegenüber Herrn Hirschfeld und Dr. Saenger, dann würden Sie Schönes anrichten. (Großer Lärm auf der linken.) Die Kritik an der Tätigkeit des Münchener Polizeipräsidenten steht nur dem bayerischen Landtage zu. Sie sind Partei. Wenn nur ein Bruchteil von dem, was hier ausgeführt wurde, zutrifft, so wird er nicht mehr lange Polizeipräsident sein können. Wir sind keine Freunde von Ausnahmezuständen.

Dreimaliger Ordnungsruf für Kemmele

So lange aber Leute, wie Herr Kemmele und Thomas, in Bayern aufreizende Reden halten (Abg. Kemmele: Eiender Verleumder! — Präsident Löbe ruft Kemmele zur Ordnung. — Kemmele wiederholt: Sie sind ein eiender Verleumder! — Präsident Löbe erteilt ihm den zweiten Ordnungsruf, und als Kemmele zum dritten Mal den Zwischenruf wiederholt, erhält er den dritten Ordnungsruf. Außerdem fordert der Präsident ihn auf, den Saal zu verlassen. Kemmele antwortet: Das fällt mir gar nicht ein. Als Kemmele nach zweimal wiederholter Aufforderung im Saal verbleibt, verzagt der Präsident die Sitzung bis auf weiteres.

Die neue Sitzung

Nach anderthalbstündiger Pause tritt das Haus wieder zusammen. Präsident Löbe: Ich eröffne die vertagte Sitzung. Ich hoffe, daß der von der Sitzung ausgeschlossene Abgeordnete Kemmele nicht anwesend ist. Abg. Schwarzer (B. Sp.) führt seine Rede weiter: Die Kommunisten diskreditieren den Parlamentarismus. In Bayern ver-

hebt man jetzt keinen kommunistischen Spatz mehr. Die Herren, die in Versammlungen so oft von der Beilegung der bürgerlichen Gesellschaft gesprochen haben, können jetzt ganz ungeniert in Bayern reden. Der Kollege Gruber hat gemeint, wir sollen uns von der Deutschnationalen Partei loslösen. Ich erwidere: Die Mehrheitssozialisten hätten sich, als die Bayerische Volkspartei an sie herantrat, für die Regierungsbildung zur Verfügung stellen sollen. (Zuruf: Kahr-Regierung! Unmöglich!) Jedenfalls liegt es nicht an uns, wenn wir jetzt eine Kahr-Regierung haben. Ich halte auch jetzt eine Koalition mit den Rechtssozialisten für gar nicht ausgeschlossen. Der Herr Kollege Ledebour hat wiederholt mit Leidenschaftlichkeit hier im Reichstag gegen die von ihm entdeckte Mörderzentrale geredet. (Ledebour: Wir wissen uns dagegen selbst zu wehren!) Wie kann die Reichsregierung eine ausreichende Sühne für den Mord schaffen, solange es den bayerischen Gerichten nicht gelingt, den Mörder zu fassen.

Präsident Vöbe schlägt vor, die Sitzung abzubrechen. — Schulz-Bromberg (Din.) wendet sich gegen diesen Vorschlag. Seine Partei habe das brennende Verlangen, auf die Ausführungen des Reichskanzlers zu antworten. — Hoffmann (Komm.) bestrittet die Beschlussfähigkeit des Hauses. Das Bureau schließt sich diesem Zweifel an. Die Sitzung wird geschlossen.

Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr: Kleine Vorlagen und Weiterberatung. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Berlin, 18. Juni.

Die Telegraphen-Union meldet: Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich heute nachmittag während der Unterbrechung der Plenarsitzung mit dem Fall Kemmele, der zu der Ausweisung dieses Abgeordneten aus der Sitzung führte. Es wurde von den Kommunisten die Forderung verlangt, daß sie bei der Fortsetzung der Sitzung den Abgeordneten Kemmele zum Fernbleiben bestimmen sollten. Diese Forderung wurde von ihnen aber abgelehnt. Sie wollten vielmehr nur feststellen, daß der Abgeordnete Kemmele fernbleibe für die Fortsetzung der Rede des Abgeordneten Schwarzer, die durch den Vorfall unterbrochen worden ist. Die Kommunisten verlangten, daß der Abgeordnete Kemmele, der selbst auf der Rednerliste stand, die Rede der rechten Seite mit anhören dürfe, um eventuell darauf antworten zu können. Das Verlangen wurde aber wiederum von der Rechten abgelehnt, so daß eine Entscheidung des Aeltestenrates nicht zu erzielen war.

Die Demokraten

Gibt es noch eine demokratische Partei? Gibt es irgendeinen Politiker, der angeben kann, worin sich die sogenannte Deutschdemokratische Partei von den Stinnesleuten unterscheidet?

In allen politischen Fragen der letzten Zeit hat diese Partei sich geradezu als die Vertreterin und als der vorgegebene Köpfe der Deutschen Volkspartei in der Regierung gebildet. In der auswärtigen Politik hat sie am eifrigsten all die schweren und verhängnisvollen Fehler der früheren Regierungen als politische Größtaten verherrlicht. Je ärger der Fehler, desto stürmischer die Zustimmung. Die einzige Sorge war, nur ja nicht hinter der Deutschen Volkspartei oder hinter den Deutschnationalen an nationalisistischer Verblendung und politischer Romantik zurückzubleiben. In der Frage der Unterzeichnung des Ultimatus schwante die demokratische Partei haltlos hin und her, lehnte schließlich mit Majorität die Unterzeichnung ab, drängte sich aber dann doch in die Regierung. Seitdem übt sie den stärksten Druck aus, um die Stinnespartei mit in die Regierung hineinzuziehen. Sie hätte das Kabinett Wirth beinahe schon durch die ebenso tapfere, wie arrogante Rede ihres Führers Petersen gesprengt, wenn nicht im letzten Moment das Bedürfnis, in der Regierung zu bleiben, doch überwogen hätte. Dort sind sie aber die Träger der Rechtspolitik. Sie lauern nur auf die Gelegenheit, die Forderung der Aufnahme der Deutschen Volkspartei wieder zu erheben, und begnügen sich unterdessen, sie möglichst zu erschöpfen.

In Preußen sind sie die Stütze der völlig nach rechts gerichteten Regierung Stegerwald. Dort helfen sie die Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft herzustellen. Von dort aus hoffen sie, im Bunde mit dem in Preußen überwiegenden rechten Flügel des Zentrums, den reaktionären Druck auf die Reichsregierung zu unterstützen. Unterdessen sorgen sie dafür, daß wenigstens in Preußen die Reaktion sich neu befestigt. Ihr Minister Dominicus hat die wahrlich bescheidenen Anfänge einer Reformierung der Verwaltung, die Severing versucht hatte, völlig zum Stillstand gebracht. Überall in Preußen häufen sich die Uebergänge der Schupo in skandalöser Weise. Im Ministerium des Innern, aber auch in den anderen Ressorts, beginnen sich die alten Geheimräte und Ministerialdirektoren wieder stark zu fühlen. Die alte preußische Klassenvergewaltigung droht von neuem, und ihre Stützen sind die Herren Demokraten.

Offene Reaktionäre schlimmster Sorte sind die bayrischen Demokraten. Sie haben den Staatsstreik der bayrischen Kappisten, des Generals Mühl und des Obersten Epp, unterstützt und sind seine Hühner geworden. Sie stellen Minister in der Regierung Kahr und haben diese Regierung der Nordpropaganda, der konfessionellen Verheerung, des überlieferten Partikularismus unentwegt unterstützt. Diese bayrischen Demokraten wirken ansteckend. In den letzten Tagen hat das Organ der badischen Regierung, der „Badische Staatsanzeiger“, sich gegen die bayrische Kadaver- und Heppolitik gewandt und die Reichsregierung verteidigt. Die bayrische Regierung hat die unerhörte Frechheit, gegen die sehr maßvolle Kritik des badischen Regierungsorgans Vorstellungen zu erheben. Was tun die badischen Demokraten? Ihr Organ, das „Karlsruher Tageblatt“, bezeichnet nicht das Treiben der Kahr und Voehner, der Sicherheit und Anstand, sondern die Kritik des „Badischen Staatsanzeigers“ als „staatsgefährlich“, stellt sich auf die Seite der bayrischen Regierung und predigt die Solidarität der süddeutschen Staaten gegen den „übermächtigen Einfluß von Berlin“. Das demokratische Blatt stellt sich so an die Spitze der reaktionären Heerin Süddeutschland.

Die gleiche reaktionäre Haltung zeigt die „demokratische“ Wirtschaftspolitik. Im engsten Bunde mit Helfrich haben die Demokraten, Dernburg und Gothein an der Spitze, den Kampf gegen die Besitzsteuern geführt. Sie schrien mit den Deutschnationalen und der Volkspartei um die Wette nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Mit ihnen zusammen haben sie alle Bestrebungen vereitelt, die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor den Folgen der Verteuerung des Lebensunterhaltes zu schützen. Sie haben sich auf die Seite der Rechten gestellt, haben den Agrariern Milliardenprofite zugeschanzt, aber die von uns gestellte Resolution abgelehnt, die den Schutz des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten fordert. Sie haben die ungeheure Mehrzahl der süddeutschen Bevölkerung zugunsten des Getreide verkaufenden Großagrarertums völlig preisgegeben.

Die Demokraten haben damit bewiesen, daß sie mit den reaktionären Parteien zusammen die Besitzenden schonen, die arbeitenden Massen noch weiter belasten wollen. Die Demokraten, die in komischer Selbstüberhebung fortwährend anderen Parteien gute Lehren geben, schreiben mit besonderer Vorliebe über die angebliche Verantwortungslosigkeit von Sozialisten, die erklären, in eine Regierung mit bürgerlichen Parteien nicht eintreten zu wollen. Ihre Politik zeigt aber immer wieder, wie unmöglich es ist, nicht nur vom Standpunkt des Sozialismus, sondern auch nur vom Standpunkt der augenblicklichen Arbeiterinteressen, mit den Demokraten gemeinsame Politik zu machen. Diese Leute bilden sich ein, daß die Arbeitervertreter nur dazu in die Regierung eintreten dürfen, um den Widerstand der Massen gegen immer neue Lasten ungefährlicher zu machen. Sie selbst denken nicht im geringsten daran, auch nur die geringsten politischen und wirtschaftlichen Konzessionen zu machen. Sie sind, genau so wie die Deutsche Volkspartei, die wildesten Vertreter kapitalistischer Profitinteressen, und nur die größere Fügigkeit und Kleinlichkeit, mit der sie den Schuß des Portemonnaies betreiben, unterscheidet sie von den etwas großzügigeren Stinnesleuten.

Die Anstrengungen einzelner, denen die Demokratie ein großes politisches und wirtschaftliches Staatsprogramm ist, sind auf die Partei als solche ohne jeden Einfluß. Sie ist die geistloseste, aber auch die rabiateste Interessenvertretung des Besitzes geworden. Damit erweist sich aber dieses Abfallsprodukt des ehemaligen Nationalliberalismus und Kommunalfreijuns als völlig überflüssig.

Der Sturm gegen Wirth

Ueber die Rede, die der Reichskanzler am Freitag als Antwort auf die Interpellation der Unabhängigen gehalten hat, schäumen die Deutschnationalen und ihre Presse vor Wut. Obwohl der Reichskanzler sich als Beweis für die verheerende und vergiftende Agitation nur auf süddeutsche Organe berief, fühlten sich doch auch etliche Blätter in Berlin sehr getroffen. Mit vollem Recht; denn ähnlich wie die Agitation, die sie früher gegen Erzberger betrieben haben, und die mit den Schüssen eines ihrer Anhänger auf ihn endeten, genau so hat jetzt eine Kampagne mit vergifteten Waffen eingeleitet, die sich gegen die neuen Männer in der Regierung richtet. Ein Ausfluß jenes Selbstzuges ist es, wenn die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Zwei Skandale im Reichstage, einen rohen und einen geschickten, einen der Häute und einen der Gacchandschühe, einen, der den Kommunisten Kemmele zum Urheber hat und einen, den Reichskanzler Dr. Wirth hervorruft. Der Skandal des Kanzlers ist der weitaus schlimmere.“

Und ebenso schreibt das Blatt der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Rede des Reichskanzlers atmete in den entscheidenden Stellen einen giftigen politischen Hauch und war eine einzige Verbeugung von den Unabhängigen. Auch darin dokumentiert sich der Reichskanzler durchaus als Günstling dieser Partei, daß er bei der Beantwortung der Interpellation sehr bald aus seiner schwindelnden Objektivität herausging und mit wachsender Erregung die politische Hege gegen Bayern von höchster amtlicher Stelle aus gleichsam lantionierte. Natürlich hütere er sich wohlweislich, die bayerische Regierung selbst zu attackieren, aber indem er die zurzeit in Bayern wie auch in anderen süddeutschen Ländern herrschende Strömung als verwerflich bezeichnet, erzielte er dasselbe Ziel. Eine solche Demagogie übt der Art des höchsten Regierungsbeamten wohl als unglaublich und unverantwortlich bezeichnet werden.“

Und im getriggen Abendblatt der „Deutschen Tageszeitung“ wird Herrn Wirth noch einmal der schärfste Kampf angefaßt und angekündigt, daß „die Verhandlungen des Reichstages unter Umständen recht lebhaft und bewegt werden können“. Man wird also bei der Fortsetzung der Debatte am Montag bayrische Töne von der Rechten zu hören bekommen.

Zentrumsarbeiter und Getreidewirtschaft

Die beiden Zentrumsabgeordneten Wieber und Tremmel hatten mit den Sozialisten im Ausschuß die Resolution vertreten, die den Schutz der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, sowie Erfassung der Mehrerträge der Landwirtschaft forderte. Unsere Mitteilung, daß auch diese beiden Abgeordneten im Plenum gegen die Entschliebung gestimmt haben, hat sich nicht als zutreffend erwiesen. Der Abg. Tremmel hat, wie wir gerne feststellen, für die Entschliebung gestimmt, während der Abg. Wieber sich der Stimme enthalten hat. Unsere Kritik an der Haltung der Zentrumspartei, die ihre beiden Vertreter im Ausschuß im Stich gelassen hat, erfährt dadurch nur eine Bestätigung.

Die Tätigkeit des Garantie-Komitees

Wie W. L. B. mitteilt, haben am 17. und 18. Juni im Reichsfinanzministerium zwischen dem Garantie-Komitee und Vertretern der deutschen Regierung mehrere Besprechungen stattgefunden. Von deutscher Seite nahmen an den Besprechungen teil: Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium als Vorsitzender, ferner die Staatssekretäre Bergmann und Zapf vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, sowie weitere Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanzministeriums, Reichswirtschaftsministeriums, des Wiederaufbauministeriums, der Reichsbank und des Statistischen Reichsamts.

Den Sitzungen war eine Vorbesprechung zwischen dem Garantie-Komitee und Staatssekretär Bergmann am Donnerstag vorausgegangen. Zu Beginn der ersten Sitzung am 17. d. M. sprach Staatssekretär Schröder die Hoffnung aus, daß die Beratungen zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis führen werden, um so mehr, wenn die Beratungen von beiden Seiten von dem Verständnis für die Rechte und Notwendigkeiten des anderen Teils getragen werden. Er erklärte, daß die deutsche Regierung alles tun werde, um die Verpflichtungen, die ihr durch den Zahlungsplan vom 5. Mai auferlegt seien, nach besten Kräften zu erfüllen.

Der Präsident des Garantie-Komitees, Herr Rauciere, dankte Herrn Staatssekretär Schröder für seine Worte und fügte hinzu, daß der Geist, in dem das Garantie-Komitee die Durchführung des Zahlungsplanes beabsichtigt, der gleiche sei, wie er von den Vertretern der deutschen Regierung angedeutet sei. Das Garantie-Komitee habe das Bestreben, die Ansprüche der Alliierten zu erfüllen, ohne Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu stören.

In der ersten Sitzung wurde zunächst erörtert, was im Sinne des Art. 4 des von der Reparationskommission aufgestellten Zahlungsplanes als deutsche Ausfuhr anzusehen ist, und nach welchen Grundsätzen diese Ausfuhr festzustellen ist. Die weitere Erörterung erstreckte sich auf die Frage, welcher Teil der deutschen Jahresleistungen voraussichtlich durch Sachlieferungen und Leistungen abgegolten werden kann. In den Sitzungen am Sonntagabend wurden die einzelnen Steuern durchgesprochen, welche als Sicherheit für die deutschen Leistungen in Frage kommen. Außerdem wurde seitens der deutschen Vertreter die Organisation des amtlichen Devisen-Ankaufs in der Devisen-Beschaffungstelle auseinandergesetzt.

Wie lange hält das Umlageverfahren?

In unserer Notiz in der Abendausgabe vom 17. Juni über die Tagung des Verbandes Preussischer Landkreise erhalten wir noch diesem folgende Mitteilung:

„Es wird hierdurch festgestellt, daß in der Aussprache wohl die technischen Schwierigkeiten, welche mit dem Umlageverfahren verbunden sind, eingehend erörtert wurden, daß aber von keiner Seite angedeutet wurde, man wolle für den Fall, daß das Umlageverfahren durch Reichsgesetz festgelegt werde, durch passiven Widerstand seine Durchführung unmöglich machen. Die Versammelten haben sich lediglich verpflichtet gefühlt, als diejenigen, welche zur praktischen Durchführung des Gesetzes zunächst berufen sind, in legerer Stunde auf die mit dem Umlageverfahren verbundenen technischen Schwierigkeiten mit allem Ernst hinzuweisen. Bei dieser Sachlage ist es unerfindlich, wie der Gewehrsmann, welcher zu dem Artikel Ihrer Zeitung Veranlassung gegeben hat, zu der Behauptung gelangt ist, daß die rechtsstehenden Landräte gegenüber dem Umlageverfahren passive Resistenz üben wollten.“

Diese Zusage trifft nicht den Kern der Sache. Daß die Vertreter der preussischen Landkreise nicht ankündigen werden, daß sie das Umlageverfahren zu sabotieren gedenken, ist doch klar. Das haben auch die Agrarier immer nur getan und niemals gesagt. Deshalb wird man auch in diesem Fall das Ergebnis abwarten müssen.

Drei Jahre Zuchthaus für eine Rede

Der Dortmunder Kommunist Adolf Weinberg ist vom Sommergericht in Essen wegen einer Rede, die eine Aufforderung zum Hochverrat enthielt, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Rede wurde erst viele Wochen nach dem mitteldeutschen Aufstand gehalten. Weinberg hat sich in den Kapiteln als vernünftiger und verständiger Mann gezeigt. Das Urteil erscheint geradezu ungeheuerlich, trotzdem man von den Ausnahmegerichten allenthalben gewöhnt ist.

Ausfahrungen gegen Deutsche in Bromberg

T. U. Bromberg, 18. Juni.

Am Donnerstag abend gegen 7 Uhr fand eine Protestversammlung wegen angeblicher Mißhandlung von Polen in Deutschland statt. Im Anschluß daran erfolgte ein großer Massenumzug. In den späten Abendstunden fanden Kabaummzüge statt, wobei viele Schaufensterheiden jüdischer und zum Teil deutscher Geschäfte eingeschlagen wurden. Deutsche auf den Straßen und in den Lokalen wurden mißhandelt. Die Polizei wurde ausgedient, kam jedoch zu spät. Polnische Stadträte und Stadtverordnete verletzten vergeblich die Menge zu beruhigen. Am Freitag abend fanden neue Umzüge statt, trotzdem alle Ansammlungen polizeilich verboten waren. Die „Deutsche Rundschau“ wurde bis auf weiteres verboten, angeblich um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Gestern abend drang die Menge nach Zerstörung des Eisengitters in die Buchdruckerei von Düttmann, dem Verleger der „Deutschen Rundschau“, ein, und richtete erheblichen Schaden an. Die Lage ist heute noch gespannt.

Ein englischer Sergeant in Oberschlesien getötet

U. London, 18. Juni. (Reuter.)

Das Kriegsministerium teilt mit, daß am 2. Juni bei Groß-Stanitsch in Oberschlesien ein englischer Sergeant getötet wurde, als er in einem Wäldchen, in dem sich deutsche und polnische Patrouillen gegenüberstanden, Wasser holen sollte. Er soll von der Kugel eines deutschen Maschinengewehrs getötet worden sein. Die Auslieferung des Mannes, der das Maschinengewehr bediente, ist verlangt worden.

Neue Aktion der englischen Arbeiter

London, 18. Juni. (Reuter.)

Der Volksgesundheitsausschuß der Bergleute hat beschlossen, alle Trade Unions, die in Lohnstreitigkeiten verwickelt sind, aufzufordern, in kürzester Frist zum Zwecke einer nationalen Aktion mit den Bergleuten zusammenzutreten, um sich ihre Forderungen gegenseitig zu gewährleisten. Hodges erklärte, wenn die anderen Verbände zustimmten, bedeute das den Generalstreik. In seiner Antwort an den Volksgesundheitsausschuß der Bergleute sagte Lloyd George, das Angebot der Regierung, finanzielle Beihilfe zu leisten, könne nur bis morgen abend offen bleiben.

Die Orientfrage

Besprechungen Lord Curzons mit Briand

Paris, 18. Juni.

Die Havasagentur teilt über die Beratungen, die heute Vormittag zwischen dem Ministerpräsidenten Briand und Lord Curzon stattgefunden haben, mit, englischerseits scheint man jetzt entschlossen zu sein, den Türken Zugeständnisse zu machen und ihnen namentlich ganz Anatolien anzubieten. Ebenso kommt man dem Wunsche der englischen Staatsmänner entsprechend, auf die Zuteilung des Vilajets Smyrna zurück. Aus diesem sollte eine Art autonomer Staat gebildet werden. Unter diesen Umständen hoffe man, in London die Zustimmung der Regierung von Ankara zu einem endgültigen Abkommen zu erlangen. Wenn dieses Abkommen nicht erzielt wird, würden die Alliierten nächste Griechenland in seinem Kampfe gegen die Türken finanziell unterstützen. Im übrigen habe Lord Curzon in der Vormittagssitzung die Ausführungen über die Orientfrage noch nicht beendet, er werde es in der um 3 Uhr beginnenden Nachmittagsitzung wieder aufnehmen.

Nach einer „Tribune“-Meldung ist der deutsche Botschafter Dr. Mayer aufgefordert worden, an den Beratungen teilzunehmen. Man kann daher annehmen, daß auch die oberösterreichische Frage besprochen wird.

Der Nachfolger des Genossen Gareis im bayrischen Landtag. Der Präsident des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes teilt nunmehr als Landeswahlleiter amtlich mit, daß an Stelle des ermordeten Abgeordneten Gareis der Schriftsteller Ernst Toller in München, der sich zur Zeit in der Festungshaft anstalt Niederrheinensfeld befindet, in den Landtag eintritt. Toller hat die Wahl zum Abgeordneten angenommen. — Nunmehr wird der bayrische Landtag die Haftentlassung des Genossen Toller zu beschließen haben, damit er sein Mandat ausüben kann. „Erlach-Kampf“. Von heute ab erscheint in München unter dem Titel „Münchener Morgenpost“ eine neue Zeitung. Das Blatt wird verantwortungsvoll geleitet von dem Gewerkschaftssekretär Pöschel, der parteipolitisch der U. S. V. angehört. Die Zeitung ist ein Erlach für den vom Polizeipräsidenten Pöschel verbotenen „Kampf“, das Organ der U. S. V. in München.

Unfreiwillige Helfer der Klassenjustiz

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Justizdebatte vorläufig zu Ende. Es war ein Speerzutenlaufen für die preussische Klassenjustiz. Sowohl der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie, als diesmal auch der Vertreter der Rechtssozialisten brachten ein so wichtiges Tatsachenmaterial gegen die arbeiterfeindliche Einstellung der preussischen Justiz vor, daß selbst die Vertreter der bürgerlichen Parteien gezwungen waren, sich auf eine sehr lahm e Defensiv zu beschränken.

Am schlimmsten ist die arbeiterfeindliche Einstellung der Justiz natürlich dort, wo es sich um politische Rechtsprechung handelt. Und es ist nicht bloß falsches Klassenempfinden, Verblendung durch Klasseninteresse, wenn die Justiz politisch irreführte und getäuschte Arbeiter, die gegen die Gesetze der bürgerlichen Ordnung verstoßen haben, ins Zuchthaus sperrt, während gleichzeitig verrottete Schurke, wie die Angehörigen des Freikorps Kulod, durch dieselbe Justiz befreit werden. Nein, der trasse Gegensatz zwischen der Behandlung von Arbeitern und Angehörigen der besitzenden Klasse oder solchen Personen, die im Dienste dieser Klasse Verbrechen verübt haben, dieser trasse Gegensatz in der Rechtsprechung muß bei den Arbeitern den Eindruck bewußter Rechtsbeugung hervorrufen.

Es käme nun alles darauf an, die Justiz in ihrer Parteilichkeit, die so abschreckend und moralisch abstoßend wirkt, immer aufs neue zu entlarven, sie vor das Gericht aller anständigen Menschen zu stellen und eine so feste Phalanx gegen sie zu bilden, daß sie wenigstens gezwungen würde, die Gesetze des Anstands zu erfüllen. Statt dessen findet die Justiz unfreiwillige Helfershelfer bei den Kommunisten, die nichts anderes zu tun wissen, als der Justiz und ihren Verteidigern, die Argumente zur Rechtfertigung der Klassenurteile zu liefern. Schon bei den Ausschussberatungen hat einer dieser Leute, der Abgeordnete Röh, nichts Geseheneres zu tun gehabt, als anzukündigen, daß die Kommunisten, sobald sie zur Macht kämen, es genau so machen würden, wie die bürgerliche Justiz; sie würden dann die Richter einperren und mit allen ihren politischen Gegnern kurzen Prozeß machen. Der Abgeordnete Röh trieb den Zynismus so weit, den Vertretern der sozialistischen Parteien zu erklären, sie sollten sich nicht um die Opfer der Sondergerichte kümmern, die Kommunisten würden sie schon aus den Zuchthäusern befreien und statt dessen die politischen Feinde hineinperren. Es ist klar, daß damit nicht nur die jetzige Justiz von den Kommunisten als berechtigt anerkannt wird, sondern daß dadurch alle Bemühungen, die Verurteilten aus den Gefängnissen herauszubekommen, außerordentlich erschwert werden.

Den Kommunisten ist durchaus zuzutragen, daß sie dieses Spiel bewußt betreiben. Denn sie leben heute fast ausschließlich noch von der Erbitterung, die die Urteile der Ausnahmegerichte und das Vergehen der Amnestie in weiten Kreisen der Arbeiterschaft wach erhält. Als Partei könnte ihnen unter Umständen nichts Schlimmeres passieren als die Befreiung der Opfer. Und daher solche „prinzipielle“ Redensarten, die einem übermächtigen und gewalttätigen Gegner sagen: Du hast ja vollständig recht, wir würden es genau so machen. Dieses Verhalten ist um so infamer, als die Kommunisten es sind, deren Taktik ganz unbedürftlich um die Folgen, die Arbeiterschaft in die Maschinengewehre versetzt und vor die Ausnahmegerichte gebracht hat, wobei die Führer freilich so ziemlich alle vom sicheren Kriegspressequartier aus zugehört haben und alle auch verschont geblieben sind, während die Arbeiter zu Tausenden im Zuchthaus schmachten.

Aber damit nicht genug. Bei der Debatte im Landtag selbst haben sich die Kommunisten ebenfalls sehr dumm benommen. In der Debatte im Landtag selbst hat die Kommunistin Wolffstein als Muster der Rechtspflege die bolschewistische Justiz hingestellt. Das heißt also eine Verherrlichung des Terrors und der blutigsten Verfolgung. In Rußland gibt es überhaupt keine Rechtspflege, sondern die schlimmste und infamste Willkür, die sich in geradezu barbarischer Weise vor allem auf politischem Gebiete betätigt. Wir haben kürzlich erst berichtet über die schändlichen Mißhandlungen, die in den Gefängnissen an sozialdemokratischen Arbeitern und Parteigenossen verübt worden sind. Es heißt geradezu die preussische Justiz ermutigen, wenn man sie nach Art der Kommunisten Röh und Wolffstein belächelt. Es heißt aber auch, sich an den Gedanken der Menschlichkeit versündigen, wenn man der Gewalttätigkeit der preussischen Justiz nichts anderes entgegenzusetzen weiß als den Wunsch, die gleiche oder eine noch schlimmere Gewalttätigkeit zu üben, sobald man sich im Besitze der Macht glaubt.

Das ist die Verleugnung des Gedankens der Gerechtigkeit überhaupt. Und das ist ja eben das Verderblichste am Bolschewismus, daß er nur Gewalt und Gewalttätigkeit als Kampfmittel kennt und so im schärfsten Gegensatz zur kulturellen Mission des Sozialismus geraten ist. In Rußland selbst wird er damit den Widerstand gegen seine Herrschaft nur auf kurze Zeit brechen können, in Westeuropa aber hat diese Gewaltpropaganda nur der Reaktion genützt, sie zu den argsten Gewalttätigkeiten herausgefordert und jene Stimmung begünstigt, in der ihre Ausführung möglich wurde.

Überall erweisen sich die Kommunisten so als Schädlinge des kämpfenden Proletariats. Und es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß ihr Verhalten während der Justizdebatte den in den Zuchthäusern schmachtenden Arbeitern eher geschadet als genützt hat. Der Kampf gegen die Schändlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Einrichtungen bekommt erst das erforderliche Schwergewicht durch den Nachweis, daß die Arbeiter turmhoch über dieser Gesellschaft stehen, daß sie ihre barbarischen Methoden verachten und ihre Geflogenheiten verwerfen. Die Kommunisten haben diesen Nachweis nicht erbracht, am allerwenigsten durch den Hinweis auf Rußland, dessen Justiz sich nicht etwa lediglich gegen die Gegenrevolutionäre richtet, wie die Kommunisten glauben machen möchten, sondern auch gegen die Arbeiter, die es wagen, eine abweichende Auffassung zu vertreten.

„Kriegsgesellschaft“ als Rainszeichen

In letzter Zeit hat eine besondere Hege gegen die noch bestehenden oder sich bereits in Auflösung befindlichen Kriegsgesellschaften eingekehrt, welche nur die Auswirkung hat, daß den Stelleninhabenden die Beschaffung einer neuen Position erheblich erschwert wird. Insbesondere Organisationswesen, das sich das Personal der Kriegsgesellschaften zum größten Teil aus Kriegsteilnehmern, Kriegshinterbliebenen und schwerbeschädigten zusammensetzt. Viele von ihnen haben die längste Zeit des Krieges im Felde gestanden und waren froh, nach beendeter Feldzuge bei diesen Organisations-

nen unterzukommen, da der Krieg sie um Stellung und Existenz gebracht hatte. Mag der Ansturm gegen Art und Wesen dieser im Kriege notwendig gewordenen Gesellschaften hier oder da Berechtigung finden, so müssen doch aber die Angestellten entschieden dagegen Verwahrung einlegen, in ihren Leistungen und Fähigkeiten herabgewürdigt zu werden. Die Angestellten sind durch die bürgerliche Notwendigkeit gezwungen, durch Ausübung ihres Berufes Geld zu verdienen, um ihre Familien und sich selbst lebensfähig zu halten. Durch Arbeit wollen sie zur Freiheit gelangen und wollen nicht daran behindert sein. Es soll und muß an alle Arbeitgeber an dieser Stelle die dringende Bitte ausgesprochen werden, bei etwaigen Einstellungen nicht das Wort „Kriegsgesellschaft“ als Rainszeichen den arbeitswilligen und leistungsfähigen Mitarbeitern an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft anheilbringend aufzurufen, sondern sie alle so zu werten, wie sie es ihrem gelerntem Beruf und Bewährung gemäß in diesem vollauf verdienten und die freien Posten in Industrie und Handel imstande sind, ganz anzufüllen.

Die Abneigung gegen die Kriegsgesellschaften auf die bei ihnen beschäftigten Angestellten zu übertragen, ist in höchstem Maße unbedeutend und unzulässig. Die vielen Mängel dieser Gesellschaften kommen vielmehr auf das Konto der Leistungen der höheren Angestellten und insbesondere auf die starken kapitalistischen Interessen, die in ihnen den Ausschlag geben. Wir haben ja kürzlich dafür aus der Praxis der Reichsjustiz Beispiele gegeben, die bezeichnenderweise ohne jede Antwort geblieben sind!

Hauptauschuss des Landtags

Der Hauptauschuss des Landtags begann am Sonnabend die Beratung über den Haushalt des Ministeriums des Innern. Abgeordneter Heilmann (Soz.) hob als Berichterstatter hervor, daß sich der Zuschuß zum Ministerium des Innern von 103 Millionen Mark im Jahre 1919 auf 878 Millionen im Jahre 1921 erhöht habe. Die Einnahmen aus den Pächgebühren sind von 70000 Mark auf 13,5 Millionen Mark gestiegen. Die Reform der Städte- und Kreisordnung sei für den Herbst zu erwarten. Es seien Wünsche laut geworden, dabei eine Neuordnung der Kreise vorzunehmen, besonders im Osten, wo durch den Friedensvertrag manche Kreise sehr verkleinert worden seien. Der Berichterstatter machte weiter an dem Gesamtat einige unwesentliche Ausstellungen.

In der Gesamtsprache verlangte Krüger (Soz.) eine Umgestaltung der inneren Verwaltung Preußens. Der Post- und Oberpostinspektor müsse endgültig verschwinden. Auch in der personellen Zusammenlegung der Behörden müsse zum Ausdruck kommen, daß Post und Staat nicht, wie es im alten Preußen der Fall gewesen sei, zweierlei wäre. Mit der Schulpolizei fand sich der Redner ab, er verzichtete die verschiedenen Ausschreitungen, die sich die Schulpolizei hat zuschulden kommen lassen, und wandte sich dann gegen die neuen Dienstvorschriften, die der Minister des Innern, Dominicus, erlassen hat. Die Schulpolizei müßte die gleichen Rechte erhalten wie jeder andere Beamte. Die Verträge, die die Schulpolizei die politischen Rechte zu nehmen, würden auf den stärksten Widerstand der Rechtssozialisten stoßen. Krüger verlangte dann die restlose Auflösung der Organe und Auflösung darüber, wieso es möglich gewesen sei, im Schöneberger Rathaus ein Waffenlager anzulegen. Der Ausnahmezustand in Ostpreußen müsse endlich befristet werden.

Genosse Cohn beschränkte sich als nächster Redner auf einige besonders wichtige Fälle, die er außerhalb des Rahmens der Generaldebatte vortragen wollte. Er wies zuerst darauf hin, daß in den Zeiten vor dem Krieg noch eine russische Pachtstelle existierte. Der Leiter ist ein gewisser Hamm, der im Dienste irgendeiner zaristischen Privatvereinigung steht, die sich in Deutschland niedergelassen hat. Die dort auszuübenden Pächte hatten von Anfang an keine Rechtsgültigkeit, inzwischen sind durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages die Beziehungen zu Sowjetrußland hergestellt, und es kann für Deutschland nur noch die rechtmäßige Vertretung der Sowjet-Republik in Betracht kommen. Dennoch stellt die Pachtstelle in den Zeiten weiter ihre Pächte aus, und das Polizeipräsidium schickt sogar die Pächte, die Pächte von der rechtmäßigen Vertretung erhalten, nach den Zeiten und verlangt von dort die Pächte, da sonst die Anwesenheit nicht genehmigt werden könne. Die Pächte für einen solchen Päch, der ein völlig wertloses Papier ist, betragen 150 Mark. Dieser Zustand ist einfach unhaltbar. Genosse Cohn wies weiter auf die Zusammenkunft der russischen Monarchisten im Bad Reichenhall hin und sagte, daß die Besucher dieser gegenrevolutionären Konferenz von preussischen Behörden nicht nur allein die Durchreisereise, sondern auch Geld für ihre Reise erhalten hätten.

Sobann wandte sich Genosse Cohn der Ostjudenfrage zu. Er wies darauf hin, daß von den Ostjuden, die man jetzt als lästige Ausländer behandle, nur ein kleiner Bruchteil nach dem Kriege nach Deutschland gekommen sei. 30 000 Ostjuden seien während des Krieges nach Deutschland verschleppt worden, der größte Teil unter Anwendung roher Gewalt, der kleinere Teil durch den Abschluß eines Arbeitsvertrages. Der Arbeitsvertrag sei für eine Dauer von sechs Monaten abgeschlossen worden. War diese Zeit abgelaufen, dann wurden die jüdischen Arbeiter mit Hunger und Prügel gezwungen, hier zu bleiben. Die 30 000 Ostjuden, ob sie nun zwangsweise oder durch einen Arbeitsvertrag ihren Weg nach Deutschland fanden, mußten hier Kriegsarbeit leisten, um die Front zu entlasten, also die deutsche Kriegsführung zu erleichtern. Jetzt richtet sich die Wut gegen diese Ostjuden, sie werden in Internierungslagern gesperrt, und das ist eine geradezu legendäre Undankbarkeit. Ganz rigoros werde auch mit den Ausweisungsbefehlen vorgegangen. Was den Internierungserlass anbelange, so sei dieser zwar von Senzering unterbrochen, aber er sei ihm geradezu abgezwungen worden durch ein demokratisches Obergesandtes, den Reichsminister Dr. Koch. Genosse Cohn schilderte dann die bekannten Vorfälle im Lager Stargard. Er verlangte Aufklärung über den Gang der Untersuchung und verlangte, daß die rigorosen Maßnahmen gegen die Ostjuden aufgehoben werden, da sie des deutschen Volkes unwürdig seien.

Kunmehr wandte sich Genosse Cohn den Zuständen im Lager Siewo zu. Dort sei eine ganze Anzahl von Personen untergebracht, die in Oberschlesien verhaftet worden seien, unter ihnen auch viele Deutsche, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Während des Transportes von Oberschlesien nach Siewo waren die Gefangenen schmerzlichen Mißhandlungen ausgesetzt, einigen Personen sind die Wertgegenstände und sogar die Schuhe durch die Transportmannschaften entwendet worden. Der Transport von Reize nach Cottbus erfolgte im verschlossenen Güterwagen bei brennender Hitze. Irgendeine Stelle scheine den Transport signalisiert zu haben, denn auf allen Stationen, wo der Zug hielt, war eine aufgestachelte Menschenmenge versammelt, die Unzufriedenheit zu üben suchte. Ein rechtssozialistischer Stadtverordneter aus Rosel sei in Cottbus verstorben, es werde behauptet, daß der Tod infolge der Mißhandlungen eingetreten sei.

Zum Schluß gab Genosse Cohn bekannt, daß eine strenge Kontrolle der für Oberpostinspektor vorausgabenden Gelder notwendig sei. Zwei unabhängige Reichstagsabgeordnete, die vor einigen Wochen nach Oberschlesien gefahren seien und bei einer Breslauer Behörde um die Ausstellung einer Reisebescheinigung nachsuchten, bekamen nicht nur diese Bescheinigung, sondern auch 5000 Mark, angeblich für Reisekosten. Eine Quittung darüber wurde nicht gefordert, sie wurde erst auf Drängen der Abgeordneten ausgestellt. Die Abgeordneten haben bei ihrer Rückkehr nach Berlin sofort dem Minister des Innern Kenntnis von diesem Vorgang gegeben und um Aufklärung ersucht. Das Geld sei ihnen durch den Regierungsrat Spieker ausgehändigt worden. Daß in einer derartigen unehrenhaften Weise mit dem Geld herumgemor-

würde, sei schlimmste Korruption. (Abg. Ledig: Es ist ja bloß Papiergeld!) Der Fall müsse unbedingt aufgeklärt werden. Am Montag wird Minister Dominicus auf die von dem Genossen Cohn vorgetragene Fälle Antwort geben. Er wird bei dieser Gelegenheit zu zeigen haben, wie er sein Amt als demokratischer Minister zu führen gedenkt.

Die Arbeiterbewegung in Spanien

Aus Madrid wird uns geschrieben:

Seit beinahe einem halben Jahrhundert ist die spanische Arbeiterbewegung tief gespalten in zwei Richtungen: Die Sozialisten und die Gewerkschaftler einerseits und andererseits die Anarchisten und alle die, welche, wie die revolutionären Syndikalistischen, die Bakuninischen Prinzipien vertreten.

Die „Spanische Sozialistische Arbeiterpartei“ hat jetzt mehr als 50 000 Mitglieder; die „Generalunion der Arbeitenden“, die Zusammenfassung der Gewerkschaften, über 33 000. Diese beiden Organisationen haben ihren Sitz in Madrid.

Die Anarchisten und revolutionären Syndikalistischen sind in dem „Nationalbund der Arbeit“ zusammengeschlossen, deren Sitz Barcelona ist. Ihre Mitgliederzahl anzugeben, ist schwierig, weil die Hauptzentren sich in Katalonien befinden und zurzeit die katalonischen Arbeiterorganisationen von weißen Terroristenverbänden verfolgt werden. Man kann annehmen, daß der Bestand des Nationalbundes etwas geringer ist, als der der Generalunion. Es gibt auch einige Gruppen reiner Syndikalistischer oder Anarchistischer; aber es ist unmöglich, ihre Zahl und Organisation zu kennen.

Die „Generalunion der Arbeitenden“ ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossen; ihre Organisation und ihre Taktik ähneln sehr denen der englischen Gewerkschaften, während ihr Geist — wie übrigens auch der der sozialistischen Partei — mehr dem der Mehrheit der Independent Labour Party Großbritanniens zu vergleichen ist. Ein kleiner, sehr kennzeichnender Zug dieser spanischen Organisation ist, daß trotz des sehr starken Einflusses der französischen auf die spanische Arbeiterbewegung die Generalunion immer vielmehr den englischen Trade Unions, als dem französischen Gewerkschaftsbund Gefolgschaft geleistet hat.

Der „Nationalbund der Arbeit“ hat jederzeit die gewerkschaftlichen Unternehmungen und den Kampf um gelehrgewerbliche Reformen abgelehnt. Seine Taktik ist die „direkte Aktion“ in ihren verschiedenen Arten: der Sabotage, dem gewalttätigen Generalstreik und dem bewaffneten Aufstand. Der Nationalbund hat sich vor ungefähr 1 1/2 Jahren der Moskauer Internationale angeschlossen; aber nach der sechsten bedeutenden Kongressreise eines seiner hervorragendsten Führer, Angel Bestana, scheinen sich die Sympathien der spanischen Syndikalistischen, die alle Antimarxisten und Gegner der Zentralisation sind, für die russischen Kommunisten sehr verringert zu haben.

Eine Tatsache könnte jetzt einen Wechsel in der Taktik des Nationalbundes der Arbeit hervorrufen und die beiden großen gewerkschaftlichen Vereinigungen Spaniens, die sich seit Jahren bekämpft haben, in einer einzigen Organisation zusammenzuführen. Es handelt sich um ein Manifest, das der Nationalbund anlässlich der schweren industriellen Krise, die augenblicklich in Spanien herrscht, herausgegeben hat. Nachdem das Manifest die Verminderung der Kaufkraft der Löhne infolge der andauernden Verteuerung der Lebenshaltung festgestellt hat, stellt es folgende, sofort zu verwirklichenden Forderungen: Aufrechterhaltung des Achtstundentages; Wegfall von Überstunden; Kontrolle des Handels und der Lager, um den Warenwucher zu verhindern; wissenschaftliche Organisation der Arbeit; Verwirklichung der Produktionsmittel; Aushebung des Großgrundbesitzes und die Übernahme seiner Bewirtschaftung durch die Verbände der Landarbeiter; Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland, um das ökonomische Leben Europas wiederherzustellen; völlige Koalitionsfreiheit.

Alle diese Maßnahmen werden von der Generalunion der Arbeitenden und den Sozialisten vertreten und hatten bisher niemals die Zustimmung der Vertreter des Nationalbundes erhalten. Bei der jetzigen Lage der Dinge besteht die Hoffnung, daß die beiden Gewerkschaftsorganisationen Spaniens zu einem dauernden Einvernehmen gelangen werden. Diese Verständigung würde von der ganzen Masse der organisierten Arbeiter, die außerordentlich unter dem Terror der weißen Banden und der ökonomischen Krise leiden, mit großer Begeisterung aufgenommen werden.

Der Rechtsauschuss des Reichstages nahm am Sonnabend eine Abänderungsnovelle zum Gerichtsverfugungsgesetz (Erhöhung der Gebühren) fast unverändert an. — Angenommen wurde ein Antrag Dr. Rosenfeld (U. Soz.), wonach im Falle der Zurücknahme eines Strafantrages eine Erhöhung der Gerichtskosten nicht eintreten soll. — Ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Anwaltsgebühren liegt dem Reichsrat vor. — Auf Antrag des Abg. Dr. Rabreau (Soz.), wurde beschlossen, die Regierung zu eruchen, die baldige Einbringung eines Gesetzentwurfes über das Güterverfahren zu erwägen.

Aufhebung des Breslauer Sondergerichts. Wie die „Breslauer Volksmacht“ meldet, hat Reichsjustizminister Dr. Schiffer den Breslauer Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion zugesagt, daß das Breslauer Sondergericht in den nächsten Tagen aufgehoben wird. Die einseitigen Schritte seien bereits erfolgt.

Das Frauenstimmrecht in Frankreich. In seiner Sitzung am Donnerstag lehnte der französische Senat mit 201 gegen 189 Stimmen ab, über das Frauenstimmrecht debattieren zu lassen. Mit allen weniger drei Stimmen hatte der Kammerauschuss für das allgemeine Stimmrecht den Bericht von Barthelemy angenommen, der die Regierung auffordert, zu veranlassen, daß der Senat den von der Kammer beschlossenen Antrag auf die Tagesordnung setze und das Frauenstimmrecht besprochen werde. Die Kammer sprach sich auch für das Familienstimmrecht und die Wahlpflicht aus.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien. Im April betrug die Zahl der Arbeitslosen in Belgien 74 519, im März 60 714. Die Zahl der Arbeiter, die nicht voll beschäftigt waren, ist von 140 967 im März auf 118 041 im April gefallen.

Niederlage des Kabinetts Lloyd George. Das Ergebnis der Nachwahlen im Bezirk Hereford, das gestern Abend bekannt wurde, bedeutet eine neue schwere Niederlage des Kabinetts Lloyd George. Kommissar Admiral Murray erhielt 12329 Stimmen während der Kandidat der Regierung nur 5553 Stimmen auf sich vereinigte.

Die russisch-englischen Handelsbeziehungen. Laut „Daily Herald“ hat die britische Regierung Krassin, Kischlow und Birgin als persona grata (gern gesehene Personen) bei Ausübung des Handelsabkommens mit Sowjetrußland anerkannt. Die russische Regierung hat ebenso das Personal der amtlichen britischen Mission für Rußland zugelassen, das sich nächste Woche nach Moskau begibt.

Das neue lettische Kabinett. Dem „Nemeter Dampboot“ wird aus Libau gemeldet, daß die Bildung des neuen lettischen Kabinetts vollzogen worden ist. Ministerpräsident wird Meierowicz, der zugleich das Portefeuille des Außenwesens übernimmt. Sein Gehilfe für Auswärtiges wird Samuels, das Ministerium des Innern übernimmt Aweckis, das Finanzministerium Kainimisch und das Justizministerium Szizmanu (Soz.).

A. Wertheim

Leipziger Str. • König-Strasse
Rosenhaler Str. • Moritzplatz
Versand-Abteilung: Berlin W. 9

Große Preisermäßigung
Hervorragend billige Gelegenheitsposten

Saison-Ausverkauf

- Bestickte Batiste** helle u. dunkle Farb., Mtr. **685**
- Baumwollene Blusenflanelle** für Sportblusen und -Hemden..... Mtr. **850**
- Bedruckte Baumwollmusseline** einfache Muster..... Mtr. **925**
- Kinder-Schotten** blau-grün, doppeltbreit Meter..... **1075**
- Kleiderstoff** einfarbig gestreift, doppeltbreit, Meter..... **1750**
- Blusenflanelle** reine Wolle, vorzügl. Qualit., marine u. schwarz, Mtr. **2650**
- Kostümfstoffe** versch. Ausführungen, 130 cm breit..... Mtr. **38Mk.**
- Gabardine** 130 cm br., reine Wolle, nur marineblau,..... Mtr. **6750**
- Schleierstoff** (weiß) 115 cm breit..... Mtr. **1675**
- Zephir** schottisch kariert, für Dirndkleider Meter..... **2250**
- Seidenkrepp** bedr., 90 cm br., heller Grund m. Streublümchen, Mtr. **2650**
- Bengalineseide** bedr., aparte Kleidermuster, Ersatz für Foulard, 70 cm breit... Mtr. **3350**
- Bedr. Seidenstoffe** bastfarbig, Grund mit großen Punkten.... Mtr. **35Mk.**
- Reinseid. Paillette** nur hellblau u. rosa, Mtr. **1750**
- Reinseid. Sürah** gestreift für Blusen, Mtr. **2250**
- Kreponkleid** aus baumwoll. Krepon, jugendl. Form, schöne helle Sommerfarben..... **59Mk.**
- Musselinkleid** aus bedruckt. baumwollenem Musselin, jugendliche Form, helle u. dunkle Must. **89Mk.**
- Voll-Voile-Kleid** mit Zwischensitzen in weiß und farbig..... **125Mk.**
- Damenkleider, Blusen, Kostüme, Mantelkleider, Mäntel, darunter elegante Modelle, herabgesetzt..... bis auf** **50%**

- Morgenjacke** a. Baumwoll-Musselin..... **39Mk.**
- Morgenrock** aus Baumwoll-Musselin..... **69Mk.**
- Morgenrock** aus Baumwoll-Krepp..... **89Mk.**
- Kleiderrock** a. Waschst. **35Mk.**
- Kleiderrock** a. schwarz-weiß kariertem Stoff... **39Mk.**
- Kleiderrock** a. reinwoll. Kammgarn-Cheviot.... **69Mk.**
- Unterröcke** a. Waschst. **24Mk.**
- Unterröcke** aus bestem Waschstoff, mod. Form. **32Mk.**
- 2 Posten Hausschürzen** 1575 aus Gingang.....
- Schürzen** Wienerform mit Latz und Träger, a. gemust. Kretonne oder Gingang..... **2250**
- Damenstrümpfe** lang, schwarz, weiß, lederfarb. **475**
- Damenstrümpfe** lang, mittelstark, m. verstärkt. Farsen und Spitzen... **775**
- Damenstrümpfe** lang, m. Doppels., Musselin, schw., weiß, 12 mod. Farb. **1425**
- Damenstrümpfe** lang, fein Flor, klares Gewebe, grau oder lederfarbig.. **19Mk.**
- Damenstrümpfe** lang, Kunsts., schw., weiß, gr. **3350**

Großer Posten Damen-Kostüme

- einfarbige und gemusterte Stoffe
- | | |
|----------------------|----------------------|
| Serie I | Serie III |
| jetzt 195 Mk. | jetzt 590 Mk. |
| Serie II | Serie IV |
| jetzt 390 Mk. | jetzt 790 Mk. |

- Sportjacke** reinw. Cheviot, in versch. Farben..... **138Mk.**
- Staubmantel** Impr., covertcoatfarbig... **145Mk.**
- Schlüpfperpaletot** aus mod. Noppestoff **185Mk.**
- Regenmant.** Impr., aus gut gewirnt. Covertcoat, in versch. Farben, mod. Form. **195Mk.**
- Matrosenhüte** für Mädchen und Knaben.. **675**
- Weißer Südwest** für Backfische..... **1450**
- Kinder- und Backfischhüte** garniert... **28Mk.**
- Band** römisch gestreift, ca. 8 cm breit..... Mtr. **450**
- Schärpenband** röm. gestr., 12 cm breit, Mtr. **750**

Dirndl-Kinderkleider m. Schürze, reiche Auswahl in hübschen Mustern..... Größe 45 cm

- Jede weitere Größe 5 Mk. mehr
- 1 Posten Mädchenkleider** aus gemustert. gut. Waschstoff, in versch. Ausf., Gr. 60 cm Jede weitere Größe 5 Mk. mehr **50Mk.**

4 Serien Blusen

- | | | | |
|--|--|--|---|
| Serie I
a. Waschkrepp, bw. Musselin und guten Voilestoffen, schön. Formen u. Ausföhr. | Serie II
a. gut. Waschstoff, gestickt. Batist, Fianell u. gut. Vollvolle l. schön. Sportform. | Serie III
aus gutem Voilvolle, gemustert. Schlei-erstoff und Zephir, darunter m. Jabots | Serie IV
aus Seiden-Paillette Cröpe de chine, Seidenkrepp, mit Stürkerellen u. Handstick |
| 1875 | 27 Mk. | 3950 | 68Mk. |

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Wallensteins Tod
Der Bauer als Millionär
Neues Volkstheater
Schnitzers Str. 64.
3 Uhr: Jugendfreunde
7 Uhr: Die Localbahn
Staatstheater.
Opernhaus
6 1/2 Uhr: Freischütz
E. Hauptspielhaus
Nacht. 7 1/2 Uhr: Volks-Vorföhr.
Hochmann als Erzähler
7 Uhr: Glück im Winkel
Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Falsch u. Perlmutter
Kammerspiele
8 Uhr: Messalina
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Die Sommeracht
(16. Abteilung, 8. Abend)
Theater l. d. Königsgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Maske
(Dreska, Hermann, Bild)
Berliner Theater:
DAS
Milliarden
SOUVER
7.30 Uhr: Ralph Arthur Roberts.
Die Müller, Willi Oweil, Gerh. Roper, Paul Rastopf
Komödienhaus:
Abend 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Feldmann u. G.,
Josephine Dora v. Staarst.
u. G., Anger von der Grunaten,
Vik. Karren, Georg Belski,
Kurt Fuchs, Julius Ross.
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
u. d. Folles Caprice
Schlafenswunder
Liebe im grossen
Korb.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Leffing-Theater
Direkt. Victor Barnowski
7 1/2 Uhr: Frau Warrens Gewerbe
Abend 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Göt)
Deutsches Kunst-Theater
3 Uhr: Pagmalion
7 1/2 Uhr: Geirändnis
(Kath. Karf, Dina).
Heiden-Theater
4 Uhr: Am Teufel
7 1/2 Uhr: Max Hübner in
Wenn das Spiel gemacht ist
ab 7 1/2 Uhr
Lrianon-Theater
3 1/2 Uhr: Rosen
7 1/2 Uhr:
Kleines Theater
4 Uhr: Nur ein Traum
7 1/2 Uhr: Olga Eimburg in
Nur ein Traum
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper
7 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg
Theater
am Rollendorfsplatz
3 1/2 Uhr: Wenn Liebe erwacht
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Rosa-Theater
7 1/2 Uhr:
Wo die Schwalben nisten
7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich 7 1/2 Uhr:
Tip-Tip Hurral
oder
Der Sport-Schlemml
mit Wilhelm Hartstein
Berliner Brater
Rastanien-Allee 7-9
Täglich 9 1/2 Uhr:
u. Varieté u.
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten
Theat. u. Kettb. Ton
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
- 10 Herren -
Yark. 11-12 u. 6-7

Schanburg
Königsgräber Straße 121
Täglich 9 Uhr:
Gastspiel des
Herrfeld-
Theaters
In keinem Theater wird
so gelacht, geliebt,
geliebt mit bei dem
großen Schläger
Wer ist der Vater?
Vorher 7 Uhr:
Fittschau.
Der Brand
im Varieté
Mascotte
Drama in 5 Akten
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr,
Beginn 7 Uhr,
Sonntags 4 Uhr

METROPOL
KARL-STRASSE 54
7 1/2 Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der wunderbare
Juni-Spielplan

Sommer-Theater
Schweizergarten
Am Friedrichshain 29-32
Heute Sonntag:
Premiere der Poffen-Operette
„Immer lustig drüber weg“
Das vollständig neue Emotions-
Spezialprogramm
Jeden Dienstag:
Gr. Kinderfreudenfest
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag.
Brilliant-Feuerwerk.
Im Saal täglich, außer
Montag und Dienstag, Ball
Der Saal steht den geehrten
Besuchern zur Abhaltung von
Versammlungen und Festlich-
keiten zur Verfügung
Kasseneröffnung von 10 Uhr vorm. ab

300
Heute
Großes
Doppel-Konzert
Aquarium
öffnet von 9-7

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Friedrichs-Str. 72 u. Hochbahn-Bühnen
Das neue Paradies
(Diktatur der Liebe 3. Teil), prägnantes Charakterbild
aus dem Großstadtleben mit
Esther Carena
Dazu: Der Unerkannte
Detektivfilm mit Ludwig Trautmann.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Sonntag, den 19. Juni 1921
sowie täglich
Konzert
und Spezialitäten-Vorstellung
Vollständig neues Programm
16 erstklassige Attraktionen
Außerdem:
Großer Ball
Anfang 4 Uhr -:- Einlaß 2 Uhr
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet

NOTGELDSCHIEINE
Preislisten beständig. Ball, Nützenhandlung, Berlin W. 9, Wilhelmstr. 48.

Artikel für
Sommer- u. Kinderfeste
Kopfbedeckungen, Schokofarben,
Illuminations- u. Herlösungs-
Artikel / Girlanden, Wimpel,
Tanzfonnen etc.
Hohl & Weber Nachf.
Am Spittelmarkt 4-71
Spezialhaus für Korsett- und
Bereinsort.
Verlangen Sie Preisliste 50

**Fahrrad-
Bereifung.**
Laufmatten M. 44.50, 50.- u. 60.-
Gebirgsreifen M. 60.50 u. 86.-
Luftschlauch M. 13.50, 17.- u. 22.50
Fahrräder mit Bereifung, größte Auswahl von M. 88.- an.
Franz Verheyen, Frankfurt a. M.
Preisliste Nr. 31 kostenlos.

Ich wasch' bei Euch im Haus nur dann
Wenn ich Persil
bekommen kann!



Kein Waschbrett, kein Reiben und Bür-
sten; schnelles und leichtes Waschen
bei größter Schonung des Gewebes.
PERSIL
das beste selbsttätige Waschmittel
von größter Waschwirkung. Überall
erhältlich nur in Original-Packung,
niemals lose.
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Trauringe
zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Dubats-Trauring, 500 gefestigt 75 Mk.,
1 Trauring 50 68
1 Trauring 33 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Füllung.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Grunenstraße 41.
Kontor und Verkaufsräume vorn 1. Treppe.

Möbel
Jeder Art bei
kleiner Anzahlung
und
bequem. Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstraße 28
Nur 1 Treppe
Strenge Diskretion!

Wissen ist Macht
Wer sich über alle Fragen sachgemäß informieren will,
der kommt nicht mit der Tageszeitung aus und
auch diese steht den meisten nicht immer zur Verfügung.
Der muß Bücher, Broschüren und Zeitschriften
zu Hilfe nehmen.
Diese kauft man in Berlin am besten
in der
Buchhandlung „Freiheit“
BERLIN, Breite Straße 8-9
Geöffnet bis 6 Uhr abends

Spricht. Aber hier wie überall zeigt sich das Bestreben der Kapitalisten, die Bezahlung der Arbeitskraft auf das möglichste niedrige Niveau zu drücken und sich mit allen Mitteln der um bessere Lebensbedingungen ringenden Arbeitnehmerschaft entgegenzustellen. Wenn es sich aber um die Gehälter, Aufwandsentschädigungen und Antibernen der leitenden Männer, der Direktoren und Aufsichtsräte handelt, dann wird mit vollen Händen der „papierene Segen“ ausgeschüttet. Gerade diese Vorgänge sollten den Bankbeamten, die zum großen Teil ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben und sich von der Bourgeoisie geistig ins Scheitertan nehmen lassen, endlich die Augen öffnen und ihnen beweisen, daß sie rechtslos an die Seite der organisierten Arbeiterschaft gehören und daß sie mitkämpfen müssen für die sozialistische Neuordnung der Wirtschaft.

Die Macht der Großbanken ist durch die Entwicklung der letzten Jahre ständig gewachsen. Je schwächer und zahlungsunfähiger die öffentlich-rechtlichen Körperschaften — vor allem das Reich — wurden, desto bedeutender wurde die Stärke der in den Banken konzentrierten Finanzgewalt. Die Finanzierungsoperationen des Reiches im Ausland wurden immer mehr von der Mitwirkung der Großbanken abhängig, und für die wichtigsten Transaktionen mußte z. B. die Unterschrift der sogenannten D-Banken beigebracht werden, deren Kredit an den internationalen Geldmärkten fast unerschütterlich geblieben ist. Diese Abhängigkeit von der Mitwirkung der Finanzinstitute ist natürlich eine Schwächung der Reichsgewalt, deren Freiheit des Handelns durch sie in mehr oder minder beträchtlichem Umfang eingeschränkt werden muß. Die bürgerliche Demokratie wird nicht nur durch die Macht der kapitalistisch orientierten Presse und der in den Händen des Großkapitals befindlichen Nachrichtenbureaus, die von der Bourgeoisie beherrschte Schul- und Universitätsbildung und die zahlreichen anderen Faktoren innerer und äußerer Abhängigkeitsverhältnisse verfallt, sondern hinter dieser Kulisse ist in Wirklichkeit die auf den realen Machtverhältnissen beruhende Diktatur des Kapitals wirksam. Erst die Ueberwindung der Kreditinstitute sowie der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit und die Durchführung sozialer Gleichberechtigung werden die Voraussetzungen einer Volksherrschaft schaffen.

Wir Frauen und die U.S.P.

Von einer Parteigenossin wird uns geschrieben:

Die amtliche Wahlstatistik über die Verteilung der Frauenstimmen auf die einzelnen Parteien, enthält für uns in der U.S.P. organisierten Frauen eine eindringliche Mahnung. Kann jemand von uns der Wahrheit gemäß sagen, daß alles in unseren Kräfte liegende geschehen sei, um den Sieg des Sozialismus in der Frauenwelt zu sichern? Machen wir uns also eifrig an die Arbeit, das Versäumte nachzuholen!

So sehr die allgemeine Emanzipation des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann, so sicher kann der spezielle Befreiungskampf der proletarischen Frau nur das Werk der Frauen selbst sein!

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, war in diesen Tagen die kleine Anzeige, die die Neuwahl der Sekretärin der Berliner Parteizentrale ankündigte, von größtem, allgemeinem Interesse. Ich spreche hier gerade für die Genossinnen, die keine Führerinnenrolle in der Partei beanspruchen oder erstreben. Diese Wahl ist unsere ureigenste Sache! Machen wir uns also klar, was die Frauenzentrale für uns bedeutet, und was wir für sie bedeuten müssen, wenn die Ansammlung von Arbeit geleistet werden soll, die im Interesse der Gewinnung der der Frauen für den Sozialismus unbedingt geleistet werden muß.

Der Aufgabenteil der Frauenzentrale umfaßt die Agitation und Organisation. Wir sind fest überzeugt, daß die Idee des reinen Sozialismus, wie die U.S.P. ihn vertritt, in richtiger Form an möglichst weite und breite Kreise heranzutragen, ehrlische und unbefangene Menschen so zu ergreifen vermag, daß sie ihn zum Prinzip ihres Lebens machen. Diese Menschen zu erreichen — in Massen oder einzeln — und zu gewinnen, ist die Arbeit der Agitation.

Die Gewonnenen bedürfen der Schulung, Vertiefung und Klärung, der Anleitung zur Fruchtbarmachung ihrer Fähigkeiten im Dienste des Sozialismus. Hier liegt die Aufgabe der Organisation.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Leitung der Zentrale, die diese Arbeit unter den Frauen selbständig betreiben, aber doch auch in den Gesamtrahmen der Parteilarbeit organisch und elastisch einfügen soll, über genaue Kenntnis der Menschen verfügt, unter denen sich ihre Wirksamkeit abspielt, Kenntnis der Menschen und ihrer Lebensverhältnisse, der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Struktur — sowohl der Kreise, die sie zu gewinnen hat, um ihnen den Sozialismus begreifbar und erlebbar zu machen — wie derjenigen, auf deren dauernde Gegnerschaft sie rechnen muß, um sie widerlegen, ihrem Einfluß geschickt entgegenzuarbeiten zu können.

Dazu kommt das verstandene Wissen um die Sonderart des Frauenlebens, besonders um das an zermürbenden Kleinstigkeiten so reiche der Proletarierin. Wir erwachsenen, wie sie von ihrer Hausarbeit ausgefüllten Genossinnen erwarten von ihr den rechten Ton, das rechte Verständnis, und dazu gehört Sachkunde! Sie muß auch vertraut sein mit den grundlegenden Tatsachen über die privat- und öffentlich-rechtliche Stellung der Frau, der häuslichen Pädagogik, der Hygiene, mit dem ganzen wichtigen volkswirtschaftlichen Frauenkomplex, der sich aus der Eigenheit der Frau als Konsumentin wie als Produzentin ergibt — mit all ihren Auswirkungen und Konsequenzen.

Selbsterständlich muß sie ebenso den Fragen der inneren und äußeren Politik sicheres Wissen, klaren Ueberblick, Einblick in die inneren und äußeren Zusammenhänge und in die Beziehungen der einzelnen politischen Fragen zum proletarischen Befreiungskampf entgegenbringen — wie könnte sie sie sonst den Frauen verständlich machen? —

Bedarf es nach dieser Aufzählung noch des Beweises, daß die vielseitigste, leistungsfähigste und — willigste Persönlichkeit, und brächte sie die umfassendste Vorbildung mit, gar nicht in der Lage ist, allem allein gerecht zu werden? Wohl aber kann die Genossin, die die Frauenzentrale verantwortlich leiten soll, Zeit und Ruhe beanspruchen, um sich in die ihr fernliegenden Gebiete einzuarbeiten, sich ständig auf der Höhe zu halten, damit sie nicht zuletzt am Ende ihrer Reserven steht! Daß es ihr finanziell ermöglicht werden muß, unter Verzicht auf Nebentätigkeit, die Zeit und Kraft ihrem großen Werk entgegen zu weihen, ganz ausschließlich den Aufgaben der Zentrale zu leben, deutet ich nur an.

Wie aber soll es praktisch möglich sein, diesen berechtigten Ansprüchen Genüge zu leisten? Ganz einfach! Wir Frauen der U.S.P. müssen die Leitung der Zentrale in die Lage versetzen,

sich aus unseren Reihen einen gut organisierten planmäßig und arbeitsteilig vorgehenden Staff von Hilfskräften zu bilden, die in der Regel ehren-, in besonderen Fällen nebenamtlich mitarbeiten. Redet mir nicht von den leeren Kassen der Partei! An uns ist es, sie zu füllen! Wir Frauen sind ja bekanntlich zu großen Opfern an unserer langen Zeit und unserer noch längeren Mitteln fähig, wenn wir innerlich ergriffen sind und der gute Wille von einer geschickten Leitung in Energie umgesetzt wird. Glaubt mir: je zahlreicher gerade Frauen sich um eine Idee scharen, desto sicherer füllen sich die Kassen. Fragt nur die Katholiken! —

Ein Staff gutgeschulter Hilfskräfte ist auch unerlässlich, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, wenn Reisen, Krankheit und anderes die Sekretärin von der Zentrale fernhalten. Oder soll dann alle Arbeit liegen bleiben??

Es läuft darauf hinaus, daß jede Genossin, und gerade die, die nicht beruflich im Dienst der Partei stehen, bis an die Grenzen des Möglichen und nach Maßgabe ihrer Verhältnisse ihre Zeit, Kraft, Erfahrung und Vorbildung freiwillig zur Aushilfe zur Verfügung stellt. So bildet sich dann ein Stamm dauernd Hilfsbereiter und fähiger, und die Heranbildung von Fachkundigen für einzelne Spezialgebiete bahnt sich mühelos an. Verhältnismäßig leicht läßt sich dann nicht nur jedem Erluchen um Entsendung von Referentinnen entsprechen, sondern aus eigener Initiative der Zentrale kommen planmäßige, regelmäßige Werkstätten zustande — planmäßig hinsichtlich der ausgewählten Art und Zeit der zu behandelnden Stoffgebiete und der anzuwendenden Werbemittel, je nachdem, welche Altersklassen, Erwerbsrichtungen oder Geistestrictung es zu gewinnen gilt. —

In engster Beziehung zur Reichstätigkeit steht die Bereitstellung wertvoller, sozialistischer Werbeleratur für Frauen und Mädchen, an der unsere U.S.P. bedauerlich arm ist. Wir alle könnten mithelfen beim Vertrieb geschickter Erzählungen, Biographen usw. — mit klarem, doch nicht ausdringlicher Tendenz — die viel mehr anziehen als theoretische, belehrende Ausführungen. Obendrein liegt da eine Einnahmequelle, die die Kosten von Flugblättern mit decken hilft. —

Als Ergänzung des gesprochenen und geschriebenen Wortes empfiehlt sich aufs allerdringendste die Benutzung von passenden, farbigen Anschauungstafeln, graphischen Darstellungen u. a. Dieses Material ist für geschickte Hände zum Teil selbst herstellbar, zum Teil ist es sehr billig zu haben. Nur einige Beispiele: Figürliche Darstellungen, die den Zusammenhang zwischen Wohnungswucher, Kindersterblichkeit, Tuberkulose, u. a. Ziffern bei den verschiedenen Bevölkerungsklassen vergleicht oder den durchschnittlichen Miet- oder Steuerlast für proletarische Verhältnisse recht anschaulich neben den entsprechenden der besitzenden Klassen stellt, haben durchschlagenden und nachhaltigen Erfolg. Vorzüglich ist dieses figürliche Material auch zur Verbreitung des Gedankens der Internationale zu verwenden — von der Anziehungskraft der allerdings kostspieligen Lichtbilder zu schweigen. —

Mit erstaunlich geringem Aufwand können bei planmäßiger Vorarbeit Wanderausstellungen zusammengestellt werden, die meist recht einträglich — was das wichtigste bleibt — langabgesprochene Ereignisse für kleinere Orte sind, besonders wenn Choroportführungen sie ergänzen und begleiten.

Sehr viel zu tun gibt die unbedingt feste Kontrolle und Bearbeitung der gegnerischen Frauenpresse, neben der die sogenannte „neutrale“ nicht zu vergessen ist. Wie weit der Einfluß gerade der letzteren in Gestalt von billigen Mode- und Hausfrauenblättern sich erstreckt, wissen wir alle.

Nur durch großzügiges Zusammenarbeiten möglichst aller Genossinnen läßt sich das umfassende, exakte Adressenmaterial zusammentragen, dessen wir gerade für die zähe Einzelagitation besonders unter solchen uns nahestehenden Frauen bedürfen, die vereinzelt an Orten leben, wo noch keine Parteiorganisation besteht. Diesen verstreuten Genossinnen müssen wir durch Pflege persönlicher Beziehungen und Verschaffen von Anregungen Mut machen, daß sie nicht nur gegnerischer Agitation standhalten, sondern ihrerseits Mittelpunkt lokaler Organisation werden, so daß die Märsche des Reiches immer dichter werden, obwohl das Reich sich immer mehr ausbreitet.

Allerdings soll unsere Organisation auf die Dauer Anziehungskraft ausüben und dem Gewonnenen festhalten, so muß sie innerlich so gesund sein, daß sie dank ihrer aus den Tiefen quellenden Lebenskraft gleichzeitig nach innen sich stärker und fester gründet, während sie nach außen wächst.

Wie wir daran an der der inneren Gesundung und Stärkung unserer Organisation gemeinsam arbeiten können und müssen, das bedarf einer besonderen Ueberlegung!

Schutz der Jugend

Der Reichstagsausschuß für Beratung des Jugendwohlfahrts-Gesetzes verabschiedete in seinen letzten Beratungen weitere Teile des Gesetzesentwurfs. Leider gelang es unseren Genossen nicht, eine Erweiterung der Zuständigkeit der Jugendämter durchzuführen. Der bürgerlichen Mehrheit gingen schon die Bestimmungen des Gesetzesentwurfs mit manchen Eingriffen in die Familie zu weit. Es wurde nur erreicht, daß die bisher von den Polizeibehörden ausgeübte Beaufsichtigung der Kinderarbeit, die eine Mitwirkung bei der Fürsorge für Kriegserwaisen und Kriegsbeschädigte fand, auf die Jugendämter übertragen wurde.

Unsere Genossen benutzten die Gelegenheit der Beratung dieses Gesetzesentwurfs, um eine Zurückführung der Frauen aus der Welt zu schaffen, die im bürgerlichen Gesellschaftsgefüge festgelegt ist. Nach diesem Gesetz bedarf eine Ehefrau, welche die Vormundschaft eines anderen wie des eigenen Kindes übernehmen will, der Zustimmung ihres Ehemannes. Genosse Rosenfeld forderte, daß man endlich diese dem Grundsatz der Gleichberechtigung widersprechende Bestimmung aufheben soll. Vertreter bürgerlicher Parteien, die sich gegen unseren Antrag sträubten, indem sie vorzählten, daß man nicht bei dieser Gelegenheit Änderungen im bürgerlichen Gesellschaftsgefüge vornehmen könne, trat die Genossin Wurm mit Entschiedenheit entgegen. Mit knapper Mehrheit wurde unser Antrag angenommen.

Die letzten Beratungen galten dem Schutz der Pflegekinder. Der Gesetzesentwurf bestimmt, daß eine Erlaubnis des Jugendamts eingeholt werden muß, wenn jemand fremde, noch nicht 15 Jahre alte Kinder in Pflege nehmen will. Unsere Genossen beantragten, den Schutz für die Kinder bis zum 16. Lebensjahr auszudehnen. Die Genossen Bönenstein und Rosenfeld begründeten diesen Antrag mit der Notwendigkeit, auch über die Schulentlassung hinaus Jugendlichen den Schutz des Jugendamtes zuteil werden zu lassen. Trotz aller wohlwollenden Äußerungen über Kinderschutz erklärten die meisten Vertreter bürgerlicher Fraktionen sich gegen die Heraushebung des Alters. Für unseren Antrag stimmten alle sozialistischen Mitglieder des Ausschusses, und sie erlangten eine Mehrheit, da erstreckt wurde der deutsche Volksparlamentarismus mit ihnen stimmte. Nach dem Regierungsentwurf sollten die Landesregierungen das Recht erhalten, die Altersgrenze der vom Jugendamt zu schützenden Kinder sogar auf das zehnte Lebensjahr herabzusetzen.

Unsere Genossen verlangten die Streichung dieser Bestimmung, und es ergab sich auch für diesen Antrag mit Hilfe des Abgeordneten Kunkel eine Mehrheit.

Bei der Beratung des Gesetzes der Pflegekinder fand eine eingehende Erörterung statt, bei welcher der Kampf um die Engelmacherer und die Aushebung der Kinder von Vertretern aller Fraktionen gefordert wurde. Frau Lüders (Dem.) konnte es sich nicht verlagern, eine Attacke gegen die Sozialdemokraten zu reiten, indem sie behauptete, sie habe sich schon um die Kinder not gekümmert, als bei den Sozialdemokraten noch kein Hahn danach gekräht hätte. Genosse Bönenstein fertigte diese Demagogiein gebührender, indem er darauf hinwies, daß Marx und Engels die ersten waren, die entschieden und mit umfangreichen Material auf das Kinderelend hingewiesen haben. Im übrigen läßt die bürgerliche Klasse nur ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie überhaupt etwas gegen das Kinderelend unternimmt, denn die Bourgeoisie habe ja die traurigen Verhältnisse verschuldet, unter denen die Kinder leiden.

Ein Erfolg unserer Arbeit

Eitlich gefährdete Frauen und Mädchen — Anzeigepflicht für Tuberkulose

In der dritten Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungspolitik im Preussischen Landtag wurde ein Antrag des Genossen Dr. Wegl erörtert, ein höher dem Polizeipräsidenten angelegentliches Heim für eitlich gefährdete Frauen und Mädchen in die Obhut der Stadtgemeinde Berlin, entsprechend den Forderungen der städtischen Behörden, zu bringen. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um erstmalig Gehrauchte. Seit mehr wie zwei Jahren war diese hochwichtige Angelegenheit in Folge von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Wohlfahrtsministerium und Ministerium des Innern verstreut worden.

Künftig soll die polizeiliche Reglementierung aufgehoben und diese unglücklichen Geschöpfe sozialpflegerischer Fürsorge zugewandt werden. Der Vertreter der Staatsregierung sowie alle Parteien stimmten diesen Anregungen zu. Glück dieses Vorgehens, dann wird es Mutter und Vorbild geben für das ganze Land und über dessen Grenzen hinaus. Wir hören, sind bereits am Tage nach dieser Verhandlung eine Besprechung zwischen Vertretern der Stadt Berlin und der Staatsregierung statt, die im Sinne des obigen Beschlusses diese Frage einer erfreulichen Lösung entgegenführte.

Nachdem diese Beratungen beendet waren, wandte sich der Ausschuss der Bekämpfung der Tuberkulose zu. Hier stand zur Erörterung ein Antrag unseres Genossen Dr. Wegl, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allergrößter Beschleunigung dem Landtage die gesetzgeberische Grundlage für die Anzeigepflicht aller an offener Tuberkulose — der Lunge, des Kehlkopfes und der Knochen — Erkrankten zu unterbreiten. Bis jetzt bestand lediglich eine Anzeigepflicht für die an diesen Krankheiten Verstorbenen. Zu einer rationellen Bekämpfung dieser Volksseuche ist die Anzeigepflicht unentbehrlich, um die Erkrankten frühzeitig aufzufinden, sie Heilanstalten zuzuführen, die Unheilbaren aus den Wohnungen zu entfernen und in geeignete Räume, die Kinder insbesondere aus den Kellern der Proletarierwohnungen in die freie Natur, im Luft und Sonne zum möglichst dauernden Aufenthalt zu verbringen. Soweit dies im Rahmen der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse möglich ist, wird es zu den Aufgaben der Vertreter unserer Landtagsfraktion gehören, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln im Sinn des obigen Programms, wobei die Wohnungsfrage in den Vordergrund zu rücken ist, sich zu betätigen.

Der juristische Vertreter der Staatsregierung, Ministerialdirektor von Tschammer, erklärte, daß ohne Rücksicht auf das Reichsgesetzgebungsamt auf das Strafbuch, dessen §. 200 betreffend die ärztliche Schweigepflicht eine gewisse Rolle spielt, die Möglichkeit einer Durchführung des Antrages Dr. Wegl sehr wohl gegeben sei. Der oberste Rechtsbeamte Preußens, Professor Göttsche, erklärte sich vollständig mit dem Antrage einverstanden, desgleichen sämtliche politische Parteien des Landtags. Es mußte einstimmig zugegeben werden, daß das Fehlen der Anzeigepflicht ein großer Fehler gewesen ist!

So kam es zu dem hocherfreulichen Ergebnis, daß der Antrag unseres Genossen einstimmig zum Beschluß erhoben wurde.

Die Angestelltenversicherung im Reichstagsausschuß

Der Soziale Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit einem Gesetzentwurf über Beihilfen für die Empfänger einer Rente aus der Angestelltenversicherung. Die Regierung schlug vor, daß 50 M. für den Invaliden, 40 M. für die Witwe und 20 M. für jede Waise monatlich an Beihilfe gegeben werden soll. Der Ausschuss erhöhte die Beihilfe auf 70, resp. 55 und 30 M. Der Entwurf sah vor, daß die Beihilfe nur auf Antrag gewährt werden soll. Diese Bestimmung wurde gestrichen. Eine sehr wichtige Frage wurde von unseren Genossen angeschnitten. Es wurde beantragt, die Grenze der Versicherungsfrist von 15 000 M. auf 40 000 M. zu erhöhen. Gegen den Antrag wandte sich der Regierungsvertreter sowohl wie alle bürgerlichen Parteien. Diese Frage soll in einer bereits vorliegenden Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz geregelt werden. Die bürgerlichen Parteien wollen auch diese Novelle noch vor den Sommerferien verabschieden. Nach der Geschäftsloge des Reichstages ist das aber um so mehr unmöglich, als die Novelle völlig unzulänglich ist. Eine ganz gewaltigen Beitragserhöhung sieht eine Leistungsänderung gegenüber, die den heutigen Geldverhältnissen nicht entspricht. Nichts wird aber über die dringend notwendigen Reformen in der vorliegenden Novelle gesagt. Trotzdem die bürgerlichen Parteien einsehen, daß die Novelle nicht mehr verabschiedet werden kann, stimmten sie unseren Antrag nieder. Damit haben sie erreicht, daß Tausende Angestellte, die über 15 000 M. Gehalt haben, nicht mehr unter das Gesetz fallen. Diese Angestellten werden den Lebensversicherungen ausgeliefert und dauernd der Angestelltenversicherung verloren gehen.

Deutscher Städtetag in Stuttgart

An die Gemeindevorsteher der U. S. P. D.

Da die Verhandlungen des Städtetages in Stuttgart schon am 23. Juni begannen, wird es notwendig, daß die Vertreter unserer Partei, die an ihm teilnehmen, bereits am Tage zuvor, also am 22. Juni, zu einer Besprechung zusammenkommen. Die Zusammenkunft erfolgt nachmittags 5 Uhr im Restaurant „Zum Rosensteiner“ in der Rosenstraße 17. Die Parteiblätter werden um Nachdruck gebeten.

Eine Anleihe Verbund. Die Regierung hat die Stadt Verbund ermächtigt, eine Anleihe von 60 Millionen Mark auszugeben, die zum Wiederaufbau der Ruinen dienen soll.

Spendet für das Oberschlesier-Hilfswerk

Hauptkonto „Oberschlesier-Hilfswerk“
Reichsbank, Berlin W, Jägerstraße

Kleider / Schuhe / Lebensmittel nehmen alle
Stellen des „Roten Kreuzes“ an

Das Wandern

Ein Stück Kulturgeschichte

Von Dr. Paul Landau

Die fröhliche Wanderjugend und andere rüstige Gesellen, die in dieser schönen Sommerzeit den Wanderstab zur Hand nehmen, um Deutschlands Gänge zu durchstreifen, glauben gewiß damit, besonders wenn sie „kational“ gesinnt sind, einem algermanischen Brauche zu huldigen, denn sie wissen ja aus der Geschichte, daß der Wandertrieb von altersher tief in der deutschen Seele eingewurzelt ist. Aber die Altvordere würden über das Spazierengehen und Wandern der Heutigen arg die Köpfe schütteln und darin ein sinn- und zweckloses Beginnen erblicken. Die historischen Wanderzüge, die in der Völkerwanderung ihre gewaltigste Entfaltung fanden, sind ja aus bitterer Notwendigkeit geboren, und es wurde den Germanen nicht leicht, ihre Holzhöhlen nebst Frauen und Kindern auf die Wagen zu laden. Immerhin ist eine gewisse Ruhelosigkeit dem deutschen Volk durch das ganze Mittelalter hin eigen geblieben, wenn es auch nur einige Stände und Berufe waren, die in steter Bewegung von Ort zu Ort zogen. Das waren die Pilger und Wallfahrer, die Handwerksburschen und „Reuterknaben“, die Vaganten und anderes fahrendes Volk. Die Romantiker des 19. Jahrhunderts hat besonders das Leben der fahrenden Schüler mit einem verklärten Schimmer umgeben und ihnen eine Wanderfreudigkeit angehaucht, die wir in ihren Liedern nicht finden. Wohl erklingt aus den lateinisch gereimten Strophen der Vaganten-Poesie ein fröhlicher Marschrythmus, der noch Goethe in seinen Gesellschaftsliedern anregte. Aber der Ausdruck der Wanderlust fehlt vollständig. Diese fahrenden Dichter verweilen ausschließlich bei jeder freundschaftlichen Einladung und jedem Aufenthalt in Herberge und Schenke, jedoch über die Zeit des Marschierens, die ihnen nur Mühe und Ungemach, höchstens einmal ein Liebesabenteuer bringt, gleiten sie mit Seufzen hinweg. Neben den herumziehenden Scholaren, den „gärtenden“ Landsknechten und anderem Vagantenvolk tauchen auch einzelne Handwerkerstände im Wanderlied unseres Mittelalters auf. Aber dieses Wandern sieht sie nur in den Augen der seßhaften Zünfte herab, und so wenig vermochte jene Zeit Ehre und Freude des Wanderns zu verstehen, daß alle diese herumziehenden Stände für „unehlich“ galten. So haßte z. B. dem Beruf des Müllers von seiner Wanderzeit her der Begriff des Leichfertigen an; es galt durchaus als kein Ruhmesittel, daß „das Wandern des Müllers Lust ist“, sondern als das Zeichen eines wenig Vertrauen erweckenden Charakters, und erst vor 100 Jahren ist es durch Wilhelm Müllers Lied und Schuberts Vertonung zu einem Lobspruch geworden.

Das Marschieren auf der Landstraße, das Herumziehen unter freiem Himmel in Gottes schöner Natur dünkte dem Menschen des Mittelalters durchaus nichts Gutes, sondern er sah lieber behaglich hinter dem Ofen, und wenn sich die Kunstsdichter jener Zeit einmal auf eine Fußreise begeben, dann tun sie es am liebsten — im Traum. Hans Sachs z. B., der so stolz ist auf sein gerühmtes festwurzelndes Bürgerium, hat gar keine frohe Erinnerung an seine Wanderjahre. Er malt sich aus, wie er behaglich im Bett liegt und sich dann von seiner Nase über Auen und Felder oder durch dicke Wälder führen läßt, um wunderbare Abenteuer zu erleben. „Dies Reisen, das war lustig!“ ruft er aus. Begab sich aber der Mensch des 16. Jahrhunderts wirklich auf eine Reise, dann schickte er ein Gebet zum Himmel, um „in dieser Zeit schwerer Not“ um einen Schutzengel zu bitten. Erst im 18. Jahrhundert, als man sich nach den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges wieder behaglicher in der Umwelt einrichtet und eine erste Freude an Natur und Garten aufblüht, findet man zwar noch keinen Geschmack am richtigen Wandern, aber doch an seinem Vorläufer, an dem behaglichen Spaziergehen. Paul Gerhardt singt ein frommes Lied: „O wandern, wandern, meine Lust“, in der er im langsamen Einhergehen die zehlfloßen Wunder in Gottes Natur betrachtet; Moscherosch erwärmt sich für das „Promenieren“; der Ritzschbitter Ratsherr Brooks wandelt so recht behäbig und geruhig durch die vielverzweigten Wege seiner Gärten und Wiesen, bleibt vor einer Kirchlüfte oder einem Tausendjährigen nachdenklich stehen, um es in endlosen Versen zu besingen, und findet so sein „irdisches Vergnügen in Gott“. Der wädrere Prediger Abraham a Santa Clara empfiehlt seinen Zuhörern das Spazierengehen als eine „erbauliche und Gott wohlgefällige Ergötzlichkeit“, durch die man von allerlei sündhaften Dingen ab-

gehalten werde. Dieses „empfindsame Promenieren“ ist dann auch noch im Koloto eine beliebte Unterhaltung, und wir haben von Chr. L. Hagedorn oder Gehen richtige Anweisungen dafür, wie man mit Nutzen und Verstand durch die Landschaft wandeln sollte.

All dies aber ist kein Wandern im Sinne unserer heutigen Wanderjugend, kein mutiges und rasches Ausschreiten, das als treffliche Leibesübung betrieben wird. Erst in der alle Fesseln der Konvention sprengenden, von überschüssigen Kräften erfüllten Epoche des „Sturm und Dranges“ erleben wir zum ersten Mal eine rechte Wanderlust. Die Freude an kräftiger Bewegung wurde noch gesteigert durch die Arbeit der damaligen Pädagogen, die den hohen Gesundheitswert körperlicher Betätigung erkannten. So priesen Klopstock und die Sänger des Hains das Wandern in freier Luft. Der erste rechte „Wanderer“ im modernen Sinne aber ist der junge Goethe, der Stürmer und Dränger der Frankfurter Zeit, da er den „Werriter“ schrieb und in wundervollen Hymnen das stürmende Tempo mächtigen Ausschreitens, des Hineilens durch Gewitter und Sturm pries. Den „Wanderer“ nannten ihn seine Genossen, und er hat den Schritt der damaligen Jugend beflügelt zu weiten Ausflügen, wenn er ihr im „Egmont“ zuruft: „Früh hinaus, da wo wir hingehören! Ins Feld, wo aus der Erde dampfend jede nächste Wohltat der Natur und durch den Himmel wendend alle Segen der Götter uns umwintern, wo wir, dem erdgeborenen Riesen gleich, von der Berührung unserer Mutter kräftiger uns in die Höhe reihen; wo wir die Menschheit ganz und menschliche Begier in allen Adern fühlen.“ Die ersten unermüdeten Fußgänger, die nur des Wanderns willen reisen, treten nun auf. Seume unternimmt seinen „Spaziergang nach Syrakus“ und trotz allen Unbilden des Wetters und der Wege.

Doch waren es im 18. Jahrhundert immer nur einzelne Natur Schwärmer, die sich dem Wandern ergaben. Zu der Volksfreude, die das Wandern heute bei uns einnimmt, ist es erst durch die Romantiker gemacht worden. Die Zeit der napoleonischen Kriege brachte den rechten Wandermut, die eigentliche Lust am Gehen in die Welt. Die Pflege aller anderen Leibesübungen, die damals einsetzte, gewann auch dem Wandersport zahlreiche Anhänger. Keiner hat eifriger dafür gewirkt, als Fr. L. Jahn, der z. B. in seinen „Auenblättern“ predigt: „Wandern, zusammen wandern erweckt schlummernde Tugenden, Mitgefühl, Teilnahme, Gemeingeist und Menschenliebe. Steigende Bevölkerung, Trieb nach Verbesserung gehen daraus hervor und die eble Betriebliebe, das auswärts gehene Gut in die Heimat zu verpflanzen. Wandern ist ein Gehen aus der Heimat in die Fremde, aber immer in den Marken des Vaterlandes, um zu lernen. Die Wanderschaft ist die Bienenfahrt nach dem Honigtau des Erdenlebens.“

Nun entfaltet der Geist der Wanderlust seine ganze Schönheit in den Liedern der Romantiker, in den Gedichten Uhlands und Eichendorffs oder Wilhelm Müllers, die noch heute überall da gesungen werden, wo lustige Wandergesellen durch die Felder und Wälder ziehen. Durch die Romantiker ist das Wandern ein unerlösbare Gewinn unseres deutschen Lebens geworden. Die Späteren haben diese Kultur weiter gepflegt, so besonders der seine Schilderer des „Familienleben des deutschen Volkes“, W. H. Riehl, der eine geradezu klassische Anleitung für die Wanderschaft gegeben hat. So ist die klassische Wanderlust fest eingewurzelt in allen Herzen. Die moderne Wanderbewegung hat diesem schönen Sport eine neue Vertiefung verliehen, und jeder empfindet heute dankbar die Eindrücke, die Bischofs „Auch Einer“ beim Wandern in sein Tagebuch verzeichnet: „Wandern, wandern, seiner Kräftigkeit froh, Diogenes mit federleichtem Gepäck, schauen, träumen, viel denken und nichts denken, bei Sonnen einkehren, freundlich plaudern mit Landvolk, mit Hausieren, schlafen wie ein Sack, in Morgenröthe weiter, von Lerche, Fint, Amstel begrüßt — kurz, man lebt.“

Neue Kulturbauten in München. Der Ausbau des „Deutschen Museums“ in München, der schon lange geplant war, wird nunmehr in Angriff genommen, nachdem das Reich und Bayern Gesamtsammlungen von 12 Millionen Mark gemacht haben und die Industrie 4 Millionen gezahlt hat. Auch die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie wird erweitert, nachdem ihr Begründer Kraepelin dafür 1 1/2 Millionen Mark zusammengebracht hat. Von Staats wegen sind Umbauten und Neueinrichtungen des Bhoftalkischen Instituts, Erweiterungsbauten der Chirurgischen Klinik und der Umbau der alten Hebammenschule zu einer Ohrenklinik in Angriff genommen.

Zu Wilhelms Einzug 1871

Am 16. Juni 1921 sind's 50 Jahre her, daß Wilhelm I. seinen Einzug in Berlin hielt. Der Krieg war zu Ende, der „Friede“ geschlossen.

„Welche Wendung durch Gottes Fügung“, mochte er denken, als er auf seinem Einzug die „lieben“ Berliner im Festauszug sah, er, der 1848 Berlin bei Nacht und Nebel verlassen mußte und als Positiv der Lehmann verkleidet Englands Küste zuströbte. Welche Wendung war in dem „Kartätschenprinzen“ von 1848 vorgegangen, daß man ihm 1871, 23 Jahre später, feierlich empfing. Oder lag die Wendung beim Volke?

Ja, beim Volke; aber nicht eine Wendung war's, eine Blendung; man könnte es auch „Wechselfieber“ nennen.

Wir sprechen heutzutage viel von den Kriegursachen, von den häßeren und den entfernteren. Doch wie wenige wollen es wahr haben, daß die letzten und feinsten Wurzeln der Saat, die 1914 so häßlich aufging, in der „glorreichen“ Regierung Wilhelms I. zu suchen und zu finden sind, in jenem unheilswangeren Septembertag des Jahres 1862, als Wilhelm, zur Abdankung bereits geneigt, sich den Gewaltmenschen Bismarck verschrieb. Ehe Wilhelm auf seinen Gottesgnadenthron verzichtet wollte, sollte „sein“ Volk erst einer Gewaltkur mit Stahlbädern unterzogen werden; vielleicht erparzte sie ihm die Abdankung. Und die Gewaltkur sollte prompt ein, nach dieser Revolution von oben, von Bismarck schamhaft in die „Lüde der Verfassung“ gedettet.

1864 kämpfte Preußen und Oesterreich noch Schulter an Schulter, um 1866 sich über der Beute von 64 in den Haaren zu liegen. Zu diesem Bruderkrieg rief Bismarck die Italiener zu Hilfe, und wenn im Weltkrieg die deutsche nationalstaatliche Presse die „Ausbau“ der Italiener zu brandmarken versuchte, so sollte dieselbe nationalstaatliche Presse sich gerade bei Bismarck bedanken, der die Italiener darin unterwies und mit ihnen am 8. April 1866 einen Offensiv- und Defensivvertrag zur Verabreichung Oesterreichs schloß. Wir können es Wilhelm I. glauben, wenn er gesteht, „in schlaflosen Nächten und unter heißen Gebeten seine Gewissensbisse überwunden zu haben. War es doch die zweite Gewaltkur. Die dritte sollte bald beginnen; nur war die Schwierigkeit dabei, den König zum drittemal „über den Graben zu bekommen“. Aber Bismarck verstand es, aus einer Chamade eine Fanfare zu machen. Er, der Friedrich Wilhelms IV. Ausspruch: „Eine Kaiserkrone wird nur auf dem Schlachtfeld gewonnen“ durch sein Wort vom „Blut und Eisen“, womit das Deutsche Reich geschmiedet werden mußte, gleichsam gegengezeichnet hat. Die „Chreife“ wirkte in Paris. Und als es wirklich drüber losging, spielte Bismarck gut den Enttäuschten. Wilhelm mochte aufatmen, als er sah, daß die Sache im August 1870 gut zu gehen schien, noch mehr, als er sein Sedan hinter sich hatte und ausrufen konnte: „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“ Er mochte selbst Zweifel in den guten Ausgang von Bismarcks Gewaltkur gesetzt haben.

Dreimal hatte Wilhelm I. schon seinen Einzug in Berlin gehalten. Das erstemal, noch 1864, verbarnte das Volk in eifrigem Schweigen, begrüßte nur die Truppen. 1866 war es schon anders geworden, und ganz anders ward es 1871, am 16. Juni. Und dennoch war der Jubel unecht; hätte sonst Bismarck zum inneren Krieg rufen müssen? Er, der die Krone suchte, um in n e r e P o l i t i k durch seine Siege machen zu können. Wie vielen bleibt es ein Rätsel, daß Bismarck 64, 66 und 70/71 gewann und dann doch vor dem deutschen Arbeiter, vor dem Katholiken und vor dem Polen die Waffen strecken mußte.

Wilhelm und Otto zogen heim, sahen nur das Volk, das Hofmann brüllte, sahen nicht im Geiste kommen, was Marx 1871 vorausgesagt hatte, daß der Friede ein Waffenstillstand sei, ein Wort, das allerdings Moltke gleichsam mitunterschied durch seinen Ausspruch, daß wir 50 Jahre lang nach dem Frankfurter Frieden das Eroberte verteidigen müßten. Der Kabinettskrieg von 1870 wurde zum Volkstriebe und veranlaßte gründlich die deutsch-französischen Beziehungen. War es nicht der Gewaltmensch Bismarck, der den Kindern und Enkeln mit seinem Danaergeschenk „Elsass-Lothringen“ die „herrlichen“ Augusttage des Jahres 1914 bescherte?

Die „Septemberrvolution“ vom Jahre 1862 ist uns genau so verhängnisvoll geworden wie den Franzosen der Staatsstreich ihres Louis Bonaparte 10 Jahre vorher, 1852. Den Franzosen brachte es Sedan und uns den Vertrag von Versailles. K. G.

Nantas

Erzählung von Emile Zola.

(4. Fortsetzung)

(Uebersetzt von Hans Sachs)

Still und steif hörte sie ihn an, kein Muskel ihres Gesichtes zuckte. Und wie seit drei Tagen beständig, fragte er sich auch jetzt, ohne die Antwort finden zu können: hatte sie ihn am Fenster bemerkt, da sie so rasch auf Fräulein Chouins Vorschlag, ihn zu heiraten, eingegangen war? Und ihm kam der seltsame Gedanke, daß sie ihn vielleicht in romantischer Liebe geliebt hätte, wenn er nicht auf den schmählichen Handel eingegangen wäre, den die Erzieherin ihm angeboten hatte.

Er schwieg, und Flavie blieb eifrig. Dann, als hätte er ihr kein Geständnis abgelegt, wiederholte sie trocken:

„Also nur dem Namen nach mein Mann, unser Leben vollständig getrennt, absolute Freiheit.“

Nantas wurde sogleich wieder förmlich und sprach wieder geschäftsmäßig.

„Einverstanden, mein gnädiges Fräulein.“

Und unzufrieden mit sich selbst zog er sich zurück. Wie hatte er nur der Lust, diese Frau zu überzeugen, nachgeben können? Sie war sehr schön; gewiß wäre es besser, daß sie nichts Gemeinshaftliches hätten, sie könnte ihm sonst hinderlich sein.

3.

Zehn Jahre waren verfloßen. Eines Morgens sah Nantas in dem Zimmer, in dem einst Baron Davillier ihn bei seinem ersten Besuche so unfreundlich empfangen hatte. Jetzt war es sein Arbeitszimmer; der Baron hatte sich endlich mit seiner Tochter und seinem Schwiegersohne ausgesöhnt war, in den Pavillon am anderen Ende des Gartens gezogen und hatte ihnen das Palais überlassen. In diesen zehn Jahren hatte sich Nantas eine der höchsten finanziellen und industriellen Stellungen in Frankreich erworben. An allen großen Eisenbahnunternehmungen, an allen Bodenpekulationen, die die ersten Jahre des Kaiserreichs kennzeichneten, war er beteiligt gewesen und hatte sich rasch ein kolossales Vermögen gemacht. Aber sein Ehrgeiz

gab sich damit nicht zufrieden, auch eine politische Rolle wollte er spielen, und es war ihm gelungen, von einem Departement, in dem er einige Meierhöfe besaß, ins Parlament geschickt zu werden. Sobald er dem gesetzgebenden Körper angehörte, fühlte er sich als Finanzminister in spe. Durch seine eingehenden Kenntnisse und sein Rednertalent gewann er von Tag zu Tag an Einfluß. Uebrigens zeigte er sich in geschickter Weise dem Kaiserreich grenzenlos ergeben und hatte in Geldsachen ganz persönliche Ansichten, die Aufsehen erregten und auch den Kaiser lebhaft interessierten.

Heute früh war Nantas mit Arbeiten geradezu überhäuft. In den großen Bureaus, die er im Erdgeschoß des Palais eingerichtet hatte, herrschte eine außerordentliche Geschäftigkeit. Eine ganze Welt von Beamten sah unbeweglich hinter den Schaltern oder tief hin und her, stieß Türen auf und schlug sie zu; ein ewiger Goldklang, geöffnete Beutel, die ihren Inhalt auf die Tische ergossen, die beständig tönende Musik einer Kasse, die die Straßen zu überschweben schien. Im Vorzimmer ein Gewühl von Menschen, Bittsteller, Geschäftsleute, Politiker, ganz Paris vor der Macht auf den Knien. Oft warteten dort hochgestellte Personen geduldig eine ganze Stunde. Er aber an seinem Schreibtisch, in Verbindung mit der Provinz und dem Ausland, umspannte mit seinen Armen die ganze Welt, verwirklichte endlich seinen alten Traum der Kraft, er fühlte sich als der kluge Beweger einer kolossalen Maschine, die Kaiser- und Königsreiche in Bewegung setzte.

Nantas schellte nach dem Diener, der seine Tür bewachte. Er schien in Sorgen zu sein.

„Germain“, fragte er, „wissen Sie, ob die gnädige Frau wieder zu Hause ist?“

Und da der Diener sagte, er wisse es nicht, befahl er ihm, die Kammerzofe der gnädigen Frau zu rufen.

Aber Germain blieb stehen.

„Verzeihung, gnädiger Herr“, sagt er leise, „der Herr Präsident der gesetzgebenden Körperschaft will durchaus Zutritt haben.“

Da sagte Nantas verstimmt:

„Na also, führen Sie ihn herein, aber dann tun Sie, was ich Ihnen befohlen habe.“

Am Abend vorher hatte eine Rede von ihm über die Hauptfrage des Budgets einen solchen Eindruck gemacht, daß das Stenogramm der Kommission eingeschickt worden war, damit sie es sich zur Richtschnur nehme. Nach der Sitzung hatte sich das Gerücht verbreitet, der Finanzminister wolle zurücktreten, und man bezeichnete bei den Parteien den jungen Volksvertreter schon als seinen Nachfolger. Er selbst jubelte die Absicht, nichts war geschehen; er hatte nur mit dem Kaiser eine Unterredung über die Hauptpunkte gehabt.

Dennoch konnte der Besuch des Präsidenten viel bedeuten. Er suchte seine Zustimmung abzuschütteln, erhob sich und drückte die Hand des Präsidenten.

„Ich bitte um Verzeihung, Durchlaucht“, sagte er, „ich wußte nicht, daß Sie da waren. Seien Sie überzeugt, daß ich die Ehre Ihres Besuches zu schätzen weiß.“

Einige Augenblicke plauderten sie vertraulich hin und her. Dann gab der Präsident zu verstehen, daß er vom Kaiser gesandt sei, um ihn zu sondieren. Ob er das Portefeuille des Finanzministers annehmen würde und mit welchem Programm? Stolz und kaltblütig stellte Nantas seine Bedingungen. Aber unter der Unbeweglichkeit seines Gesichtes stieg ein Zug von Triumph hervor. Endlich erriete er die letzte Stufe, er war auf dem Gipfel. Ein Schritt noch, und er hätte alle unter sich. Als der Präsident mit der Erklärung schloß, er gehe sogleich zum Kaiser, um ihm das erörterte Programm vorzulegen, öffnete sich eine kleine Tür, die in die Wohnung führte, und die Kammerzofe der gnädigen Frau erschien.

Nantas wurde wieder bleich und beendete den angefangenen Satz nicht.

Er stürzte auf die Frau zu und murmelte:

„Verzeihung, Durchlaucht!“

Und leise fragte er die Zofe aus. Ob die gnädige Frau schon zeitig fortgegangen sei? Ob sie gesagt habe, wohin sie gehe? Wann sie zurückkommen werde? Vorsichtig und unbestimmt antwortete die kluge Kammerzofe, als ob sie sich nicht bloßstellen wollte. Nantas begriff, wie töricht diese Frage sei und sagte einfach:

„Sobald die gnädige Frau nach Hause kommt, bitte ich Sie, mich aufzusuchen.“

(Fortsetzung folgt.)

Es gibt wieder Schuhe

genug, aber die Preise stehen für wirklich gute Qualitäten nicht im richtigen volkswirtschaftlichen Verhältnis, sie sind immer noch zu hoch. Hier nun Wandel zu schaffen, ist unser Bestreben.

Wir sind bemüht, Schuhwaren erstklassiger deutscher Fabrikate nach unserem früheren System, d. h. mit ganz geringem Aufschlag, ohne Zwischenhandel an den Verbraucher abzugeben. Das ist uns jedoch nur dann möglich, wenn wir große Mengen umsetzen können und in diesem Bestreben vom Publikum unterstützt werden. Dadurch schaffen wir Gelegenheit, wirklich erstklassige Schuhe billig zu kaufen.

Diese Woche bringen wir nun braune Herrenstiefel aus Rindbox in eleganter randgenähter Ausführung zu M. 195⁰⁰ pro Paar; aus gleichem Material einen farbigen Herren-Halbschuh in vorzüglicher Passform zu M. 165⁰⁰. Braune Boxcalf-Damenstiefel, Rahmenarbeit mit hohem Schaft bieten wir zu M. 198⁵⁰, braune Damen-Halbschuhe in durchgenähter und Rahmenware, elegante Formen, zu M. 128⁸⁵, 138⁸⁵, 178⁸⁵, 188⁸⁵. Schwarze R'Chevreaux-Damen-Halbschuhe mit u. ohne Lackkappe verkaufen wir zu M. 68⁵⁰, 78⁵⁰ u. 95⁰⁰.

Braune Kinderstiefel führen wir in hübscher breiter Form, Hochschaft, weiß-gedoppeltem Sohlenrand zu M. 98⁵⁰ in Gr. 27-30 u. M. 115⁰⁰ in Gr. 31-35, schwarze R'Chevreaux-Kinderstiefel in solider Ausführung zu M. 54⁰⁰ in Gr. 27-30 u. M. 62⁰⁰ in Gr. 31-35.

Aus der Kriegswirtschaft haben wir noch einen Posten Holzandalen am Lager, die wir gerne unserer Kundschaft bei Einkauf von 1 Paar Lederstiefel gratis nach Wahl überlassen.

Es ist uns nicht möglich, im Rahmen dieser Anzeige alle Artikel anzuführen, die wir noch als besonders preiswert hervorheben möchten.

Wir bitten Sie, uns dieser Tage, wenn möglich in den Vormittagsstunden, zu besuchen.

Der Einzelverkauf befindet sich in eigenem Geschäftshause und ist für die verschiedenen Abteilungen in 4 Etagen, die miteinander durch Fahrstuhl verbunden sind, untergebracht.

Der Schuhhof
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Inb. Theodor David
Berlin W9, Clinkstraße 11.

Zur politischen Lage Jetzt aktuell

Karl Kautsky

Wie der Weltkrieg entstand

Preis 6.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2
Breite Straße 8-9

Auch in allen Filialen erhältlich

Prozesse, Rat, Beistand, mögl. Preise, Erziehung
Alexanderstr. 45 (gegen. Tierg.) 87. Gld. Gröplge.
Verdacht. Mittw. nachm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauenssch.

Spezialarzt für Geschlechtsleid.
Dr. med. Karl Reinhardt Behand. ohne
Berufsstörg.
alle Haut-, Harn-, Frauenleiden u. Syphilis. Beson-
derer Erfolg bei veralteten Fällen. Bestrahlungen u.
Durchleuchtung der Harnwege. Blut- und Harnunter-
suchung mit einwandfreien Resultaten. - Meine auf-
klärende Broschüre: „Der sichere Weg zur Heilung
der Syphilis“ gegen Einsendung von 3 Mark; dis-
krete Zusendung. Auskunft im althekanntesten Institut
kostenlos. Sprechst. 1/12-2, 1/4-8, Sonnt. 1 1/2-11 Uhr.
Potsdamer Str. 117, an der Lützowstraße.

Dr. med. Hollaender Berlin W 8
Lützower Str. 108.
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden

Harn- u. Blutuntersuchungen
Sprechstunden: 11-1 norm., 5-7 nachm., Sonntags 11-1
Aufklärende Broschüre Nr. 14. k. M. 2.50 (Nachnahme)

Spezialbehandlung
(Syphilis, Haut-, Harn- und Frauenleiden, Mannesschwäche)
Schnelle, sichere, schmerzlose Behandlung ohne Berufshörung.
**Urin- und Blutuntersuchung, Salvarsan-
kuren, Mönchsonne.** Größte Erfolge, spez. bei
hartnäckigen Harnleiden, Nerven-, Verzögerungen
Schmerzlose elektrische Durchleuchtung.
Vergütliche Leistung. - **Hollaender Dr. med. Hollaender**
Unterfuch. kofnrl. Invalidenstr. 147, 1. Stock. 2 Minuten v.
Stettiner Bahnh. Sprechstunden 10-1, 4-8, Sonntags 10-12.

Gold PLATIN Silber

alle Gebisse, Brunnstifte, Kontakte usw.
Infolge resp. Verblähung kann ich - wie 1919/20 - er-
künstige Preise zahlen! - Stiefelweise Fertigung
Berlin 6., Eilbühlstraße 17 ptr., Ecke Alexanderstraße

Theodor Storm
Meister-Novellen
454 Seiten Text

Inhaltsverzeichnis:
Immensee / Viola tricolor / Im Schloß
Aquis submersus / Carsten Curator / Der
Schimmelreiter / Mehrere Gedichte

18 ganzseitige Zeichnungen von Otto Eckow
Ein Stormbildnis von Karl Bauer

Elegant gebunden 16.00 Mark

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2
Breite Straße 8-9
sowie durch alle Filialen der „Freiheit“

Am Montag, den 20. Juni, beginnen in der
K. V. G.
die 6 Wohlfühlen Tage!!

Aus der Fülle unserer äusserst preiswerten
Angebote heben wir besonders hervor:

1 Post. Herren-Anzüge Serie I M. 130 ⁰⁰	1 Post. Damen-Kostüme Serie I M. 80 ⁰⁰
1 Post. Herren-Anzüge Serie II M. 175 ⁰⁰	1 Post. Damen-Kostüme Serie II M. 150 ⁰⁰
1 Post. Herren-Ulster M. 110 ⁰⁰	1 Post. Kostüm - Röcke blau Cheviot M. 65.00 58 ⁰⁰
1 Post. Herr.-Unt.-Beinkleid. Trikot M. 4 ⁵⁰	1 Post. Blusen Baumwollflanell und Wachstoffs M. 19 ⁵⁰
1 Post. Herr.-Unt.-Beinkleid. Nessel und Körper M. 20 ⁵⁰	1 Post. Wollmousseline-Blusen Post. M. 28 ⁵⁰
1 Post. Hosen-Träger M. 5 ²⁵	1 Post. seidene Blusen . . . M. 48 ⁵⁰
1 Post. Herren-Hemdenbaumw. Flanell, gute schwere Ware . . M. 35 ⁰⁰	1 Post. Crêpe de chine-Blusen Post. M. 58 ⁰⁰
1 Post. Herren-Hemdenbaumw. Flanell, gute schwere Ware . . M. 35 ⁰⁰	1 Post. Damen-Hemden . . M. 19 ⁵⁰

1 Posten Roh-Nessel 16 ⁵⁰ 140 cm breit gute Qualität. . . . M.	1 Posten Handtücher 3 ⁰⁰ Stück M.
--	---

Herren-Stiefel nos 90.- 68 ⁵⁰	Herren-Stiefel 82 ⁵⁰
Herren-Stiefel umgearbeitet. Militär- stiefel 36 ⁰⁰	Damen-Halbschuhe mit Leder- kappe und 115.-, 98.50 60 ⁰⁰
Burschen-Stiefel Größe 36 bis 39 128.50, 90.- 70 ⁰⁰	Herren-Turnschuhe mit Leder- sohle 33 ⁰⁰
Damen-Stiefel 110.- 90 ⁰⁰	Kinder-Stiefel Größe 27-30 . 50.- 35 ⁰⁰
Leinen-Schuhe weiß 38 ⁰⁰	Kinder-Stiefel Chevreau u. Boxcalf Größe 31-35 . 70.- 50 ⁰⁰
Damen-Halbschuhe Spannen, mit Lederkappe und Lederbrandsohle 92.50 60 ⁰⁰	Herren-Stiefel elegant mit Lack- kappe 125 ⁰⁰

Kleider-Vertrieb G. m. b. H.
Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33
3. „ „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 82

GALLENSTEINE
entfernt schmerzlos ohne Operation in kurzer Zeit
GÜRIG, DORTMUND, Winkelstr. 16
früh. Leiter v. Dr. med. Hermitus-Institut.

Spezial-Arzt Dr. Göttsch: alle Geschlechts-, Harn-,
Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Sal-
varsan-Kuren, Blutuntersuchung, Fäden im Urin, Mannesschwäche.
Im ältesten Kur-Institut „Völs“ nur Rosenhügel Str. 69-70.
Dir.: H. Völs sen. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1. Damen separat

Händler!
Neu eingetroffen:
Feldgrauere Dreilanzüge, Dreiljackets,
Khakianzüge, feldgrauere Hosen usw.
Gattel & Wasserzug
Berlin, Kurstrasse 32 III

Landparzellen
in Jeesen, dicht am See.
10 Hekt. a. 200. - 2000.
25 Hekt. a. bei kleiner
Anzahlung verkauft. Bf.
Hofstraße, Berlin G. 54,
Königsplatz Straße 39,
Norb. 5002. 9-4. Sonntags
jedenfalls im Restau-
rant „Edg.“ direkt am
See. Königsplatzhafen.

Kupfer
messing, Zinn, Quecksilber,
Platt-, Gold-, Silber-
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Tausende befreit!
Bandwurm
mit Kopf
Spul- u. Madenwürmer
befreiend leicht und schnell
das unschädliche Medicin-
Bandwurmmittel. 30 Jhr.
Erfolge. Für Erw. M. 10.-,
f. Kinder M. 7.50 (Alters-
angabe). Acht u. wirksam
nur mit Marke „Medica“.
Wo nicht erhältlich, durch
Otto Reichel, Berlin 46,
E.O. Eisenbahnstr. 4.

Homöopath.
300. (1906) Erfolge reich
süßliche Ruxen ohne
Einsparungen.
Kries, H. H. H. H. H.
Oberstr. 41 (Telefon)
Ausk. u. Versch. 80 Pf.
Posto.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2% in Zahlung genommen!

Spottbillige Preise!
!! Saison-Ausverkauf !!

Einige Beispiele!	Soweit Vorrat!
Impr. Regenmäntel 125.- bis 495.-	Kostüme 120.- bis 975.-
Weite Ulster 136.- bis 650.-	Mantelkleider 255.- bis 870.-
Covercoatmäntel 198.- bis 521.-	Gummimäntel für Damen 300.-
Gummimäntel für Herren 450.-	Sportjacken 40.- bis 351.-
Schw. kunstseid. Strickjack. 108.- bis 350.-	Waschkleider 48.- bis 276.-
Tuchmäntel 370.- bis 728.-	Röcke 42.- bis 216.-

Jetzt im Ausverkauf!!

Plüschmäntel 775
Pelzmäntel 2500, 3200, 4200, 5000

Westmann
1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin N0, Gr. Frankfurter Str. 115

Groß-Berlin

Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

Am Sonnabend fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses die 2. ordentliche Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ statt. Nach Ehrung des Andenkens unseres ermordeten Genossen Gareis ergänzte und erläuterte Genosse Küter den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Die kritische Situation nach der Parteispaltung im vergangenen Jahre ist überwunden. Eine sichere Weiterentwicklung des Unternehmens sieht danach ein. Die Genossenschaftler bilden einen festen Stamm, der sich durch nichts von dem eingeschlagenen Weg abbringen läßt. Bei den Klagen über die Zeitungsunterstützung dürfen die Schwierigkeiten bei Erlangung von zuverlässigem Austragepersonal nicht übersehen werden. In manchen Vororten waren wir gewünscht, der Z. Z. die Bestellung zu übertragen. In puncto Bezahlung des Austragepersonals und der Angestellten, marschiert die Genossenschaft an der Spitze der Berliner Zeitungsunternehmen. Es werden keine Unterschiede in der Bezahlung der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte gemacht. — Der Ausbau des Intertatengeschäfts ist zweifellos mustergültig. Auch die Buchhandlung hat sich im vergangenen Jahre gut weiterentwickelt. Die „Freie Welt“ hat ein anderes Gewand erhalten, ohne inhaltlich zu leiden. Für einen großen Teil der deutschen Parteipresse ist sie ebenfalls als Beilage vorgesehen. — Der Mitgliederstand erhöhte sich von 5596 auf 8591 Genossen mit einer Gesamtsumme von 836 400 Mark. Die Ausgabe von Pressefondsmarken ist vorgesehen. Die Namensänderung der Druckerei hat an ihrem Charakter nichts geändert. Zusammengefaßt, haben sich Verlag und Druckerei außerordentlich gut weiterentwickelt. Genosse Küter forderte die Genossen auf, weiterhin am Aufbau und Ausbau des Unternehmens und damit der Partei weiterzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Döring, Vorsitzender des Aufsichtsrats, erläuterte eingehend die Bilanz, die mit einem Nettogewinn von 741 572,80 Mark abschließt.

Genossin Aufhäuser beantragt Entlastung des Vorstandes. Bei der Debatte über die Berichte schlägt Genosse Tilgner vor, der Aufsichtsrat möge prüfen, ob es geschäftlich nicht besser ist, wenn die „Freiheit“ durch die Z. Z. expediert wird. Die Genossen Göpfer und Laubant widersprechen dem Vorschlag. Genosse Müncheberg unterstützt diesen. Dieser Genosse tritt gleichzeitig für eine Anteilserhöhung ein. — Genosse Werner schildert eingehend die Hemmnisse bei der Zeitungsunterstützung. Genosse Jungmann wünscht eine reichhaltigere Bücher- und Broschürenauslage in den Expeditionen und eine bessere Auswahl bei der Einstellung von Expediteuren. — Genosse Färber freizeigt, daß in den Parteiversammlungen zu wenig Broschüren angeboten werden.

Zur Verbilligung der „Freiheit“ schlägt Genosse Schwarz einen Ausbau der Morgenausgabe unter Fortfall des Abendblattes vor. Genosse Dr. Pfirrmann wünscht ebenfalls eine Anteilserhöhung. Ferner schlägt er vor, die Gelder der Verlagsgenossenschaft nicht in kapitalistischen Bankinstituten anzu-

legen. Für die nächstjährige Bilanz fordert der Redner detailliertere Angaben.

Nach dem Schlußwort des Genossen Küter wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Gewinnverteilung erfolgt gemäß des Vorschlages des Vorstandes.

Nach der Wahl des Aufsichtsrates und des Vorstandes (das Resultat wird Montag veröffentlicht werden), erhielt durch Beschluß der § 12 des Statuts folgende Fassung: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 9 Mitgliedern. Alljährlich mit Schluß der zur Neuwahl bestimmten Generalversammlung scheidet ein Drittel aus. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Die zum Ersatz eingetretenen Mitglieder bleiben nur bis zum Ablauf der Wahlzeit ihrer Vorgänger im Amte.

Mit der Aufforderung, weiter im Interesse der Genossenschaft zu arbeiten und ihr ständig neue Mitglieder zuzuführen, schloß Genosse Böhle die gutbesuchte Generalversammlung.

15 Jahre Krüppelfürsorge

Das Oscar-Helene-Heim des Krüppel-Heil- und Fürsorgevereins für Berlin-Brandenburg e. V. in Berlin-Dahlem, feierte am 18. Juni im Beisein vieler Vertreter von Behörden und Presse, von Freunden des Hauses und Eltern der Jünger, sein 15 jähriges Bestehen in Form eines Sommerfestes, auf dem ausgedehnten Waldgelände der Anstalt, das von den Kindern selbst unter Beihilfe der Anstaltschule zusammengestellt war. Es trug den Charakter eines mittelalterlichen Volksfestes: Bärenführer, Jahrmarktsgelümmel, eine Wanderbühne (Hans-Sachs-Spiele), Volksbelustigungen aller Art sorgten für einen fröhlichen Verlauf. In der Festschilde der Anstaltsdirektor, Professor Bieselski, den schnellen Aufstieg des Hauses. Durch die Arbeit der Anstalt ist in Form der Zahlung jugendlicher Krüppel 1906 die moderne Krüppelfürsorge eingeleitet, am Anfang des Krieges die Deutsche Kriegsbeschädigten-Fürsorge organisiert und der Begriff der Krüppelfürsorge durchgebildet worden, die ein gleichmäßiges Zusammenarbeiten von orthopädischem Arzt, Lehrer und Berufsbildner darstellt unter weitgehender Berücksichtigung der in der Anstalt durch Hans Würth entwickelten modernen Krüppel-Psychologie und Pädagogik. Das Heim könnte in Zukunft auf seinem großen Waldgelände durch die Errichtung von einigen neuen Lagerstätten einen großzügigen Kampf gegen die Knochentuberkulose und Rachitis führen, wenn Mittel dazu bewilligt und gespendet würden. Ihre Forschungs- und Fortbildungsarbeit wird die Anstalt unermüdet fortsetzen.

Erhöhung der Elektrizitätspreise

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, damit einverstanden zu sein, daß von der Standausnahme von Mitte Juni 1921 ab, der Preis für eine Kilowattstunde der nach dem besonderen Lichttarif gelieferten Elektrizität von 2,50 M. auf 3,00 M. und der Preis für eine Kilowattstunde der nach dem Einheitsstarif für Wohnungen, Werkstätten und Hausbeleuchtung sowie nach dem besonderen Tarif für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke gelieferten Elektrizität von 1,40 M. auf 1,60 M. erhöht wird.

Entschädigung für den Teltowkanal

Der Teltowkanal ist, wie bekannt, auf Grund der Reichsverfassung als öffentliche Wasserstraße vom 1. April 1921 ab auf das Reich übergegangen. Zwischen dem Kreise Teltow und den Vertretern des Reichs ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß dem Kreise vom Reich eine Entschädigung von 12,6 Millionen, das

sind 30 Prozent der Selbstbaukosten, gezahlt wird. Die Verwallung des Teltowkanals wird vorläufig im Auftrage des Reichs vom Kreise in der bisherigen Weise weitergeführt. Das Reich hat einen Betriebsvorschuß von 500 000 Mark an die Teltower Kreis-Kommunalkasse abgeführt. Die Restschulden des Teltowkanals sollen, soweit nicht einzelne Nebenanlagen beim Restkreise verbleiben, größtenteils Berlin zur Last, da der Teltowkanal in der Hauptfläche im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin liegt und der Kanal nunmehr für den Restkreis Teltow von untergeordneter Bedeutung ist.

Gegen neue Kriegsdenkmäler

Der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist folgendes Schreiben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Berlin zugegangen:

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Berlin hat in Erfahrung gebracht, daß in einigen der neuen Ortsteile von Groß-Berlin Kriegerdenkmäler errichtet werden sollen. Sie erblickt darin eine Verherrlichung des Krieges und eine Vergeudung an Geld für kriegsheerische Zwecke. Sie erwartet deshalb mit Bestimmtheit von der Berliner Stadtverordnetenversammlung, daß sie jedwede Hergabe von städtischen Flächen und Mitteln für diese Zwecke entschieden ablehnen und auch sonst keinerlei Unterstützung durch freie Hergabe von Räumen und Flächen zu Veranstaltungen für diese Zwecke gewähren wird.

Erhöhung der Höchstmieten

Mit dem heutigen Tage tritt die Verordnung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin in Kraft, wonach der Zuschlag zur Friedensmiete für Wohnungen von 30 Prozent auf 45 Prozent erhöht ist. Das gilt nicht für laufende Verträge, sondern nur für neu abzuschließende Verträge. Durch diese Erhöhung um 15 Prozent sind die Mehrausgaben der Vermieter für öffentliche Abgaben, Gas, Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr usw. als entschädigt anzusehen.

Diese Regelung ist nur als vorläufige anzusehen. Wie wir im Leitartikel der Sonnabendnummer mitteilten, bereitet die Reichsregierung ein Gesetz vor, das erneute erhebliche Belastungen der Mieter vorsieht. Die Mieter müssen dieser Entwicklung schon jetzt ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß bei den Beratungen und Beschlüssen nur Vermieterinteressen berücksichtigt werden. Die Deutschnationale Volkspartei hat, wie wir gestern im Abendblatt mitteilten, im Wohnungs- und Siedlungs-Ausschuß des Landtags einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die Friedensmiete um 100 Prozent erhöht wird. Das sind dieselben Herrschaften, die in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder versuchen, alle in der Gemeinde herrschenden Notstände auf sozialistische Mißwirtschaft zurückzuführen. Sie sehen diese Mißwirtschaft wahrscheinlich darin, daß ihren Ausbeutungsabsichten Grenzen gesteckt werden.

Die neuen beschlossenen „Höchstmieten“ werden wie bei der bisherigen Verordnung, ganz allgemeine Mindestmieten werden. Unter allen möglichen Vorwänden versuchen die Hauswirte, weit mehr aus den Mietern herauszuholen. Der Beihilfe der „Mieteneinigungsämter“ sind sie sich sicher. Dazu kommt, daß die große Notlage auf dem Wohnungsmarkt die Mieter oft veranlaßt, ungerechtfertigte Abmachungen einzugehen. Die vom Hauswirt dabei angewandte Methode gleicht oftmals weniger einem Vertragsabschluß als einer Erpressung. Die Mieter sollten niemals eine Unterschrift geben, ohne sich die genaue Wirkung einer Abmachung

Advertisement for C&A clothing featuring illustrations of women in coats and dresses. Text includes 'Es geht weiter!', 'AUSVERKAUF', and price tags for 'Hochleg. einfarbig. Paletot' (125.-), 'Modernes Kostüm' (150.-), 'Mod. Fantasic-Paletot' (45.-), and 'Staub- und Regenmantel' (98.-). Address: Königstr. 33 - Am Bahnhof Alexanderplatz and Chausseestr. 113 - Beim Stettiner Bahnhof.

zu überlegen. In fast allen Fällen wird es gut sein, sachverständigen Rat einzuziehen. Insbesondere muß gewarnt werden, sich auf Verhelfen für Reparaturen einzulassen, weil in vielen Fällen der Preis so hoch bemessen wird, daß der Mieter die Kosten völlig trägt.

Die Hausangestelltensteuer

Die Berliner Steuerordnung auf die Beschäftigung von Hausangestellten hat, wie wir erfahren, in der von den städtischen Körperschaften beschlossenen Form nicht die Zustimmung der Minister gefunden, sondern ist dem Magistrat von der Aufsichtsbehörde mit einer Reihe von Auflagen zurückgegeben worden. Es soll die Jahressteuer für die Beschäftigung eines Hausangestellten von 100 auf 60 M. ermäßigt werden. Ferner soll ein Hausangestellter dann steuerfrei sein, wenn er länger als 10 Jahre in demselben Haushalt tätig ist; auch die Beschäftigung von Hausangestellten bei alten und besonders jungen Leuten soll unter gewissen Bedingungen nicht der Steuer unterliegen. Allgemein wird dem Magistrat in dem Erlaß der zuständigen Minister aufgegeben, noch einmal die Frage zu prüfen, ob und inwieweit die Arbeitslosigkeit durch die Hausangestelltensteuer gefördert werde.

Die letzte Frage braucht nicht mehr geprüft zu werden, sie ist längst entschieden. Obwohl die Steuer seit Monaten beschlossen ist und die bürgerlichen Gegner behaupteten, es werde so fort eine große Arbeitslosigkeit eintreten, herrscht nach wie vor ein überaus reges Nachfragen nach Hausangestellten, die durch das Angebot nicht gedeckt wird.

Der Kampf um die Ehre

Im Prozeß des Rektors a. D. Bod wurde auf Antrag des R. A. Bahn der Landtagsabgeordnete Richter als Mitglied des Zentrums vernommen. Dieser bekundete, daß zwei Personen, deren Töchter vom Nebenkläger Toussaint vernommen worden wären, ihm erzählt hätten, sie seien sehr zu ungunsten von Bod befragt worden, insbesondere hätte ihm ein gewisser Heß mitgeteilt, daß Toussaint seiner Tochter vorgehalten hätte, sie hätte von einem Kaplan ein Kind; dabei habe sie überhaupt kein Kind gehabt. Er, Richter, hätte seinerzeit nach den damaligen Zeitungsnotizen den Eindruck von der Schuld des Bod gehabt, diese Ansicht aber ganz und gar geändert, nachdem er der Beweisaufnahme in dem Verleumdungsprozeß Bod beigezogen hätte. Der Rechtsausschuß des Landtages hätte sich mit der Frage des Nebenklagenverfahrens befaßt und werde dem Justizminister die Befürwortung desselben empfehlen. Auf die Frage der Verteidigung, ob nach Ansicht des Zeugen Bod aus idealen oder materiellen Gründen kämpfe, erwiderte der Zeuge: aus idealen Motiven! Lange Zeit nahm die Vernehmung einer Zeugin A. in Anspruch. Diese blieb dabei, daß Bod mit ihr nach ihrer Schulentlassung verkehrt und vorher Unfittlichkeiten vorgenommen habe. R. A. Bahn stellte durch Kreuz- und Querfragen fest, daß die jetzt verheiratete Zeugin kein sittlich einwandfreies Leben geführt habe. — Nach Vernehmung des Kriminalkommissars Dr. Kopp und des Oberregierungsrates Hoppe, welche dem Nebenkläger ein sehr gutes Zeugnis ausstellten, wurde Sanitätsrat Dr. Frey Leppmann vernommen; nach seinem Gutachten ist § 51 St. G. B. nicht anwendbar, der Angeklagte aber nicht als geistig vollwertig anzupreisen. — Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Steindreher in einem längeren Plädoyer 1000 M. Geldstrafe, — nicht Gefängnis, weil Bod aus idealen Gründen gehandelt habe und immerhin die Möglichkeit seiner Unschuld bestehe. — R. A. Bahn hielt den Kampf, den Bod seit einem Jahrzehnt um seine Ehre führe, für einen der ergreifendsten, den es gebe. (Der Verteidiger geißelte Johann das immer noch herrschende System der Kindererziehung gewicht zu legen, anstatt nach dem Vorgange des schwedischen Rechts, Kinder unter 18 Jahren überhaupt nicht als Zeugen zu vernehmen. Bod leit seinerzeit nur in 3 Fällen wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt worden, ein Zeichen, wie sehr die Sache, in welcher über 100 Zeuginnen aufmarschierten, aufgehört worden sei. Bod habe in dieser Verhandlung den vollen Beweis seiner Unschuld geliefert. Die Sache werde nur durch Freispruch im Wiederaufnahmeverfahren zur Ruhe kommen. Er beantragte die Freisprechung auch hier. Zu demselben Antrage kam auch der Mitverteidiger Referendar Dr. Unger.)

Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Mit Rücksicht auf die Schwere der Beschuldigungen, in denen auch wörtliche Beleidigungen vorkommen, andererseits mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte seinerzeit über Gebühr in der Presse angegriffen worden ist, daß er über sein Schicksal sehr erregt ist und immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß seinerzeit Irrtümer vorgekommen sind, hat der Gerichtshof auf 1000 M. Geldstrafe evtl. für je 15 M. 1 Tag Gefängnis erkannt.

26. Verwaltungsbezirk (Neiniedendorf). Neuingetreten sind in die Bezirksversammlung von der B. R. P. Moulowski als Stadtverordneter und Lorch (S. V. D.) für den zum Stadtrat gewählten Bezirksverordneten Meyer. Dem Wunsche des Magistrats, jedem Verwaltungsbezirk einen besonderen Namen zu geben, entspreche ein Antrag unserer Fraktion in dem Vorschlag, das Andenken der Gebrüder Humboldt zu ehren, die in Schloß Tegel ihre Ruhestätte haben. Unser Bezirk wird auf Beschluß der Bezirksversammlung Humboldtstadt heißen. Die nachfolgende Beratung des Bezirks-Erats, der bei 16 627 009 Mark Einnahme und 54 010 632 Mark Ausgabe mit einem Bedarf von 37 383 632 Mark abschließt, gab unserem Genossen Wisdorf Gelegenheit, schärfste Kritik daran zu üben, wie die Verwaltung durch die überflüssige Beratung um ihr vornehmstes Recht der Geldbewilligung geprellt sei. Diese Pflanzarbeit sei ausschließlich der Sabotage des Bürgertums zu danken, die es

zweuge gebracht, daß erst jetzt die Bezirksämter mit Ach und Krach zu arbeiten beginnen. Scharf kritisierte er die Los-von-Berlin-Bewegung und zeigte an Hand des Erats, wie gerade die Gemeinden, die in unserem Bezirk gleichfalls die Loslösung erstrebten, auf kulturellem Gebiete, insbesondere für die Volksschulen, gar nichts getan hätten. Dazu gehöre in erster Linie Hermsdorf, das es fertiggebracht habe, Volksschulklassen in Mieträume unterzubringen, ein häßliches Schulgebäude aber einem Privatitztum zu überlassen. Zum Schluß stellte unter Redner noch eine Anfrage an das Bezirksamt, bezüglich der Gehälter von früheren Gemeindevorständen und einigen Deputierten in Tegel und Wittenau. Er verlangte Auskunft, welche hervorragende Tätigkeit die Herren für ihre reiche Bezahlung ausübten. So bezieht der frühere Bürgermeister Witte die Kleinigkeit von rund 61 000 Mark für nichts. Tegel hatte seinem Bürgermeister gar 64 000 Mark bewilligt. Der Gemeindevorsteher von Lübars bekommt 45 000 Mark Gehalt, ohne etwas zu tun. Ein Beigeordneter in Tegel 51 000 Mark. Bürgermeister Reichel im befristete die Richtigkeit der Zahlen. Die Herren belämen ihr Gehalt, bis sie eine ihrem Range entsprechende Stelle einnehmen könnten. Stadtd. Moulowski, der sich der Kritik des Genossen Wisdorf anschloß, empfahl, die arbeitslosen Bürgermeister und höheren Beamten der Erwerbslosenfürsorge zu überweisen. Eine fünfstöpfige Kommission soll diese Erwerbslosenfrage eingehend unteruchen. Zur Annahme gelangte dann ein Antrag der Erwerbslosen, den unsere Fraktion eingebracht, der Rückzahlung erhaltener Kleidung sowie gezahlter Vorkäufe niederzuschlagen wissen will. Ferner sollen für künftig gezahlte Vorkäufe die Rückzahlungen erst 3 Monate nach Arbeitsantritt beginnen. Der Antrag soll mit allem Nachdruck beim Magistrat vertreten werden. Die Annahme des Erats erfolgte unter dem Vorbehalt, daß alle Mittel für soziale und kulturelle Zwecke nicht verfrachtet werden.

Zur Einrichtung einer Ausgleichsstelle beim Magistrat wird uns mitgeteilt, daß ein Unterausschuß der Tarifkommission am 17. d. M. die Einrichtung einer Ausgleichsstelle beschlossen habe. Der Magistratsbeschuß verlangt nur einen Antrag die Zustimmung, der verlangt, daß bis zur Einrichtung der Ausgleichsstelle Entlassungen und Betriebsbeschränkungen nicht vorgenommen werden dürfen.

Neuanmeldung für den Zuckerbezug. Die in den nächsten Tagen für die Stadtgemeinde Berlin zur Ausgabe gelangenden Zuckerkarten umfassen den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1921. Die Inhaber der Zuckerkarten haben die Karten in der Zeit von Mittwoch, den 22. Juni, bis Mittwoch, den 6. Juli 1921, demjenigen Händler vorzulegen, von dem sie den Zucker zu beziehen wünschen.

Brot und Mehl auf Karte „Singer Nähmaschinen“.

Nächstes städtisches Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters Montag, den 20., in der Philharmonie, Bernburger Str. 22-23. Der Vorverkauf zu den städtischen Volkskonzerten findet statt bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, im Zigarengeschäft von Horsch und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 M. Kassenöffnung 7 Uhr.

Differenzen zwischen Arbeiterportieren und Arbeiteramaritern. Der seit einiger Zeit bestehende Konflikt ist verschärft worden durch den Ausschluß der Samariter aus dem Arbeiter-Sport-Kartell. Vom Kartellverband ist nunmehr zu Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach den Sophienböden einberufen worden, die sich mit den Vorgängen befassen soll. Wir sind der Meinung, daß die Streitfrage keine Lösung finden könne durch öffentliche Versammlungen. Ohne uns in dem Streit einzumischen, möchten wir betonen, daß verhindert werden muß, daß Konkurrenzorganisationen der Arbeiter entstehen. Die bestehenden Differenzen müssen durch den Spruch eines unparteiischen Schiedsgerichts beigelegt werden können. Darum ist ein solches zu bilden, und die Parteien zu verpflichten, sich diesem Spruche zu unterwerfen.

Großfeuer im Norden. Wegen eines gefährlichen Brandes wurde Freitag nacht die Berliner Feuerwehr nach dem Hauke Zionskirchstraße 8 gerufen, wo ein großer Lagerstuppen mit wertvollem Inhalt in Flammen stand. Das Feuer war erst lange Zeit nach seinem Ausbruch bemerkt worden, so daß beim Eintreffen der Löschzüge der Lagerstuppen bereits hell brannte. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, einen Teil des Inhalts zu retten. Die Entschuldigungsursache war nicht mehr zu ermitteln.

Der Nord in der Vorfigstraße. Die Obduktion der Leiche durch Medizinalrat Dr. Störmer und Professor Strauch hat ergeben, daß Spleitshöfer drei Schußverletzungen erhalten hat. Ein Schuß ist im Schädel, das zweite Geßhoß fand seinen Eingang im Hals, durchbohrte sodann die Lunge und drang bis in die Eingeweide, der dritte Schuß ging in den Unterleib. Es ist daraus zu schließen, daß der Mörder den Oberpostassistenten zuerst von hinten in den Kopf geschossen und daß er sodann, als kein Opfer auf den Rücken fiel, am Kopfende stehend in gebückter Haltung noch zwei Schüsse auf den Körper abgegeben hat. Jemlich unerklärlich ist es, daß in den benachbarten Wohnungen niemand den Knall der drei Schüsse gehört hat.

Deffentliches Gesangs-konzert veranstaltet heute, nachmittags 2 Uhr, der Gesangsverein „Freiheit“ Cöpenick (Mitgl. d. A. S. B.) im Park Bellevue.

Bei den Rasenspielen am Donnerstag, den 16. Juni, im Humboldtbad, ist ein Sportabend und ein Bund Schüsseln gefeiert worden. Abzuholen bei Lohmann gegen Ausweis.

Bezirksamt Schönberg-Gröden. In den sämtlich gemachten Mißgeschäften werden am 19. Juni bis 3. Juli ohne Voranmeldung 250 Gramm Reis an die Kinder im 1. bis 4. Lebensjahr verteilt und zwar auf den oberhalb des Mittelbades der für den Monat Juni gültigen Mißkarte A, Al, B, BII. Vom 20. Juni bis 5. Juli werden in den Kolonialwarengeschäften ohne Voranmeldung 500 Gramm Weizenmehl und 2 Beutel Vanillin-Sesampulver auf Abschnitt 6 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin abgegeben.

Verbandstag der Glasarbeiter

In Weiskwasser D. L. begann am 12. Juni der 13. Verbandstag der Glasarbeiter im festlich geschmückten Saal des Schützenhauses, der von 171 Delegierten besucht war. Gauleiter W. G. B. eröffnete die Tagung und wies auf die Bedeutung des Ortes hin, der sich vom kleinen Heideberg zum größten Glasindustriestandort der Welt entwickelte. Er teilte ferner mit, daß alle in Weiskwasser Beschäftigten seitens des Zentralverbandes organisiert sind. Zu Vorsitzenden des Verbandstages wurden mit gleichen Rechten Gierbig-Berlin und Lehmann-Weiskwasser gewählt.

Von den auswärtigen Gästen sprach u. a. der internationale Sekretär Delzant-Paris, welcher erschien aus der Tschechoslowakei Reumann und Vittoria, die der Tagung den besten Erfolg wünschten.

Gierbig wandte sich gegen die immer frecher auftretende politische Reaktion, geißelte den Nord an unserem Genossen Gareis und berichtete über den Kampf der Tafelglasmacher und über den gefällten Schiedsspruch. In der Debatte wurde heftig über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches der Tafelglasmacher diskutiert, und es wurde verlangt, daß der A. D. G. B. mit keinem Mißtrauenbestand an Mitgliedern die Aufgabe hätte, einzugreifen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde den Tafelglasmachern in dem ihnen drohenden aufgedrungenen Kampfe volle Sympathie ausgesprochen. Die Tagung erklärte sich bereit, die kämpfenden Kollegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. In der weiteren Debatte wurde die

Sozialisierung der Glashütten

verlangt. Gierbig schilderte die Not der Arbeiter und trat für eine bessere Auswahl bei den Wahlen zu den Betriebsräten ein, zugleich ersuchte er die Generalversammlung, auch Angehörige des Glasarbeiterverbandes auf die Arbeiter-Akademie in Frankfurt zuzulassen. Redner teilt mit, daß die amerikanischen Glasarbeiter dem Vorstand eine Einladung zusandten, nach welcher zwei Kollegen nach Amerika zwecks Information entsendet werden sollen, für die die Kosten die Amerikaner zu tragen sich erboten.

Den Rassenbericht gab Grünzel, für die Redaktion berichtete Redakteur Groß-Berlin und für den Verbandsauschuß Preußke, Dresden. Müller als Vertreter des A. D. G. B. äußerte sich zur Not der Arbeitslosen und bestritt entschieden, daß man mit irgendwelcher sachlichen Berechtigung dem A. D. G. B. Vorwürfe machen kann, daß er nicht energisch genug der Arbeitslosigkeit entgegengetreten sei.

Die Tagung beschäftigte sich weiter mit den politischen Verhältnissen in Oberschlesien und dem rheinischen Besatzungsgebiet. Kommunistische Redner traten für die Beschickung des Moskauer Kongresses ein, dagegen für Ablehnung der Entsendung einer Delegation nach Amerika. Gauleiter Hoffmann, Rheinland, erklärte sich gegen den Vorschlag Gierbigs, der den Beirat zu beteiligen wünscht.

In einer Entschließung erklärte sich die 13. Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter bereit, für die zehn Forderungen des A. D. G. B. in bezug auf die Arbeitslosigkeit, einzutreten. Abgelehnt wurde der Antrag, den Tafelglasmachern eine Vertretung im Vorstand zuzugestehen, während ein Beschluß angenommen wurde, wonach eine

gewerkschaftliche Jugendbeilage

seitens des A. D. G. B. herausgegeben werden soll, sonst würde der Verband dies spätestens bis zum 1. Oktober d. Js. selbst tun. Weitere Beschlüsse belegen, daß die Lokalbeamten künftig alle zwei Jahre gewählt werden und der nächste Verbandstag in Hartz abgehalten werden soll. In einer Entschließung wurde Protest erhoben gegen die Bestrebungen der Unternehmer, der arbeitenden Jugend den 8-Stundentag zu entreißen.

Grünzel vom Vorstand erläuterte ein Referat über Arbeit und Tarifgemeinschaft. Er führte aus, daß an der Tarifpolitik festgehalten werden muß, und daß er die Arbeitsgemeinschaft als eine Zweckmäßigkeitfrage bewerte. Die Frage sei seiner Meinung nach die, ob durch Festhalten oder Verwerfung der Arbeitsgemeinschaften der Arbeiterchaft Nutzen gebracht wird. Er erklärte sich im Sinne des Festhaltens und legte eine entsprechende Entschließung vor. Der Korreferent Schaper-Alexanderhütte trat den Ausführungen Grünzels entgegen und erklärte, die Politik der

Arbeitsgemeinschaften bedeute den Verkauf des Erstgeburtsrechtes der Arbeiterschaft.

Eine weitere Resolution, begründet von Lewin-Stüherbach, verlangte, den A. D. G. B. zu beauftragen, zum gemeinsamen Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften zu veranlassen. Schaper wendete sich in einem Schlusswort gegenüber Grünzel, der keine Stellungnahme damit motivierte, daß Grünzel mit praktischen Vorschlägen operiere, während Schaper lediglich theoretisiere. Grünzel erklärte noch in seinem lebhaften Schlusswort, die Schaperische Taktik sei schief und verhängnisvoll. (17 Red.) In der folgenden namentlichen Abstimmung wurde die Resolution Grünzels mit 132 gegen 38 Stimmen angenommen. Damit erklärte sich der Verbandstag für die weitere Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaften.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Befudung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Natvani, Danziger Straße 1.

SONDERANGEBOTE FÜR DIE REISE!

Damen - Leinenschuhe weiß mit Spangon u. zum Schließen, harte Sohlen, sehr bequem, Lederbesatz, lange mod. Form. **48**

Damen - Leinenschuhe weiß mit Spangon u. zum Schließen, mod. Form, mit weiß überzogenem Absatz. **72**

Damen - Spangenschuhe in Dergall und vielen and. Lederarten sowie auch in Samt mit Absatz. **98**

Damen - Halbschuhe aus Leder, mod. Form, mit Absatz, Lederbesatz, besonders preiswert. **128**

Kinder - Halbschuhe 1. Schnür, naturnah. **88**

Damen - Halbschuhe 1. Schnür, aber mit Spangon, schwarze Sohle, sehr moderne Form, eleg. Absatz. **135**

Damen - Halbschuhe braun u. schwarz, mod. Formen u. Absatz, teils, sehr rahmengelehrt. **148**

Damen - Halbschuhe mit Absatz, ein. Stög auf d. Spann, braun oder schwarz, Lederbesatz, mod. Form. **185**

Knaben - Schnürstiefel braun, mod. Form, Lederbesatz, harte Sohle, sehr billig. **195**

Herren - Halbschuhe braun u. schwarz, moderne Form, Lederbesatz, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **195**

Herren - Halbschuhe braun, Lederbesatz, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **248**

Herren - Halbschuhe braun, Lederbesatz, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **275**

Herren - Schnürstiefel aus Leder, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **128**

Herren - Schnürstiefel aus Leder, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **168**

Herren - Schnürstiefel braun, Lederbesatz, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **225**

Herren - Schnürstiefel braun, Lederbesatz, mod. Form, Lederbesatz, mod. Form. **245**

Stiller

Unser SAISON-AUSVERKAUF

beginnt Montag, den 20. Juni 9 Uhr

Gevallige Preisermässigung, zum Teil bis auf $\frac{1}{4}$ des früheren Preises reduziert.

SONDER-AUSVERKAUFS-ANGEBOT
Tausende von Wintermänteln aus Qualitätsware von 50 Mk. beginnend.



KERSTEN & TUTEUR

Das Haus der Moden

Leipziger-Coke Charlottenstr. Kurfürstendamm Ecke Rankestr.



Es war noch vielen verschlossen dass



der elegante Schuhputz ist!
Gebrüder Kroner Berlin O-17.

EMILE ZOLA GESAMMELTE NOVELLEN

Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
Drei Bände

Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekanntesten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.

Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER
POTSDAM

Ich habe mein Bureau von der Brücken-Allee 22
nach Friedrichstraße 202
(an der Krausenstraße) verlegt. Telephon Zentr. 15163
Dr. Kurt Boenheim, Rechtsanwalt.

Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengefang
50 Pfennig

Organisationen und Sängern hoher Robell

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 89

Bekanntmachung

Gewerbesteuer 1920
Öffentl. Mahnung zur Steuerzahlung!

Alle Steuerpflichtigen im Gebiet der bisherigen Stadtgemeinde Berlin (Verwaltungsbezirke 1-8), die nach Gewerbesteuerzuschläge für 1920 und fällige Gewerbesteuerreste zu zahlen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Steuern, soweit ihnen nicht Stundung bewilligt ist,
spätestens bis zum 25. Juni 1921
an ihre zuständige Steuerkasse abzuführen.
Besondere Mahnungsmittel werden nicht befohlen.
Wer die rechtzeitige Zahlung verweigert, hat ohne weiteres die mit Rollen verbundene zwangsweise Beitreibung zu gewärtigen, die insbesondere auch durch Pfändung von Forderungen aller Art erfolgen kann.
Berlin, den 11. Juni 1921
Magistrat, Steuerverwaltung, Abt. III
Dr. Lange

Zentralverband der Asphalteneur

Ordnungsverwaltung Berlin
Am Mittwoch, den 22. Juni 1921, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
Engelshfer 15, Saal 1.

Tagesordnung:
1. Verhandlungsgegenheiten.
2. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H. Bruno Fink.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Montag, den 20. Juni 1921, abends 7 Uhr, in
der Schulanstalt, Rappentplatz 12

Hauptgruppenversammlung
sämtlicher zur Hauptgruppe II der Metallindustrie gehörigen Betriebsräte: Lokomotiv-, Waggonbau-, Automobil-, Fahrradindustrie usw.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Hiska über: Arbeitsbeschaffung für den Lokomotiv- und Waggonbau.
2. Gruppenangelegenheiten.

Am Dienstag, den 21. Juni 1921, abends 7 Uhr, in
der Schulanstalt, Rappentplatz 12

Hauptgruppenversammlung
sämtlicher zur Hauptgruppe III der Metallindustrie gehörigen Betriebsräte: Maschinen- u. Dampfkesselbau, Transportvorrichtungen

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Max Ulrich über: Die Lage in der Maschinenindustrie.
2. Gruppenangelegenheiten.
Trotzdem am Dienstag die Volksoberversammlungen stattfinden, ist es doch unbedingt notwendig, daß die Betriebsräte zeitlich erscheinen.

Am Dienstag, den 21. Juni 1921, abends 6 Uhr
in den Schulthei-Feestischen, Neue Jakobstraße 24-25

Versammlung
aller in den Betrieben der Badeapparate-Industrie beschäftigten Klempner, Tischler, Lackierer und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Organisationsausweis legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!

Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre

Von Fritsch Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 89

Westmanns
Trauer-Magazin
Grosse Auswahl.
Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Rakonnenbr.)
II. Or. Zeit. Str. 115
(nahe Kurfürststr.)
Auswahlsendung (of.
amt Zentrum 7800
Sonntags geschlossen.

Prismengläser,
und Pistolen leucht
Riefeln, Stutzen, 50.

Gänsefedern
100er Pack, auch
angereicht, aus
erster Hand.
Paul Pauglow
Wriszen 15 Oder.

„HOFFNUNG“
Berliner Schneider-Genossenschaft e. G. m. b. H.
Telephon Norden 1591 • Brunnenstraße 185 • Telephon Norden 1591

**Elegante
Maßanfertigung**

Großes Lager in fertiger Konfektion
zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Montag, 20. Juni, bleibt unser Geschäft geschlossen

Geld
für jede Verlebung. Höchste Ver-
kaufspreise für Pfandbriefe,
Bausparnisse, Wertpapiere,
Teppiche, Böden etc. Wolff,
Friedrichstr. 11, III. Ede-Roch-
straße.

Maschinenfabrik
kauft in jeder Menge
auch kleine Mengen
Altmetalle und Eisen.
Thurau & Co.,
Dresdener Str. 11. Berlin 11, 11540

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend e. G. m. b. H.

Manufakturwaren-Lager: Brunnenstr. 188-190 * Warenhaus: Reinickendorfer Straße 21



Unser

Inventur-Ausverkauf

beginnt am Sonnabend, den 2. Juli 1921

Lassen Sie sich durch marktstreuere Reklame nicht irre machen, sondern decken Sie ihren gesamten Bedarf im eigenen Geschäft

Billigste Preise! * **Verkauf nur an Mitglieder!** * **Gute reelle Ware!**

Organisationsstatut der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Hallenser Parteitag hat eine Organisationskommission eingesetzt, die in mehreren Sitzungen einen Entwurf ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf wird hiermit den Parteioptionen zur Diskussion unterbreitet:

Mitgliedschaft.

§ 1. Mitglied der Partei ist, wer die Grundsätze der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Beschlüsse ihrer Parteitage anerkennt, durchzuführen hilft und seine Parteibeiträge entrichtet. Kein Mitglied darf zugleich Mitglied einer anderen politischen Partei sein.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins, endgültig die Bezirksleitung. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung im Reich. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheidet gegebenenfalls nacheinander Kreisleitung, Bezirksleitung und Zentralleitung. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gründung.

§ 3. Die Parteimitglieder schließen sich zu Ortsvereinen zusammen. Die Ortsvereine schließen sich zu Kreisorganisationen zusammen, deren Grenzen entweder nach politischen Verwaltungsbezirken oder nach einheitlichen Wirtschaftsgebieten zu ziehen sind. Die Kreisorganisationen treten zu Bezirksverbänden zusammen, deren Abgrenzung nach denselben Gesichtspunkten wie die Bildung der Kreisorganisationen erfolgt.

Die Bildung und Abgrenzung der Kreisorganisationen bedarf der Zustimmung der Bezirksleitung, die Bildung und Abgrenzung der Bezirksverbände der Zustimmung der Zentralleitung der Partei.

Bestehen in einem Lande mehrere Bezirksverbände, so sind sie in einem Landesverband zusammenzufassen.

Die Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesorganisationen geben sich eigene Statuten, die nicht miteinander und nicht mit dem Statut der Partei in Widerspruch stehen dürfen.

Parteiamter.

§ 4. In allen Leitungen der Organisationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Orts- und Kreisvereine darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahr Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern der Bezirks- und Zentralleitung sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Landesversammlungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden. Gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an die Zentralleitung zulässig.

§ 5. Als Gemeindevertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteioption als Kandidat aufgestellt worden war.

Die Mitglieder eines Ortes stellen die Kandidaten für die Gemeindevahlen im Einverständnis mit der Kreisparteileitung auf. Vorschläge für die Bezirks-, Kreis-, Provinzialvertretung, für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Kreisorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefasst und von der Bezirksversammlung (Bezirksparteitag) beschlossen.

Die Kreisorganisation hat das Recht, jederzeit die Gemeindevorteiler abzuwählen. Dasselbe Recht hat die Bezirksverbandsversammlung für die Vertreter der in Absatz 2 genannten Körperschaften.

Gegen die Vertreter ihre Mandate trotz dieser Aufforderung nicht nieder, so können sie die Mandate nicht mehr im Namen der Partei ausüben.

Beiträge.

§ 6. Der Parteitag legt die Mindestbeiträge der Mitglieder fest. Ueber diese Beiträge hinaus können die Kreis- und Bezirksorganisationen höhere Beiträge festsetzen.

Die anteilige Ausführung der Beiträge der Ortsvereine an die Kreisleitung regelt das Kreisstatut bzw. das Statut der Bezirksleitung.

Von den ordentlichen Mitgliedsbeiträgen sind am Schlusse eines jeden Kalenderjahres durch die Bezirksleitung die dem Parteitag festgesetzten Anteile für die Zentralleitung an diese abzuführen.

Für jeden Bezirk ist ein Wahlfonds zu bilden, dessen Erträge der Bezirksleitung ungeteilt zufließen und über die sie allein und selbständig verfügt.

Berichterstattung.

§ 7. Das Geschäftsjahr für die Parteioption läuft vom 1. April bis 31. März.

Die Kreisleitungen erstatten nach Schluss des Kalenderjahres der Bezirksleitung über die Tätigkeit und den Mitgliederbestand Bericht. Die Bezirksleitung gibt diese Berichte an die Zentralleitung weiter und erstattet über ihr eigene Tätigkeit der Zentrale spätestens nach Schluss des Geschäftsjahres Bericht.

Zentralleitung.

§ 8. Die Zentralleitung der Partei besteht aus den Vorsitzenden, dem Kassierer, den Schriftführern und den Beisitzern; ihre Zahl bestimmt der Parteitag.

Die Wahl der Zentralleitung erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Alle Mitglieder der Zentralleitung haben in den Sitzungen Stimmrecht.

Die Zentralleitung führt die politischen und organisatorischen Geschäfte der Partei und verfügt nach eigenem Ermessen über die ihr zugeflossenen Parteigelber. Sie überwacht die Befolgung der Parteigrundsätze und der Beschlüsse der Parteitage sowie die Anwendung der Organisationsordnung, insbesondere die grundsätzliche und tatsächliche Haltung der Parteipresse und die Tätigkeit der Parlamentarierfraktionen.

Die Zentralleitung kann alle Parteioptionen und deren Unternehmungen jederzeit kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Sie hat das Recht, an Zusammenkünften aller Parteioptionen beratend teilzunehmen, bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzubedenken und mitzuentcheiden.

Scheidet ein Mitglied der Zentralleitung vorzeitig aus, so hat der Parteirat die Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 9. Kein Parteimitglied hat Anrecht auf Parteigelber oder das Eigentum der Partei, es hat kein klagbares Recht, Geschäftsbücher oder Papiere der Zentralleitung, des Parteirates oder der Kontrollkommission einzuziehen oder deren Herausgabe zu verlangen.

Parteirat.

§ 10. Zur Klärung wichtiger politischer parteitaktischer Fragen, die sich aus der praktischen Anwendung der Grundsätze der Partei ergeben, ist der Parteirat zu berufen.

Der Parteirat wird auf die Dauer eines Jahres vom Parteitag durch Stimmzettel gewählt. Die Zahl der Mitglieder, auf die ein Mitglied des Parteirates entfällt, bestimmt der Parteitag. Die einzelnen Landestelle sind bei der Auswahl der Mitglieder zu berücksichtigen.

Der Parteirat berät und beschließt in gemeinsamer Sitzung mit der Zentralleitung.

Parteirat und Zentralleitung haben das Recht, durch gemeinsamen Beschluss von jedem Parteimitglied und jeder Fraktion der Partei in Gemeinden, Landesversammlungen und Reichstag, sowie von jedem Redakteur und jedem Abgeordneten die Beachtung der Parteigrundsätze und der Parteitagsbeschlüsse zu verlangen und durch Einwirkung auf die als Auftraggeber in Frage kommende Parteimitgliedschaft zu erzwingen, nötigenfalls entscheiden sie.

Diese Entscheidungen von Parteirat und Zentralleitung können nur beim Parteitag angefochten werden.

Kontrollkommission.

§ 11. Zur Kontrolle der Tätigkeit der Zentralleitung sowie zur Erledigung von Beschwerden gegen sie wählt der Parteitag eine Kontrollkommission.

Für die Wahl der Kontrollkommission gelten die Vorschriften des § 8, Absatz 2.

Mitwirkung der Bezirke.

§ 12. Die Zentralleitung beruft zur Beratung und Durchführung politischer und organisatorischer sowie geschäftlicher Maßnahmen Vertreter der Bezirke, der Redaktionen und der Parteigeschäfte.

Eine Konferenz der Bezirksvertreter muß berufen werden, wenn ein Drittel der Bezirke es beantragt.

Mitwirkung der Frauen.

§ 13. Zur Förderung der Frauenbewegung beruft die Zentralleitung nach Bedarf die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen und nach eigenem Ermessen tätige weibliche Parteimitglieder zu Besprechungen zusammen.

Parteitag.

§ 14. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei.

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Bezirksorganisationen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf 300 nicht übersteigen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die am letzten Werteschluss Pflichtbeiträge an die Zentralleitung abgeführt worden sind. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten.

Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen.

Die Wahl ist durch Urwahl nach einheitlichen Grundsätzen bezirkweise vorzunehmen und die Wahlordnung von der Parteileitung frühzeitig bekanntzugeben. Die Bezirksleitungen können die Wahl in Unterbezirken vornehmen lassen und müssen dann die anteiligen Mandate vorher feststellen.

Als gewählt gilt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Wird im ersten Wahlgang keine Mehrheit erreicht, dann muß eine neue Wahl stattfinden.

Sind auf dem Parteitag grundsätzliche oder wichtige taktische Fragen zu entscheiden und bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern, so sind die Fragen so zu fassen, daß sie die Mitglieder mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten können. Wird mit der Abstimmung eine Delegiertenwahl verbunden, so sind für die Befürworter und Ablehner der zur Entscheidung stehenden Frage getrennt gebundene Vorschlagslisten aufzustellen. Nach der von jeder Gruppe erlangten Stimmenzahl sind die Delegiertenmandate verhältnismäßig zu verteilen.

Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten. Mit beratender Stimme nehmen an dem Parteitag teil:

Die Mitglieder der Zentralleitung, des Parteirates und der Kontrollkommission; eine Vertretung der Reichstagsfraktion, deren Stärke die Zentralleitung bestimmt;

die von der Zentralleitung berufenen Referenten.

Die Zentralleitung hat eine Vorprüfung der Parteitagsmandate unter Mitwirkung der Bezirksleitungen vorzunehmen und nur solche Delegierte zuzulassen, die auf der von der Zentralleitung ausgearbeiteten Grundlage gewählt sind. Die Mandatsprüfung im einzelnen besorgt eine vom Parteitag gewählte Mandatsprüfungskommission. Ueber die Gültigkeit der Mandate entscheidet der Parteitag.

Der Parteitag wählt seine Leitung, gibt sich eine Geschäftsordnung und legt die Tagesordnung fest.

Die Einberufung des Parteitages muß spätestens sechs Wochen vorher mit der von der Zentralleitung vorgeschlagenen Tagesordnung in der Parteipresse veröffentlicht werden.

Anträge von Parteioptionen, die in der Vorlage an den Parteitag Aufnahme finden sollen, müssen spätestens zwei Wochen vor dem Parteitag bei der Zentralleitung eingereicht sein, die sie sofort in der Parteipresse zu veröffentlichen hat.

Der Parteitag hat über alle Angelegenheiten der Partei zu entscheiden. Er nimmt die Berichte der Zentralleitung entgegen, wählt die Zentralleitung, den Parteirat und die Kontrollkommission und bestimmt den Sitz der Zentralleitung.

Außerordentlicher Parteitag.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einberufen: 1. auf einstimmigen Beschluss der Zentralleitung, 2. auf einstimmigen Antrag der Kontrollkommission, 3. auf Antrag eines Drittels der Bezirksleitungen.

Weigert sich die Zentralleitung, dem Antrage der Kontrollkommission oder des Drittels der Bezirksleitungen nachzukommen, so ist der Parteitag von den Antragstellern einberufen.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens zwei Wochen vor seinem Stattfinden in der Parteipresse veröffentlicht werden. Im übrigen gelten für den außerordentlichen Parteitag dieselben Bestimmungen wie für den ordentlichen Parteitag. Doch kann die Zentralleitung eine andere Form der Delegiertenwahl anordnen.

Ausschluss aus der Partei.

§ 16. Die Mitgliedschaft verliert ohne Ausschlußverfahren, wer:

länger als 13 Wochen mit seinen Mitgliedsbeiträgen im Rückstande ist,

zu einer anderen Partei übertritt,

sich durch Verschweigen seiner Mitgliedschaft bei einer anderen Partei die Mitgliedschaft erschlichen hat oder

für eine andere Partei in der Mitgliedschaft wirbt.

Den Ausschluß vollzieht der Ortsverein. Solange über die Aufnahme eines Mitglieds die Bezirksleitung gemäß § 2 nicht endgültig entschieden hat, kann der Ausschluß durch eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Ortsvereins ist nur die Beschwerde an die Kreisleitung zulässig.

Im übrigen gelten für das Ausschlußverfahren folgende Grundsätze:

Ausschlußverfahren.

§ 17. Aus der Partei ausgeschlossen wird, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei oder die Beschlüsse der Parteitage oder seiner Parteioption oder einer ehrenvollen Handlung schuldig macht.

Der Antrag auf Ausschluß kann nur von einer Parteioption (Orts- oder Kreisverein) gestellt werden. Der Antrag muß in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Ueber den Ausschluß entscheidet die für den Wohnort des Beschuldigten zuständige Bezirksleitung. Das Urteil ist niederzuschreiben und mit Gründen versehen von der Bezirksleitung den Beteiligten zuzustellen.

Gegen das Urteil ist innerhalb vier Wochen nach seiner Zustellung Berufung bei der Zentralleitung zulässig.

Ueber die Berufung entscheidet ein Schiedsgericht von sieben Personen. Den Vorsitzenden ernannt die Zentralleitung, jede der Parteien bestimmt die Hälfte der Beisitzer aus den Parteimitgliedern innerhalb des Bezirksverbandes, dem der Beschuldigte angehört. Das schriftliche Urteil stellt die Zentralleitung den Beteiligten zu.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts steht den Beteiligten innerhalb vier Wochen nach der Zustellung die Berufung an den nächsten Parteitag zu, dessen Urteil endgültig ist.

In allen Instanzen kann auf dauernden Ausschluß, zeitweilige Ausschließung von Vertrauensämtern und Klagen erkannt werden.

Auch ohne Ausschlußantrag können Untersuchungskommissionen gegen Parteimitglieder eingesetzt werden; der Ausschluß darf jedoch nur im vorgeschriebenen Verfahren verfügt werden.

Wiederaufnahme.

§ 18. Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann von der Bezirksleitung erfolgen, nachdem die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, gehört worden ist. Gegebenenfalls entscheidet darüber endgültig der nächste Parteitag.

Änderung der Organisation.

§ 19. Änderungen der Organisation der Partei kann nur ein Parteitag beschließen. Anträge auf Änderung der Organisation, die nicht in der vorgeschriebenen Weise vor dem Parteitag veröffentlicht worden sind, können nur beraten und beschlossen werden, wenn mindestens drei Viertel der Parteitagsdelegierten der Änderung zustimmen.

Eine Umstellung der Partei kann nur von einem Parteitag mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen werden.

Saison-Ausverkauf

Riesige Rabatte

Einige Beispiele

Beginn: Montag, d. 20. Juni.

Leisen

Taentzienstrasse 20 am Leipziger Strasse 64/65

Kleider & Blusen

Ein Posten Washkleider aus gutem Vollvolle und Froite in dunklen und hellen Farben

Serie I 98⁰⁰ Serie II 159⁰⁰ Serie III 198⁰⁰

Ein Posten einwollener Kleider nur Qualitätsware

Serie I 198⁰⁰ Serie II 350⁰⁰ Serie III 450⁰⁰

Jabotblusen aus Vollvolle, mit reichem Handhöhl-saum, auch mit Valencienn

79⁵⁰

Jumper aus guter Kunstseide, sehr nette Form, in diversen schönen Farben...

98⁰⁰

Wash- & Seidenstoffe

Prima Vollvolle gemustert, Streifenmuster u. Blumenmuster, in aparten Farben.....

23⁵⁰

Regenmantel - Seide für Reise- und Sportmäntel, Imprägn., in schönen Farben, 100 cm breit.....

73⁵⁰

Basiseide echt japanisch, sehr apart, doppeltbreit.....

45⁰⁰

Trikot - Kunstseide für Jumper u. Kleider, neueste Farben, 140 cm breit.....

95⁰⁰

Gewerkschaftliches

Pinkertoner

Der bekannte günstige Wind weht uns ein Schreiben der „Deutschen Pinkerton-Gesellschaft“, Berlin, Schellingstraße 2, vom 23. Mai 1921 zu, in welchem ganz offen Spiegeleien angeboten werden. Es heißt darin u. a.:

Ich bin bereit, Ihnen zu helfen, die unfauleren Elemente Ihres Personals zu entfernen, ohne daß Sie mit der Polizei oder dem Gericht in Konflikt kommen — zu diesem Zwecke stelle ich Ihnen eine Person — Herr oder Dame — zur Verfügung. Diese arbeitet für einige Zeit als Ihre Angestellte für Sie, und Sie erfahren täglich alles, was in Ihrem Betriebe passiert und wie man über Sie und Ihre Firma denkt! Die Unkosten, die für Sie entstehen, sind gering; denn Sie zahlen eine Prämie nur dann für die Leistungen, wenn der Erfolg einwandfrei nachgewiesen ist!

Als Referenz möchte ich Ihnen, falls Sie die internationale „Pinkerton“ nicht kennen, einige Berliner Anerkennungsbriefe im Original vorlegen. — Ich lasse diese nicht vervielfältigen, denn es soll nur den Herren Chefs bekannt werden, wo und wann ich in den Betrieben arbeite. Wenn Ihnen mein unerbittlicher Besuch genehm ist, so antworten Sie freundlichst in anliegendem Briefumschlag — ich lasse mich dann bei Ihnen unter dem Namen „Direktor Draeger“ melden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(angeblich) gez. Franz Hadawa

In einem „Original-Pinkerton“ über-
schriebenen Aufsatz in Nr. 32/33 des „Sozialist“ vom 14. August 1920 ist auf die Herkunft der Pinkertoner Spiegeleien hingewiesen und ihr gemeingefährliches Treiben in Amerika geschildert. Auch die „Freiheit“ hat verschiedene Feststellungen der Deutschen Pinkerton-Gesellschaft gemacht und wir schreiben letztes Jahr, daß es Aufgabe des Staatskommissars für öffentliche Ordnung wäre, hinter die Kulissen dieses Unternehmens zu leuchten. Gehört haben wir nichts weiter, aber aus dem obigen Schreiben ist ersichtlich, daß diese Gesellschaft auf „Kundenfang“ ausgeht.

Unsere Genossen seien zunächst gewarnt und wir sind begierig, zu erfahren, ob „man“ nun Veranlassung nimmt, sich mit dieser Gesellschaft zu befassen, und den Mut hat, diese geschäftliche Unterdeule aufzudecken.

„Auch-Gewerkschaften“

Wir haben letzthin von den Förstern berichtet, die sich u. a. mit „akuten Ständesfragen“ beschäftigten. Trotzdem diesen Arbeitnehmerkreisen wirtschaftlich das Wasser bis zum Hals steht, können sie den Weg zu den großen leistungsfähigen freigeordneten Arbeiter- und Angestelltenverbänden nicht finden, sondern halten auf — Ständesche, die meistens nur ein Ständebüchel ist, und spielen Kegellub-Gewerkschaften. Diese Verbändchen möchten aber eine Rolle spielen, bombardieren die Presse mit den Erzeugnissen ihres — Pressedienstes und stellen zuweisen an uns die Zumutung, daß bei Aufnahme ihrer speziellen Kundgebungen als Gegenleistung für unser — Organ erworben würde.

Die in weitesten Kreisen unbekannt „Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer“ gibt in einem amerikanischen gehaltenen Reiseformat einen „Gewerkschaftlichen Parlaments- und Pressedienst“ heraus und macht Eingaben an den

Reichstag, um im Namen von der „Über 75 000 Mitglieder umfassenden“ Organisation die „Bewirkung der uns offiziell gemachten Versprechungen“ zu erlangen.

Der Nachdruck der übrigen Beiträge wird gütigst gestattet. — In Hamburg besteht der „Verband der Reichs- und Staatsmaschinenisten“, die den Weg zur zuständigen Organisation auch nicht finden kann. Letzthin hatte dieser Verband zur Konservierung seiner — Ständeschre in Berlin sogar einen Verbandstag, auf dem „gegen die unwürdige Unterschätzung ihres Ständes“ „mit aller Schärfe“ protestiert wurde. — Worüber schließlich die Regierung und die reaktionäre Verwaltung der Reichseisenbahnen sehr erschrocken ist.

Eine andere „Gewerkschaft“ ist der „Bund Deutscher Reichssteuerbeamten“, der erst seit einem Jahre besteht und schon — nach offiziellen Angaben — auf 12 000 Mitglieder angewachsen ist. Auf einer letzten stattgefundenen Tagung wurde außer den „Einstufungs- und Beförderungsräten“ besonders mißbilligt, „daß der bearbeitende mittlere Steuerbeamte nach außen hin als geistiger Urheber keiner Arbeit nicht hervortritt“. Weiter wurde auf die „Gefahren“, die dem Berufsbeamtentum drohen, hingewiesen. Neben Forderungen, die jeder Gewerkschafter unterschreiben kann, finden wir politische Proteste gegen den „Reichsbund“, Dinge, die aus dem Arsenal deutschnationaler Dialekt stammen.

Alle diese wirtschaftlich und politisch Unselbständigen sollten einsehen lernen, daß ihr Abseitsstehen zwecklos ist und sie in keiner Hinsicht ökonomisch und rechtlich fördert. Anschlag an die auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Gewerkschaften und Angestelltenverbände müßte die Lösung all dieser kleinen Gewerkschaften sein, die nie in der Lage sein werden, sich Anerkennung zu verschaffen und Vorteile für ihre Mitglieder herauszuholen. Es muß Aufgabe aller einsichtigen Mitglieder all solcher „Gewerkschaften“ sein, auf die Verschmelzung mit den berufsverwandten Organisationen zu dringen, zu ihrem Vorteil und zum Vorteil der Gesamtheit.

Gewerkschaften in Polen

Die polnischen Gewerkschaften zählten Ende 1919 nach dem Bericht der Zentralkommission (klasowych związku zawodowych) 333 735 Mitglieder, die in dieser Kommission vertreten waren. Im Jahre 1920 stieg die Zahl der Mitglieder auf 508 000. Davon entfielen auf Kongregpolen 322 000, auf Galizien 156 000 auf das ehemalige preußische Gebiet 28 000 Mitglieder. Nach dem Ausweis der Gewerkschaftszentrale zählen die einzelnen Verbände Mitglieder:

Landarbeiter	110 500
Metallarbeiter	89 100
Textilarbeiter	74 900
Bergarbeiter	68 300
Maurer	36 400
Holzarbeiter	12 400
Chemische Arbeiter	9 100
Hilfsarbeiter	6 600
Gastwirtsgehilfen	6 600
Zuckerfabrikarbeiter	5 600
Bäckereiarbeiter	5 600
Räucher	5 600
Tramwayangestellte	5 100
Buchdrucker	4 600
Schneider	4 600
Glasarbeiter	4 100
Schiffer	3 000
Papierarbeiter	2 000
Nichtzentralisierte Ortsvereine	51 000

Außer diesen Mitgliedern der „Polnischen Gewerkschaftszentrale“ zählen nach der behördlichen Statistik die national-polnischen Verbände 438 000 Mitglieder und die christlichen Verbände 60 000 Mitglieder.

Unternehmeraffären

Der Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten schreibt uns:

Am 16. Juni 1921 hatte ein Organisationsvertreter vom Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten den Auftrag, von dem Inhaber des Café Königsplatz, Herrn Gustav Wiesner, Neue Königl. 62, einen Betrag von 400 M. für ein Küchenmädchen, das sich zur Zeit im Krankenhaus befindet, einzuziehen. Bemerkte ich noch, daß diese Forderung von Herrn Wiesner schriftlich im Vergleich beim Schlichtungs-Ausschuß Groß-Berlin anerkannt ist.

Durch den Vertreter obgenannter Organisation darauf aufmerksam gemacht, erklärte Herr Wiesner demselben: „Ich unterschreibe zwanzigmal und zahle doch nicht, Sie Verbandsleute, machen Sie sofort, daß Sie aus meinem Lokal kommen, sonst lasse ich Sie von meinem Hunde zerreißeln und zerstückeln.“ Hierbei deutete er auf den an seiner Seite befindlichen kräftigen Hund hin. Seine Frau machte Herrn Wiesner aufmerksam, daß der Herr doch höflich und bescheiden vorpräche. Hierauf lärmte W. erst recht und standallerte wie ein losgelassenes Raubtier weiter. Um einer eventl. Lebensgefahr aus dem Wege zu gehen, war der Organisationsvertreter gezwungen, das Weiße zu suchen.

Wir überlassen es dem Publikum, sich selbst ein Urteil über diesen Herrn zu bilden.
Wir hoffen, daß unsere Genossen solche Lokale nicht frequentieren und aus dem Wege gehen werden.

Schwindelien der „Roten Fahne“

Wir berichteten kürzlich über einen Beschluß der Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes in Gelsenkirchen, wonach gegen 11 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die zum Verbandstag nach Jena gehenden Delegierten den Anschluß an Moskau ablehnen werden.

Die „Rote Fahne“ führt dies Ergebnis als Beweis dafür an, wie derartige Erfolge der Amsterdamer zu Stande kommen. Sie befreit die Wichtigkeit dieser Mitteilung und erklärte, daß die ganze Versammlung nur von etwa 30 bis 35 Personen besucht gewesen sein soll.

Anaufgefordert bekommen wir aus Gelsenkirchen nun eine weitere Mitteilung, wonach die Versammlung von 200 Delegierten besucht war, und daß das Abstimmungsverhältnis 90 zu 11 betrug. Unsere Genossen hatten sich überhaupt jeder Propaganda enthalten und brachten nur deshalb die Resolution ein, um die Kommunisten zu veranlassen, Stellung in dieser Frage zu nehmen, da sie sich „wie die Rache um den heißen Brei herumdrückten“.

Damit fallen die Bemerkungen der „Roten Fahne“ in sich zusammen und wir begreifen den Schmerz, den sie empfindet, wenn wir täglich über wirkliche Erfolge zu berichten haben.

Streik der Angestellten bei der Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren, Neue Königsplatz 18. Seit einem Jahre bemühen sich die Angestellten des Nahrungsmittel-Großhandels um den Abschluß eines Tarifvertrages. Der Schlichtungsausschuß, der Demobilmachungskommissionar und alle anderen Stellen, die angezogen werden konnten, haben versagt. Die Angestellten obiger Firma hatten es nunmehr satt, sich nachführen zu lassen und sind daher am 17. Juni früh in den Streik getreten. Die Kollegenschaft ist kampfesfreudig und wird den ihr aufgezwungenen Kampf nicht eher einstellen, bis die gerechten Forderungen von Seiten der Firma anerkannt werden. Nach ausgearbeiteten Mitteilungen beabsichtigt die Firma die Warenverteilung durch andere Firmen vornehmen zu lassen. Des weiteren sucht die Firma durch Inzerat Streikbrecher. Es ergeht deshalb an die Angestellten des Nahrungsmittel-Großhandels die Bitte, diesem Kampf die größte Aufmerksamkeit zu schenken und unter keinen Umständen bei dieser noblen Firma Stellung anzunehmen.

Ausverkauf

Der in der Saloon verbliebenen Bestände zu sehr erheblich herabgesetzten Preisen. Das nachstehende Angebot hat von Montag, den 20., bis Sonnabend, den 25. Gültigkeit und ist freibleibend; weitere Ausverkaufs-Angebote vorbehalten.

<p>Jackett-Anzüge in guter Qual. u. bester Verarbeitung. Jetzt M. 875 750 650 450 225</p> <p>Sport-Anzüge aus Leinwand, gemustert, Cheviot, Homespun und Manchester. Jetzt M. 800 650 450 400</p> <p>Sport-Hosen aus feinen waschbaren Stoffen, Kleinsize Grösse. M. 32</p> <p>Sport-Gürtel, Kordelart, 3 cm breit, mit amerikanischer Schnalle, in verschiedenen Farben. M. 29</p> <p>Rosenträger, gutes Gummiband, mit Leder. M. 6.50</p> <p>Sport-Strümpfe aus Wolle, mit gemusterten Bündern. M. 17</p> <p>Stroh Hüte braun. M. 15</p> <p>Stroh Hüte für Kinder. M. 9</p> <p>Stepphüte in eleganten, sehr kleidenden Mustern. M. 27</p> <p>Herrn-Oberhemden, weiß, mit Faltschen, doppelte Brust, Größe 30/42. M. 59</p> <p>Sommer-Paletots aus marango Cheviot oder Covercoat. Jetzt M. 750 600 450</p> <p>Schlüpfer und Raglans zur Reise, aus Homespun und gemustertem Cheviot. Jetzt M. 750 650 550</p> <p>Bozener Mäntel aus Sirichbloden, in praktischen Farben. Jetzt M. 250 190</p> <p>Pelerinen für Herren und Damen, sehr gute Ware. Jetzt M. 875 225 180</p> <p>Gummimäntel in vielen guten Qualitäten und Fassons. Jetzt M. 650 575 450 375 290</p> <p>Winter-Ülster in großer Auswahl. Jetzt M. 800 425 350 285 90 66</p> <p>Stoff-Litewken, grau und feilgrau, halb gefüttert, sehr kleidend. M. 42 39</p> <p>Winter-Joppen mit schwerem Futter M. 145</p> <p>Burschen-Anzüge, Sport- und Jackettform. Jetzt M. 300 270 220 195 140 100</p> <p style="text-align: center; font-size: 0.6em;">Einzelne Stoffwesten für Herren M. 25.— 20.— 16.—</p>	<p>Anzugstoffe in modernen, sehr haltbaren Qualitäten, 140 cm breit, Serie I M. 22.50, Serie II M. 23, Serie III M. 29, Serie IV M. 33, Serie V M. 43, Serie VI M. 68.</p> <p>Knaben-Anzüge in Blausen, Schläpfer, und anderen Formen, aus vorzüglichem Wollestoffen. Jetzt M. 235 160 110 80 60 20</p> <p>Juglings-Anzüge in grosser Auswahl, jetzt nur M. 400 370 300 270 225 83</p> <p>Bozener Mäntel für Knaben und Mädchen von. M. 110 an</p> <p>Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen von. M. 70 an</p> <p>Warme-Sweater, blau, für Jugendliche, in hervorragender Beschaffenheit, von M. 17 an</p> <p>Knaben-Ülster von. M. 15 an</p> <p>Juglings-Ülster, anfangend mit. M. 160</p> <p>Hosen, gestr., größtenteils nat. Herstellungspreis jetzt M. 300 170 120 90 55 44</p> <p>Weiße Hosen, lang, von Turban und Sport von. M. 65 an</p> <p>Sport-Hosen aus gutem Stoff, Broochsform von. M. 98 an</p> <p>Welscher Batist, 100 cm breites feinfädiges Gewebe, für Damenhemden und Blusen geeignet, das Meter. M. 5.50</p> <p>Hemdentuch, Friesenqualität, 80 cm breit, in Schuss- und Keitfäden gleichmäßig gewebte gute Qualität, das Meter. M. 10.50</p> <p>Halbleinen, 160 cm breites, glattes, sehr haltbares Friesenwebgewebe, das Meter M. 34</p> <p>Damenhemden aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang und mit Aermeln. M. 17</p> <p>Damenhemden aus weißem Hemdentuch, in guter Friesenqualität. M. 25</p> <p>Schwere Schlafdecken 145 x 190 groß, von. M. 35 an</p>
---	--

Lorenz Dohrn

Beachtenswert!

Dar in allen Abteilungen meines Hauses vorgenommene

grosse Preisabbau

Beispielsweise!

Deutsche Teppiche

moderne Muster, reine Ware

Größe ca. 130-200	M. 167,50
„ 140-230	„ 267,50
„ 195-300	„ 325,—

in buntpersianischen Mustern.

Größe ca. 160-235	M. 287,50
„ 190-300	„ 435,—
„ 240-340	„ 675,—

Eine große Anzahl mit

Teppiche Fehlern!

Möbelstoffe, Gardinen, Leinwandstoffe, Tisch- und Diwanddecken, Tapeten, Treppendecken, Steppdecken, Treppenküster.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berl. Süd. Sell 1882

nur

Oranienstr. 158.

Keine Filialen!!

Zürcher

Der zum Köben von Speisen, Schichten etc. sowie zur Bereitung von Kompotten oder zum Aufkochen von Obst etc. Chäpflöckchen.

Derselbe — billig — bequem.

Markenfrei erhältlich in Drogerie- und Reiseartikelhandlungen.

Schlafzimmer

reiches, echter Marmor, Kachel-Plattens, 2000,—, weißes 2000,—, Herrenzimmer, schwerer Auslieferung, 2400,—, gefärbt, Schilfen, 3650,—, Preiszimmer, hübsches Muster, mit 8 Kissen, 3750,—, Rücken 500,—, Stuhlarmen, nachdem, eichen, 1200,—, Große Auswahl in schweren Farben, Preis u. Schlafzimmern enorm billig.

Hans Lennert

Lothringener Str. 55 am Rosenfelder Platz.

Rhein und Mosel

19er Winzenheimer kräftig blauer Rheinhesse 14.50
19er Rudesheimer 13.50
19er Casiner 21.— Roter Rorzheimer 11.50
Oesterreich, Süßweiss 16.50 schwerer Süsser 24.75

Französischer Derby-Cognac 64.—

Derby Weinbrand . . . 49.50 Weinbrand Vorwahl . . 42.50
würziger Frucht- 75 1rei Haas mit
Wein-Bowls 7 Flasche ohne Steu

J. F. Rauch

Für Versand und Literware besonders Engros-Preise.
Berl. 2014, Lager: Berghof 24, Gendard 4, Alexanderpl. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

ZEISS

Punktalgläser

für Brillen u. Klemmer

Das Beste für die Augen!

Arbeiter!

für Euere Kinder kauft ihr stets gut und billig:

Rindboj-Schnürstiefel alles Leder 68.—
Rindl.-Sandalen Lederhappen, Leder-
branhölz 9.27-35 u. 38.—

nur in

Kaatz Schuh-Engros-Lager

Kein Laden. Münzstr. 10. Kein Laden.

Kauf Sie nicht Ihre Augenlinsen in Massenbetrieben, denn auf Ihren Augen beruht Ihre Existenz. Achten Sie darauf, daß Sie ein erfahrener Fachmann berätet und nicht Leute, die es nur unter allen Umständen auf Ihren Geldbeutel abgesehen haben.

Kommen Sie zu mir! Ich bediene Sie selbst!

Otto Kressner

staatslich geprüfter Optiker

Invalidenstr. 18

Frankfurter Allee 102

Verbandstag der Maler

k. Frankfurt a. M., 16. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Die Diskussion über den Punkt „Die Aufgaben der Gewerkschaften“ füllte auch noch den größten Teil der heutigen Sitzung aus. Die große Mehrheit der Redner ist

gegen den Anschluss an Moskau

und sprach sich für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aus. Redner, die sich politisch zur U.S.P. zählen, übten teilweise Kritik an der Haltung des Gewerkschaftsbundes und warfen die Arbeitsgemeinschaft

Mit übergroßer Mehrheit stimmte der Verbandstag einer Entschließung des Vorstandes zu, die im Sinne der Ausführungen des Referenten Streine gehalten ist und besagt, daß der Kampf des Proletariats für die Verwirklichung des Sozialismus den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter, ohne Unterschied der politischen Anschauung und des religiösen Bekenntnisses, in demokratisch ausgebauten, zu höchster Aktionsfähigkeit entwickelten Berufs- und Industrieverbänden erfordert. Die Generalversammlung steht hinter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Sie verurteilt alle parteipolitischen Bestrebungen, die die Gewerkschaften ihrer organisatorischen Selbständigkeit berauben, die politische Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder unterbinden und die für falsch anerkannten Methoden wirkenden Organisationen und Personen Einfluß verschaffen wollen.

Die übrigen hierzu vorliegenden Anträge, in denen ein anderer Standpunkt vertreten ist, wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Ueber Zweck und Ziel der Sozialisierung des Baugewerbes hielt hierauf Stadtschulrat Dr. Roemer-Berlin einen sehr interessanten Vortrag, der dieselben Wege und Ziele zum Inhalt hatte, die er in einer Versammlung vor Familienrat und einer Baugruppe am 9. Juni entwickelte und über die wir im gewerkschaftlichen Teil in Nr. 273 bereits berichteten.

An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Aussprache, in der von kommunistischer Seite gesagt wurde, das Privatkapital könne man nicht mit so kleinen Mitteln aus den Angeln heben, wie mit den Bauhütten. Von anderen Rednern wurde die

Errichtung sozialer Baubetriebe

warm befürwortet und betont, daß, wenn man sich an der Sozialisierung des Baugewerbes aktiv beteiligen wolle, dies planmäßig geschehen müsse. Der Verband solle die sozialen Baubetriebe finanziell unterstützen.

Am 5. Verhandlungstage wurde über das Thema noch weiter diskutiert. Ellinger-Hamburg vom Bauarbeiterverband erklärte, mit Lohnbewegungen allein könne die Lebenshaltung der Arbeiter nicht verbessert werden; die Arbeiterkraft müßte Einfluß auf die Preisgestaltung bekommen.

Der Verbandstag nahm zu dieser Frage gegen etwa 20 Stimmen eine Entschließung an, die den Vorstand beauftragt, die

Sozialisierungsbestrebungen auch weiterhin energisch zu fördern und größere Geldmittel als bisher für die Sozialisierungsbestrebungen aufzuwenden.

Verbandsvorsitzender Streine hielt nun das einseitige Referat über die geplante Gründung eines allgemeinen Baugewerkschaftsbundes. Er gab einen historischen Blick über die Organisationsform der Gewerkschaften und die Bestrebungen auf Gründung von Industrieverbänden. Redner besprach dann den Entwurf der Satzungen für einen allgemeinen Baugewerksbund, der Hand- und Kopfarbeiter erfassen will, und unterbreitete dem Verbandstag eine Erklärung, die seine Ausführungen programmatisch enthielt.

In der Diskussion stellte sich die Mehrheit der Redner auf den Standpunkt Streines und der Erklärung. Ellinger vom Bauarbeiterverband betonte, für seine Organisation handele es sich nicht um eine Verschmelzung, sondern um die Schaffung etwas vollständig Neuen. Von dem Industrieverband sei eine

Steigerung der Kampfkraft

der Bauarbeiter zu erwarten, auch bringe er wesentliche Ersparnisse in der Verwaltung. Graf-Rüch berichtete, daß man in der Schweiz durch die erfolgte Fusion der Bauarbeiterorganisationen gute Erfahrungen gemacht habe. Er gibt zu, daß der Industrieverband auch seine Schattenseiten habe. Streine erklärte im Schlußwort, auf die Bedingung, daß auch die anderen baugewerblichen Verbände dem Zusammenschluß zustimmen, könne vorläufig nicht verzichtet werden.

Bei der Abstimmung wurde zunächst in namentlicher Abstimmung ein Antrag Berlin, der sich rückhaltlos für die Gründung des Baugewerksbundes ausspricht und verlangt, der Zusammenschluß solle so beschleunigt werden, daß eine Gründungskonferenz aller beteiligten Organisationen noch in diesem Jahre erfolgt, mit 71 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Die Erklärung Streines wurde dann einstimmig, mit einem Zusatz, angenommen, der besagt, daß die Verhandlungen über den Zusammenschluß zu beschleunigen und den Mitgliedern bekanntzugeben sind. Der Vorstand wird beauftragt, gegebenenfalls zur Beschlußfassung über vorliegende Verhandlungsergebnisse noch vor der nächsten Generalversammlung eine von den Mitgliedern zu wählende, begrenzte Konferenz einzuberufen. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Der Prozeß gegen Max Hölz

(5. Verhandlungstag.)

In der Verhandlung gegen Hölz folgen weitere Fälle der Anklage, in welchen dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht wird, daß er Fische, Geld, Nahrungsmittel usw. „requiriert“, Männer als Geiseln festgenommen hat usw. — Hölz gibt das im allgemeinen zu.

Der Gutsbesitzer Volke ist von dem Angeklagten mit seinem Wagen mitgenommen worden, um den Hölz den Weg nach Belsenstadt zu zeigen. Nach der Schilderung des Zeugen ist er von dem Angeklagten ganz nett behandelt worden und ist mit ihm ins Gespräch über allerlei Sachen geraten, wobei Hölz allerlei Dinge über seine Tätigkeit erzählte. Auf dem Wege gelangte man an ein schönes Schloß, wo Hölz mit seiner Begleitmannschaft, die aus 6 Mann bestand, eintraf, um dort zu übernachten. Das Schloß war sehr schön, und Hölz sagte: Sehen Sie, meine Herren, das ist nun alles für zwei Menschen! Im Gespräch äußerte Hölz:

Ich bin Räuber und bin Mensch.

Wenn ich jetzt Räuber wäre, ginge ich jetzt zu Ihnen hin und schnitte Ihnen den Hals ab. Ich spreche zu Ihnen als Mensch. Der Angeklagte erzählte dann von den verschiedenen Sprengungen, die auf seinem Befehl vorgenommen worden sind und erzählte auch von der Tötung des Gutsbesitzers Heß. Bei der Wanderung durch die Räume des Schlosses gelangte man auch an die Wirtschaftskammer, wo geschlachtete Schweine und allerlei sonstige Leckerbissen vorgefunden wurden. Die Wamsells baten, diese Schätze doch dazulassen. Dann ging es in den Weinkeller, und Hölz fragte, was man trinken wolle. Die Wamsells mußten Gläser besorgen, und es wurden zwei Flaschen Rotwein geleert. Dann befahl Hölz: Morgen früh ist für ein frugales Frühstück zu sorgen. Außerdem sollten 70 Liter Milch, 1000 Eier und eine Summe Geldes geliefert werden. Wenn nicht alles pünktlich zur Stelle wäre, würde das Schloß in die Luft fliegen. Dann legte man sich schlafen. — Hölz gibt nur einige der vom Zeugen bekundeten Redensarten zu.

Der Zeuge, Fabrikbesitzer Kojch, hat bei einem Zusammenstoß

mit der Hölzischen Räuberbande gehört, wie Hölz rief: „Wie plündern nicht. Ich habe das Standrecht bei meinen Leuten verhängt. Wer plündert, wird erschossen. Wenn man uns auflöst, dann kann jeder plündern, so viel er will. Zeuge ist als Geißel drei Tage lang von der Hölz-Bande mitgeführt. Als Hölz die Sperre der Reichswehr erkannte, rief er: Da drüben stehen ja die Schweine! Marsch, lehr!“

An den schon gestern vernommenen und auf Antrag der Verteidiger heute nochmals vorgerufenen Zeugen Urbe richtet Justizrat Broh eine Reihe von Fragen, da dieser Zeuge angeblich wiederholt in seinen Aussagen gewechselt hat. Der Zeuge bleibt trotz aller Vorhaltungen bei seiner getriebenen Aussage. — Der Angeklagte Hölz klopft seinem Verteidiger Broh energisch auf die Schulter. Lassen Sie doch den Mann, Sie sehen doch, daß der Kerl ein Spieß ist, und Spieß fragt man nicht. (Lachen im Zuhörerraum.) Der Vorsitzende rügt dies. Hölz (schreiend): Es ist Zeit, daß dieser Saustall endlich ausgeräumt wird. Lassen Sie doch Proletarier hinein. (Rufe a. d. Zuhörerraum: „Wenn er!“) Der Vorsitzende rügt dies auch. Staatsanw.-Rat Dr. Jäger (zum Zeugen): Lassen Sie sich doch nicht sagen, daß Sie ein Spieß sind. Zeuge: Ich lache nur darüber. Ich habe gesehen, was Hölz gemacht hat. Als Justizrat Broh noch weiterfragen will, erklärt Hölz: Ich wünsche dringend, daß die Vernehmung abgebrochen wird. Vorh.: Lehten Endes hat ja der Angeklagte darüber zu bestimmen. Ich breche deshalb die Vernehmung ab.

Nach der Mittagspause verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht auf Antrag der Verteidigung beschlossen habe, zwecks Feststellung, ob die in dem Körper des ermordeten Gutsbesitzers Heß gefundenen Geschosse und Geschosshülsen von Gewehr- und Pistolenkugeln herrühren, den Hofbüchsenmacher Varella als gerichtlichen Sachverständigen zu laden.

Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt. Ein Zeuge Feder bekennt u. a., daß der jetzt als Zeuge vernommene Keller ihn gedroht habe, er werde erschossen, während Hölz gedroht habe:

„Du Hund gehst barsch ins Grab!“

Ein Zeugin richtet der Angeklagte die Frage, ob es richtig sei, daß er ein Paket mit Silberlachen, welches ein Genosse schon zusammengepackt hatte, zu rückzugeben habe, mit den Worten: „Das bleibt hier!“ Zeugin bestätigt dies, ebenso die Tatsache, daß Hölz die ganze Speisekammer geplündert habe, jedoch soviele Lebensmittel dazulassen habe, wie zu ihrem Lebenunterhalt nötig waren.

Der Zeuge Gutsbesitzer Stette bekundet, daß durch das Einbringen der Hölzischen Bande ihm ein Schaden von ca. 250000 Mark entstanden sei. U. a. sei ihm eine Perlennadel im Werte von 25000 Mark gestohlen worden. — Hölz erklärt hierzu, daß es richtig sei, daß er während des Kampfes mit der Sipo, als „seine Kerle“ ausrissen, Anweisung gegeben habe, auch Juwelen, die zu Geld gemacht werden konnten, „beschlagnahmen“ werden sollten. Er empfinde dies nicht als Raub oder Diebstahl, sondern als proletarisches Recht. Auf die Befundung des Zeugen Stette, daß ihm u. a. 5 Dugend Hemden gestohlen worden seien, erklärt Hölz: „Zeigen Sie mir einen Proletarier, der 5 Dugend Hemden hat.“ Charakteristisch ist auch, daß wir stundenlang Lebensmittel aus der Speisekammer des Herrn Gutsbesitzers wegkloppen konnten, während arme Proletarier hungern mußten. Eine ganze Stadt hätte davon leben können.

Ein Zeugin ist u. a. ein Dösch weggenommen. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß es ihm eine Freude gemacht habe, den Dösch dazu zu verwenden, daß sich auch einmal hungernbe Proletarier satt essen konnten.

Die Verhandlung wird hierauf am Montag, 9½ Uhr, vertagt und findet von jetzt ab im neuen Kriminalgericht, Zimmer 172, statt.

Verantwortlich: für Politik u. Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaft: Robert Denschel, Berlin; für den Inzeratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerziner, Karlsruhe. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Str. 86.

Saison Ausverkauf

Große Preisherabsetzungen in fast allen Abteilungen und andere aussergewöhnliche Gelegenheitskäufe

- Stickereien**
- Wäschestickerei schöne Ausfüh. ca. 3 cm br. Meter 1 85
 - Wäschestickerei auf gutem Stoff ca. 3-4 cm br. Mtr. 2 25
 - Madapolam gute Ausführung, ca. 6 cm breit. Meter 3 85
 - Unterrockvolant schöne Ausfüh. ca. 18 cm br. Mtr. 9 75

- Herren-Artikel**
- Sportkragen weiss mit Knopfbändchen... 2 85
 - Stehumlegekragen verschied. Höhen... 3 75
 - Selbstbinde in großen Mengen... 8 75
 - Oberhemden farbig mit passenden Kragen... 68 50

- Trikotagen**
- Unterhemdchen für Damen, fein ge. lpt... 5 75
 - Schlupfbeckkleider farbig... 13 80
 - Beinkleider für Herren, makofarb 3 Oröss., haltbare Qual. 24 75
 - Garnituren für Herren, farbig, Jacke u. Beinkleid, 3 Or. 49 50

- Steppdecken-Satin ca. 150 cm br. bordaux Meter 17 90
- Voll-Voile entzückende Muster mit kleinen Unebenheiten... Meter 14 90
- Voll-Voile entzückende Muster mit kleinen Unebenheiten, doppeltbreit... Meter 19 50

100 000 Meter Waschstoffe

darunter Perkal, Musseline imit., Blumenflanelle, Zephirs, Schleierstoffe, Opalbatist usw.

Serie I 9 50 Serie II 12 90 Serie III 14 90
Meter Meter Meter

20 000 Meter Kleider-Satin

einfarbig, in großer Farbauswahl Meter 18 75

- Damen-Konfektion**
- Batist-Bluse dunkelblau, mit farb. Blenden garniert... 16 50
 - Volivoile-Bluse mit Kurbelstickerei... 28 50
 - Voile-Bluse mit sparten farbigen Stickereien... 39 50
 - Kostüm-Rock reine Wolle, mit Faltsenften... 49 50
 - Batist-Kleid dunkelblau bestickt, mit Soutache garniert... 48 50
 - Vollvoile-Kleid mit hübscher Blende garniert... 86 50
 - Woll-Kleid aus edelgenen dunklen Stoffen... 19 50
 - Seiden-Mantel in modernsten Farben... 22 50

- Baumwollwaren**
- Wäschestoff feinfädig... Meter 5 00
 - Hemdentuch kräftige Qualität, Mtr. 6 85
 - Roh-Nessel kräftige Qualität, Meter 7 50
 - Louisiana für Leib- und Bettwäsche... Meter 9 75

- Gardinen**
- Scheibenschleier... Stück 4 85
 - Tüllgardinen breite Ware Meter 10 95
 - Hilbstores Erbstüll, mit Volant... Stück 48 50
 - Künstlergarnitur Madrasstoff... Fenster 115 00

- Damen-Wäsche**
- Taghemd mit Langetten... 18 75
 - Taghemd mit Stickerelansatz... 22 75
 - Kniebeinkleid mit Langetten... 16 50
 - Kniebeinkleid m. breiter Stickerei... 21 50

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kolthuser Damm Wilmersdorfer Str.

